Stadt Bern
Stadtrat

Genehmigt: 20.03.2025

Protokoll 02

Stadtratssitzung
Donnerstag, 30.01.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser Audioprotokoll auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr 3
2024.SR.0254 4
1 Begrüssung und Mitteilungen
2024.SR.0371 4
2 Genehmigung Protokoll 18 vom 17.10.2024
2024.SR.0372 4
3 Genehmigung Protokoll 19 vom 31.10.2024
2024.SR.0373 4
4 Genehmigung Protokoll 20 vom 14.11.2024
2024.SR.0374 5
5 Genehmigung Protokoll 21 vom 21.11.2024
2024.SR.0375 5
6 Genehmigung Protokoll 22 vom 05.12.2024
2023.SR.000015 5
7 Totalrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats (GRSR); Antrag der Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Tanja Miljanovic, GFL); 1. Lesung
2017.PRD.000060 7
8 Gesamtsanierung und Erneuerung Freibad Marzili; Projektierungskrediterhöhung und Baukredit (Abstimmungsbotschaft)
2012.GR.000587 33
9 Bären- und Waisenhausplatz, Umgestaltung und Sanierung; Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)
Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr. 37
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr 39
2012.GR.000587 40
9 Bären- und Waisenhausplatz, Umgestaltung und Sanierung; Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)
2018.TVS.000122 49
10 Gesamtsanierung Untertorbrücke; Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)
2024.SR.0305 51

11 Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Thomas Glauser/Janosch Weyermann/Ueli Jaisli): Berner Stadt-Mitarbeiter kündigen wegen «toxischem» Arbeitsklima
2022.SR.000157 58
12 Interfraktionelle Motion GB/JA!, AL/PdA (Ursina Anderegg/Anna Leissing, GB/David Böhner, AL): Erhöhte Strom- und Gastarife ewb: Jetzt braucht es soziale Abfederung für betroffene Haushalte sowie Gewerbetreibende und Vereine
2023.SR.0176 66
13 Motion Geschäftsprüfungskommission (GPK): Revision des Kommissionsreglements (Art. 59f. GRSR) / Anpassung des Kommissionsreglements i.S. Zusammensetzung der Sozialhilfekommission
2023.SR.0219 68
14 Motion Kurt Rüegsegger (SVP) und Ursula Stöckli (FDP): Schulanlage Breitenrain: Quartier- und umweltgerechte Wiederherstellung und Vergrösserung der Pausenplatzfläche auf der Parzelle 58
2024.SR.0022 70
15 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SVP (Lukas Gutzwiller, GFL/Nora Krummen, SP/Thomas Glauser, SVP); Was kann die Stadt zur Stärkung des Quartierzentrums Saali Wittigkofen tun?
2024.SR.0024 70
16 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Sara Schmid, SP/Barbara Keller, SP): Sozialhilfepraxis in Bern: Warum werden arbeitende Sozialhilfebeziehende in Schwierigkeiten gebracht?
2024.SR.0080 71
17 Postulat Fraktion GB/JA (Franziska Geiser/Seraphine Iseli, GB): «Ökologisch schlöfeln auf Plastik»
Verschoben und eingereicht 76
Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr. 77

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Muriel Graf
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Esther Meier
Salome Mathys
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher

Stadtrat entschuldigt

Stephan Ischi
Mehmet Özdemir
Sarah Rubin
Chandru Somasundaram

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Liebe Anwesende, es ist 17.00 Uhr. Ich würde gerne mit dieser Sitzung starten und bitte euch, Platz zu nehmen und zuzuhören. Wir sind bei den Begrüssungen und Mitteilungen. Ich gebe euch als erstes die Entschuldigungen bekannt. Für die erste Sitzung hat sich Chandru Somasundaram entschuldigt. Für die zweite Sitzung entschuldigen sich Nik Eugster und Sibyl Eigenmann. Und angekündigt, dass sie später kommen, haben Franziska Geiser, Emanuel Amrein und Michael Burkard. Wir haben keine Rücktritte und keine neuen Ratsmitglieder. Wir haben auch keine Geburtstage. Ich habe aber eine andere sehr erfreuliche Nachricht. Wir gratulieren von ganzem Herzen unserem Ratsmitglied Fuat Köçer zum zweiten Kind. Er wurde am 8. Januar Vater eines Sohnes. Wir haben hier vorne links – die, die schon etwas länger hier sind, kennen es schon – auch für Fuat ein Kärtchen. Ihr seid sehr herzlich eingeladen, euch auf diesem Kärtchen zu verewigen. Es wäre wirklich schön, wenn möglichst alle unterschreiben würden. Vergesst nicht zu badgen. Und beim Einreichen von Vorstössen ist es wie immer bei einer ordentlichen Doppelsitzung: dringliche Vorstösse nehmen wir bis um 21 Uhr entgegen, die nicht dringlichen Vorstösse bis um 21.30 Uhr. Und ihr erweist der ersten Vizepräsidentin einen Gefallen, wenn ihr nicht alle erst zwei Minuten vorher nach vorne kommt.

2024.SR.0371

2 Genehmigung Protokoll 18 vom 17.10.2024

Präsident: Wir wären bereits bei den Traktanden 2 bis 6 – bei der Genehmigung der Protokolle. Die behandeln wir gemeinsam. Wir haben zu diesen Protokollen keine Änderungsanträge bekommen. Sind diese Protokolle bestritten? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass diese Protokolle unbestritten und somit genehmigt sind. Ich danke der Verfasserin.
Stillschweigend genehmigt.

2024.SR.0372

3 Genehmigung Protokoll 19 vom 31.10.2024

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 bis 6: siehe Traktandum 2.

2024.SR.0373

4 Genehmigung Protokoll 20 vom 14.11.2024

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 bis 6: siehe Traktandum 2.

2024.SR.0374

5 Genehmigung Protokoll 21 vom 21.11.2024

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 bis 6: siehe Traktandum 2.

2024.SR.0375

6 Genehmigung Protokoll 22 vom 05.12.2024

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 bis 6: siehe Traktandum 2.

2023.SR.000015

7 Totalrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats (GRSR); Antrag der Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Tanja Miljanovic, GFL); 1. Lesung

Präsident: Wir wären somit bereits bei Traktandum 7. Das ist eine erste Lesung der Totalrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats und ich erteile das Wort für die Kommission Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Kommission: Der Antrag auf eine Totalrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats wurde von der GFL-EVP-Fraktion Anfang 2023 eingereicht. Dann hat die GPK bei der ersten Diskussion beschlossen, den Antrag vorerst zu sistieren, weil das Fusionsprojekt mit Ostermundigen am Laufen war. Die GPK fand es komisch, wenn man zu diesem Zeitpunkt über eine Totalrevision diskutiert hätte. Ende 2023 wurde die Fusion bekanntlich abgelehnt. Die GPK hat sich darum nochmals mit diesem Antrag auseinandergesetzt. Der Antrag auf Totalrevision wurde eingereicht, weil das Geschäftsreglement in den letzten Jahren immer wieder in kleineren oder grösseren Teilrevisionen geändert wurde. Die Motionär*innen erhoffen sich vor der Totalrevision einerseits, dass der Ratsbetrieb effizienter gestaltet werden kann und dass alle Widersprüche, die noch drin sind, terminologische oder inhaltliche Fehler auf einmal beseitigt werden können, so, dass künftig keine Änderungsanträge mehr nötig wären. Ein weiteres ihrer Argumente ist, dass die GPK somit mehr Ressourcen für die Aufsichtstätigkeit hätte. Wir haben in der GPK diskutiert und sind zu folgendem Ergebnis gekommen. Der Ratsbetrieb ist bereits effizienter als damals, als der Antrag eingereicht wurde, haben wir den Eindruck, weil wir ja auch schon eine Teilrevision gemacht haben, mit verschiedenen Änderungen, die dazu geführt haben, dass wir heute nicht mehr einen so grossen Pendenzenberg haben wie damals. Darum erübrigt sich das Argument aus Sicht der GPK. Dass es nachher keine Änderungsanträge mehr gibt, erachten wir auch als unrealistisch, weil sich die Sachen ja immer wieder verändern. Und es werden Sachen gefunden werden, die geändert werden müssen. Und für das letzte Argument, dass man wieder mehr Zeit hätte, sich als Aufsichtskommission um die Aufsichtstätigkeit zu kümmern, hat die Kommission natürlich Verständnis und Sympathie, denn es sind natürlich wirklich sehr viel Ressourcen in die GRSR-Änderungen gesteckt worden. Wir haben aber schon vor einem Jahr angefangen, dem entgegenzuwirken, indem wir angefangen haben, Anträge zu bündeln. Und darum nimmt es nicht mehr so viel Zeit in

Anspruch, wie zum Zeitpunkt der Einreichung dieses Antrags. Aus Sicht der GPK sprechen noch zwei andere Gründe im Moment gegen eine Totalrevision. Verschiedene Digitalisierungsprozesse laufen nämlich. Das heisst, man weiss auch gar nicht, wie sich die Ratsarbeit längerfristig verändern wird. Eine Totalrevision zum jetzigen Zeitpunkt wäre einfach zu früh. Und es wäre ein grosser personeller und finanzieller Aufwand. Es sind auch das Ratssekretariat, das Ratsbüro und alle Fraktionen einbezogen worden. Und grossmehrheitlich ist man zum Schluss gekommen, dass sich eine Totalrevision aktuell nicht aufdrängt. Und darum empfiehlt die GPK dem Stadtrat, den Antrag abzulehnen. Und die Fraktion GB/JA! schliesst sich dem auch an.

Präsident: Merci vielmals, Seraphine. Gibt es zu diesem Geschäft Fraktionsvoten? – Gibt es zu diesem Geschäft Einzelvoten? – Grundsätzlich könnte der Gemeinderat auch hier reden. Ich weiss nicht, ob das Wort seitens des Gemeinderats gewünscht ist. – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir bereits zur Abstimmung. Jetzt bitte kurz aufpassen. Die GPK beantragt, keine Totalrevision des GRSR zu machen. Und wir stimmen jetzt über den Antrag der GPK ab. Also, wenn ihr Grün drückt, seid ihr dagegen, dass es eine Totalrevision gibt. Wenn ihr Rot drückt, dann wollt ihr, dass es eine Totalrevision gibt. Wir stimmen über den Antrag ab.

Abstimmung Nr. 004

2023.SR.000015: Antrag GPK	
Annahme	
Ja	60
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag der GPK einstimmig angenommen. Und jetzt ist es trotzdem so, dass ich euch fragen muss, ob ihr in dem Fall einverstanden seid, auf eine zweite Lesung zu verzichten. Wir müssen auch das kurz klären miteinander. Es bräuchte eine Zweidrittelmehrheit, damit es keine zweite Lesung gibt. Wenn ihr einverstanden seid, auf eine zweite Lesung zu verzichten, drückt ihr Grün. Wenn ihr es an die GPK zurückgeben wollt, drückt ihr Rot.

Abstimmung Nr. 005

2023.SR.000015: Verzicht auf 2. Lesung	
2/3-Quorum erreicht	
Ja	64
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ich halte fest, dass ihr einverstanden seid, auf eine zweite Lesung zu verzichten. Somit wird das Geschäft beendet und ich danke der GPK für die offensichtlich sehr gute Vorbereitung dieses Geschäfts.

2017.PRD.000060

8 Gesamtsanierung und Erneuerung Freibad Marzili; Projektierungskrediterhöhung und Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 8. Das ist ein Sachgeschäft mit obligatorischem Referendum – die Gesamtsanierung und Erneuerung des Freibades Marzili, der Projektierungs- und Baukredit sowie nachher auch die Abstimmungsbotschaft. Und ich erteile das Wort für die Kommission Sibyl Eigenmann. Es müsste sie aber noch schnell jemand anmelden.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Kommission: Es ist mir eine grosse Ehre, heute Abend Kommissionssprecherin zu sein in diesem Geschäft – für mich persönlich sicher eines der wichtigsten dieses Jahres, wenn nicht sogar dieser Legislatur. Ich halte das Kommissionsvotum und nachher noch eines als Fraktionssprecherin. Wir debattieren heute Abend über das Marzili-Geschäft, über die Sanierung des Marzili-Bads. Das Marzili-Bad ist nicht irgendein Bad, sondern das grösste und älteste Freibad bzw. die älteste "Badi" der Schweiz. Früher war das Marzili-Bad eine Insel. Um diese Insel herum ist der "Löifu" geflossen, ein Seitenarm der Aare, den man in den 60er-Jahren gepflastert hat. Das ist heute die Marzili- bzw. die Aarstrasse. Und das Ende dieses "Löifus", dieses Seitenarms der Aare, bildet heute den "Bueber", das Bueberseeli. Vom Anfang sieht man nicht mehr viel. Seit dem Umbau 1970 ist nicht mehr viel gegangen mit dem Marzili-Bad. 1970 – zur Erinnerung: Das ist 54 Jahre her. Das heisst darum, dass es dringend sanierungsbedürftig ist und nicht mehr den heutigen Energie- und Sicherheitsanforderungen entspricht. Zudem muss die ganze Technik für die Wasseraufbereitung gesamterneuert werden. Die baulichen Mängel und die neuen betrieblichen Anforderungen machen die Gesamtsanierung und die Erneuerung des Marzili-Bades unumgänglich. Darüber ist sich auch die Kommission einig gewesen. Wir entscheiden heute Abend einerseits über den Projektierungskredit, die Erhöhung um 6,9 Millionen. Die Erhöhung um diese Summe ist im gesamten Baukredit von 66,75 Millionen Franken enthalten. Ausserdem entscheiden wir heute Abend über die Entnahme von 5,95 Millionen Franken aus der Spezialfinanzierung Wasser- und Eisanlagen. Laut Planung sollte die Volksabstimmung unbedingt am Mai-Termin stattfinden, damit man nämlich mit der ersten Bauetappe im Herbst anfangen kann. Und darum haben wir heute Abend das Geschäft ganz am Anfang traktandiert, damit es wirklich auch noch für den Mai reicht; natürlich vorausgesetzt, dass wir es nicht zurückweisen. Zur Etappierung: Das ist ganz wichtig zu wissen. Die Marzili-Badsanierung wird etappiert. Es gibt vier Etappen und auf die gehe ich kurz ein. Es ist ein sehr umfassendes Geschäft. Ich kann euch heute Abend nicht im Detail erklären, worum es geht. Ich habe auch beschränkte Redezeit. Ich gehe zuerst doch wohl mehr oder weniger auf alles ein, was gemacht wird. Ich versuche es grundsätzlich abzudecken; nachher noch kurz zu den Gesprächen, die wir in der Kommission hatten, und zu den Anträgen. Zuerst möchte ich aber auf die Jurierung eingehen. Die Jurierung zu diesem Geschäft ist sehr lange her. Das hat schon sehr lange seinen Lauf genommen. Und in der Jurierung hat man schon den alten Flusslauf in den Studienauftrag genommen. So viel zu der Kritik, die man sehr oft gehört hat, es sei nie geplant gewesen, dass man überhaupt einen neuen Aarehafen mache. Also, das war schon im Studienauftrag für die Jurierung drin. Ich würde sehr gerne ein paar Bilder zeigen von dieser Gesamtsanierung. Das ist heute nicht möglich. Ein paar Bilder würden euch näherbringen, worum es eigentlich geht, worüber wir heute Abend reden, wie es in Zukunft aussehen soll. Ich versuche das wörtlich festzuhalten. Es bleibt

mir nichts anderes übrig. In der ersten Etappierung – jetzt gehe ich auf die Etappen ein – werden wir im Marzili-Bad die Wasserbecken inklusive dem Kinderplanschbecken und inklusive der ganzen Wasserbadetechnik sanieren.
Die Rednerin beschwert sich beim Präsidenten über den Lärmpegel im Saal.

Präsident: Sibyl bittet mich zu Recht darum, euch zu sagen, dass es recht laut ist. Ich weiss, es hat neue Leute im Rat, ihr möchtet euch einander vorstellen. Aber schaut doch vielleicht, ob es nicht auch noch eine andere Form gibt, solche Vorstellungsrunden zu machen. Aber auch an alle anderen: Schaut doch, dass ihr euer Gespräch, wie wir es mal zusammen abgemacht haben, eigentlich in der Wandelhalle führt. Merci.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Kommission: Die erste Etappe, wie gesagt, umfasst die Wassertechnik-Sanierung und die Wasserbecken. Die Wasserbecken werden, wie es heute Standard ist, mit Edelstahl ausgekleidet. Ausserdem gibt es ein neues Kinder-Planschbecken. Das ist heute sehr klein, nicht wirklich sehr "plantschig". Das wird in Zukunft sehr viel mehr Spass für die Kinder bieten können. In der zweiten Etappierung wird das neue Betriebsgebäude gebaut. Es gibt eine Sanierung der Garderobenkabinen und Garderobenkästen im nördlichen Teil. Und die beiden Bestandesbauten, also die beiden Häuser, die sich am Rand direkt an der Marzilistrasse und an der Aarstrasse befinden, werden saniert. Im Dossier ist ganz deutlich festgehalten, dass nur das saniert wird, was wirklich auch notwendig ist. In Bezug auf Garderobenschränke möchte man eigentlich vieles behalten, das man noch brauchen kann. Dort wird sehr oft einfach nur eine sogenannte Pinselsanierung angewendet. Es wird nur ersetzt, was auch wirklich notwendig ist. In dieser, aber nicht nur in dieser, Etappierung werden auch ganz viele ökologische Massnahmen umgesetzt. Aufgezählt werden können zum Beispiel die Dächer der neuen Gebäude. Da kommt eine Photovoltaikanlage drauf. Es gibt eine Wiederverwendung des "abgebadeten" Wassers. Also man nutzt das Wasser, das "abgebadet" ist zum Beispiel, um Pflanzen zu giessen, nachdem es durch einen Aktivkohlenfilter gereinigt wurde. Es gibt eine Entsiegelung von 4000 Quadratmetern Belagsfläche. Es gibt eine Neubepflanzung mit rund 40 Bäumen. Und es gibt eine Erhöhung der naturnahen Lebensräume von 9% auf zukünftig 16%. In der dritten Etappe werden das Hauptgebäude und der Eingang umgestaltet, beziehungsweise saniert. Es erfolgt auch eine Sanierung der Kästchen im Süden. Das Restaurantgebäude, das kann ich euch jetzt nicht zeigen, aber das ist sehr eindrücklich, denn das Restaurantgebäude, so wie wir es heute kennen, ist eigentlich mitten im Marzili drin. Damit man mehr Liegefläche hat in Zukunft, verlegt man es an den Rand. Und darum gibt es ein neues Gebäude; das allerdings auch, weil das bestehende Gebäude absolut sanierungsbedürftig ist und auch dem Betriebsablauf nicht mehr gerecht wird. Es gibt einen neuen Eingangsbereich. Für die, die es kennen – der Eingangsbereich ist jetzt nichts Spezielles. Es ist nicht wirklich etwas Vorzeigbares. Es hat dort eine Müllentsorgung, also eine Recyclingentsorgung. Es hat nicht klar signalisierte Veloabstellplätze. Dort ist es teilweise recht chaotisch. Und mit einem neuen Platz, auch mit neuen Bäumen, mit einem neuen Eingangsbereich, mit einer neuen Aufenthaltsqualität – davon profitieren dann auch die Gelaterias. Und die Schlange vor dem Bäcker, bei den Gelaterias, wir kennen es, ist zeitweise wirklich meterlang, geht teilweise auch ins Quartier, über die Strasse und ist manchmal auch nicht ganz ungefährlich. Künftig bestehen dreimal mehr Veloabstellplätze wie heute. In der vierten und letzten Etappe kommt nur das, was man bis dahin hinausschieben konnte und das aufgrund der Betriebsabläufe oder der Baumängel hinausgeschoben werden konnte. Das ist der neue Spitz bzw. Aarehafen oder die Bootsauswasserungsstelle oder wie man dem auch immer sagen möchte. Der ist dringend

notwendig. "Böötlen" hat seit Corona explosionsartig zugenommen. Es ist ein regelrechter Hype, der über die Region hinausgeht. Und das Ende dieser Zunahme, dieser schieren Masse an "Böötlern" ist nicht absehbar. Die Sicherheit beim Bootsausstieg ist nicht immer gewährleistet, weder im Wasser noch im Verkehr. Es ist eine Entlastung für das Quartier, wenn man einen zweiten Aarehafen bauen kann. Es gibt einen Mehrwert rund um die Dampfzentrale und am Brückenkopf, weil diese Fläche dort ziemlich brach liegt. Dort sind jetzt Parkplätze. Diese Fläche wird in Zukunft aufgewertet mit viel mehr grünen Flächen, mit biodiversitätswirksamen Flächen. Und der Aarehafen zeichnet den ehemaligen "Löifu", den ehemaligen Arm, wie zu Beginn nach. Ich komme zur Diskussion in der Kommission. Die Kommission hat das Geschäft intensiv und meiner Ansicht nach sehr gut beraten. Man ist natürlich auf die Kosten eingegangen, auf die Kostenfrage. Die Sanierung, ich habe es eingangs erwähnt, kostet 66 Millionen Franken, die Sanierung ist teuer. Ich habe es aber auch erwähnt: Es ist das grösste und älteste Bad der Schweiz, an dem seit 54 Jahren nichts gemacht worden ist. Die Kosten waren ein grosses Thema und darum durften wir auch über zwei Rückweisungsanträge in der Kommission befinden. Natürlich wurde im einen der beiden Rückweisungsanträge, jenem der Minderheit, auch der Spitz, beziehungsweise der Aarehafen, beziehungsweise die Bootsauswasserungsstelle thematisiert. Man hat sich gefragt: Ist das wirklich dringend notwendig, muss es wirklich sein? Man hat die ÖV-Erschliessung und Motorfahrzeugparkplätze thematisiert. Eine ÖV-Erschliessung gibt es momentan eigentlich nicht direkt im Marzili. Es hat es auch einen direkten Zusammenhang mit dem neuen Aarehafen. Es ist ja mit der Überbauung des Gaswerkareals geplant, dass es irgendwann einen Bus geben wird, so, dass wir dann vom neuen Aarehafen aus die Böötler direkt über die neue Busverbindung beim Gaswerkareal abtransportieren können. Man hat auch den Bauuntergrund thematisiert. Er ist der Grund, warum man im Untergrund nichts bauen kann. Es ist eigentlich, wie gesagt, eine Insel. Das Marzili-Bad ist eine ehemalige Insel. Es steht teilweise auf Schlammuntergrund. Darum kann man auch nicht unterirdisch bauen. Es ist alles oberirdisch. Man hat Baumbepflanzungen thematisiert. Es wird in Zukunft sehr viel mehr Bäume geben auf der Liegenwiese, aber auch an anderen Stellen. Es müssen natürlich auch Bäume gefällt werden, wie es immer der Fall ist bei Bauprojekten. Unter anderem hat es auch mit dem Hochwasserschutz zu tun. Der Hochwasserschutz ist auch ein ganz wichtiger Teil des Marzilis, der in Zukunft ebenfalls kommen wird. Man hat aber auch Details diskutiert, wie man zum Beispiel mit dem Mehrwerkgeschirr umgeht in Zukunft und mit dem Betrieb des Restaurantgebäudes. Schlussendlich haben wir über sechs Anträge befunden. Als einer dieser sechs Anträge haben wir einen Rückweisungsantrag mit Stichentscheid angenommen, das ist der heutige Rückweisungsantrag. Und ein Rückweisungsantrag ist ein Minderheitsantrag geworden. Wir haben das Verkehrsleitsystem, den Quartiertreff und das Jugendsolarprojekt in der Kommission klar angenommen. Die Anträge bezüglich Graffiti-Fassade und partizipative Bepflanzung sind ebenfalls angenommen worden, jedoch weniger klar. In der Schlussabstimmung, und das ist sicher noch bemerkenswert, haben wir den Gesamtkredit in der Kommission mit 6 zu 2 bei 3 Enthaltungen angenommen. Also trotz Rückweisungsentscheid zu den Kosten ist man sich in der Kommission einig gewesen, dass man das Bad sanieren soll. Es war in der Kommission unbestritten, dass es absolut notwendig ist. Im Namen der Kommission bitte ich euch, diesen Anträgen entsprechend zu folgen und den Gesamtkredit am Schluss anzunehmen. Besten Dank.

Präsident: Danke vielmals, Sibyl. Ich habe es so verstanden, dass du in diesem Fall den Minderheitsantrag in Teilen deines Votums hattest, sodass es somit kein Minderheitsvotum gibt. - Das ist richtig, es gibt kein PVS-Minderheitsvotum. Dann könnt ihr euch jetzt für das Fraktionsvotum anmelden. Und ich erteile als erstes das Wort Corina Liebi für die Fraktion GLP/EVP.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Ihr habt es schon gehört, das Marzili soll für rund 67 Millionen Franken saniert werden. Für unsere Fraktion ist unbestritten, dass grosse Teile dieses Bades in die Jahre gekommen sind und dringend einer Auffrischung bedürfen. Wie ihr bereits den Medien entnehmen konntet, stellen wir uns die grosse Frage, ob der geplante Aarehafen mit der Fussgängerbrücke nicht ein unnötiges Nice-to-have ist. Mit Blick auf die Finanzen der Stadt Bern, aber auch auf die Höhe der Projektkosten, erachten wir den vorliegenden Baukredit als deutlich zu teuer. Wir haben lange Diskussionen geführt, wie wir mit den vorliegenden Rückweisungsanträgen umgehen sollen. Kritisch wurden insbesondere drei Punkte angeschaut, die nachfolgend kurz erläutert werden sollen. Erstens ist der Betrag für die Sanierung deutlich teurer als ursprünglich geplant, und seit der Projektierung ist ein neuer zusätzlicher Projektteil dazugekommen, der geplante Aarehafen. Auch wenn der Hafen ein Nice-to-have ist, erachtet ein Grossteil der Fraktion den Projektteil nicht als zwingend nötig, um die geplante Sanierung durchzuführen. Die anderen Projektteile sind bei uns hingegen unbestritten. Zweitens verstehen wir das Argument der Sicherheit der Schwimmerinnen und Schwimmer in diesem Perimeter. Andererseits ist für uns nicht verständlich, wieso die Berner Steuerzahlenden einen Luxus-Aarehafen finanzieren müssen, der notabene von Leuten genutzt wird, die eigentlich gar nicht in der Stadt Bern wohnen. Um hier eine Kompromisslösung zu finden, haben wir einen Antrag eingereicht, der vorsieht, dass die Partnerorganisationen und Gemeinden, die sich bereits in der Vergangenheit engagiert haben, um zusammen eine Sensibilisierungskampagne zu machen, an den künftigen Betriebskosten des Aarehafens auch mitbeteiligt werden können. Der Antrag ist als Prüfungsantrag an den Gemeinderat formuliert. Drittens diskutieren wir hier über einen sehr teuren Aarehafen, der aber nur an wenigen Spitzentagen im Jahr überhaupt genutzt werden kann. Aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht ist das für uns nicht die beste Lösung und es wäre sicher möglich gewesen, auch andere Wege zu finden, um die Böötchenanzahl auf Höhe Marzili zu reduzieren. Die zuvor genannten Gründe würden eigentlich zu einer Rückweisung führen. Jetzt ist es aber so, dass der Projektierungskredit komplett aufgebraucht ist. Und eine Rückweisung würde bedeuten, dass der Bau nicht wie geplant im kommenden Herbst beginnen könnte. Das heisst, es würden nicht nur Mehrkosten für einen Projektierungskredit entstehen, sondern allenfalls auch Notfallsanierungen, die in der Zwischenzeit angegangen werden müssten. Gerade die technische Anlage in den Schwimmbecken ist in sehr kritischem Zustand und es ist wirklich nicht wünschenswert, dass mitten in der Badesaison die Anlage aussteigt. Je nach Zeithorizont könnte sich die Verzögerung bei einer Rückweisung auf gute zwei Jahre ausdehnen. Unter diesen Gesichtspunkten sind wir nicht sicher, ob wir mit einer Rückweisung wirklich günstiger wegkommen würden. Aus diesem Grund wird die GLP-EVP-Fraktion, anders als in der Kommission, die Rückweisung nicht unterstützen und sich enthalten oder nicht unterstützen, um diesem Geschäft trotzdem noch über die Ziellinie zu helfen. Wir würden euch aber im Gegenzug bitten, unseren Antrag zur Entlastung bei den Betriebskosten des Aarehafens zu unterstützen, den wir als gangbare Kompromisslösung anschauen. Zu den restlichen Anträgen bleibt mir nur noch zu sagen, dass wir die Prüfungsanträge 3, 4 und 7 der PVS sowie unseren eigenen Antrag annehmen und die restlichen ablehnen. Wir werden dementsprechend dem gesamten

Geschäft zähneknirschend zustimmen, möchten aber den Gemeinderat explizit auffordern, bei den künftigen Krediten mit einem sparsamen Auge an die Sache heranzugehen und mit Blick auf die Finanzen nur zwingend notwendige Projekteile oder allenfalls Variantenabstimmungen vorzulegen. Danke.

Präsident: Merci vielmals, Corina. Dann hat das Wort Seraphine Iseli für die Fraktion GB/JA!.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Das Marzili-Bad ist für die Stadt Bern mehr als ein Freibad. Es ist ein identitätsstiftender Ort für die ganze Stadt. Es ist ein Ort, wo Alte und Junge zusammenkommen, Menschen mit viel und wenig Geld, Neuzuzüger*innen und alteingesessene Menschen. Das Bad muss saniert werden. Der bedeutende Erholungsraum muss erhalten bleiben, wie er im Moment ist. Und dass das Freizeitangebot auch in jedem Sommer genutzt werden kann, ist für uns nicht nur eine sinnvolle Investition, sondern ein absolutes Muss. Wir haben es schon gehört, das Marzili-Bad gibt es schon sehr lange. Eine Aktivität ist allerdings dazugekommen und macht auch nicht allen Schwimmer*innen Freude, nämlich das "Aareböötle". Und hier geht es ja nicht darum, ob man das selber lustig findet oder nicht, aber es ist einfach da als Phänomen und es wird immer grösser. Und wir haben es auch im Vortrag gelesen: Es kommen immer mehr Menschen aus der ganzen Schweiz nach Bern, die auf der Aare Boot fahren wollen. Unsere Aufgabe als Stadt Bern ist es darum, uns einerseits an der Sensibilisierungskampagne bezüglich Wassersicherheit und Massnahmen zum nachhaltigen Konsum zu beteiligen. Wir finden natürlich all die billigen Einweg-Gummiboote, die gekauft werden und dann im Marzili liegen bleiben, auch sehr nervig. Dort Massnahmen zu treffen, ist auf jeden Fall sinnvoll. Und andererseits sehen wir es aber auch als Aufgabe der Stadt Bern, Nutzungskonflikte im unteren Aarebereich zu vermeiden, wo viele Schwimmer*innen unterwegs sind. Und wir haben auch darum den Aarehafen lange diskutiert in der Fraktion, sind uns aber einig, dass es wirklich eine sehr gute Idee ist, wenn die Gummiboote einfach vor dem Marzili-Bad auswassern können. Und dieser Wunsch wurde ja auch im Quartier stark geäussert. Und das kann man gut verstehen, wenn man die Bilder von Verkehrschaos und Plastikbergen sieht. Und darum finde ich es sehr wichtig, dass es umgesetzt wird, so wie vom Gemeinderat vorgeschlagen. Was uns aber bei dieser Lösung gestört hat, ist, dass das Geschäft erst in die Kommission kam, als klar war, dass die Variante nicht mehr geändert werden kann, ohne dass das ganze Projekt verzögert wird. Und für uns kommt eine Projektverzögerung an so einem wichtigen Ort, der so viel gebraucht wird, nicht infrage. Darum lehnen wir die beiden Rückweisungsanträge ab. Wir appellieren aber an die zuständigen Direktionen, solch grosse und kostenintensive Projekte künftig früher in die Kommission zu bringen, sodass man auch wirklich mal über eine Rückweisung ernsthaft diskutieren kann und man auch eine Redimensionierung ins Auge fassen kann, ohne dass es zu diesen Verzögerungen kommt. Ein Punkt im Geschäft, der uns sehr gut gefällt, ist das geplante Verkehrskonzept. Das Marzili-Bad ist super erschlossen mit seiner Nähe zum Bahnhof. Und es ist absolut unsinnig, mit dem Auto ins Marzili zu fahren und dann den Zug nach Thun zu nehmen. Damit das künftig nicht mehr möglich sein soll, begrüssen wir sehr. Ausser diesen Rückweisungsanträgen nehmen wir alle Anträge der PVS an. Vor allem die Umsetzung eines Jugendsolarprojekts finden wir eine super Idee, weil das Marzili-Bad ein Ort ist, mit dem sich Jugendliche sehr verbunden fühlen. Und da ist es super, sie hier für so ein Projekt einzubeziehen. Die FDP-Anträge werden wir ablehnen. Wir finden überdachte Veloparkplätze nirgends so überflüssig wie bei einem Freibad. Denn wenn man einmal von einem Sommergewitter überrascht wird, wird ein Velo den Regen

überstehen. Den GLP-Antrag werden wir annehmen und den SVP-Antrag werden wir ablehnen. Nachher haben wir auch noch zwei Anträge eingereicht; nämlich Antrag 14, der das Zielbild der Ernährungsstrategie 2035, nämlich eine nachhaltige Ernährung auf dem Stadtgebiet zu fördern, im Marzili umgesetzt wird und ein verbindlicher Passus zu einer nachhaltigen Ausgestaltung des Gastronomieangebots in neue Pachtverträge aufgenommen wird. Und Antrag 15 ist noch ein Prüfauftrag. Im Moment gibt es ja zwei Beachvolley-Felder. Da wollen wir prüfen, ob wir auf Kosten von Parkplätzen ein drittes machen können. Also es wäre uns wichtig, dass dafür nicht die Biodiversitätsfläche oder die Liegenwiese draufgehen würden. Aber wenn dort von diesem Schotterparkplatz noch ein bisschen Platz wäre für ein Beachvolley-Feld, fänden wir das super. Und insgesamt werden wir dem Geschäft und der Abstimmungsbotschaft zustimmen und freuen uns auf das sanierte Marzili-Bad.

Präsident: Vielen Dank, Seraphine. Dann hat als nächste Laura Binz für die SP/Juso-Fraktion das Wort.

Laura Binz (SP) für die Fraktion: Auch in der SP-Juso-Fraktion sind wir uns einig, dass das Marzili für die Stadt Bern eine sehr grosse Bedeutung hat und ein wunderschöner Ort ist. Ebenfalls unbestritten ist der Sanierungsbedarf des Freibads. Entsprechend begrüssen wir, dass die Sanierung des Bades jetzt starten soll. Die Etappierungen haben wir sehr positiv zur Kenntnis genommen. So können dringende Arbeiten rasch angegangen werden. Und mindestens ebenso wichtig: Das Marzili bleibt während der Bauphase offen. Besonders positiv ist in der Fraktion die Partizipation aufgenommen worden, die stattgefunden hat, um die Bedürfnisse der Nutzenden und des Quartiers einzubeziehen. Insgesamt ist die SP/JUSO-Fraktion klar der Ansicht, dass es sich um ein sehr gutes Projekt handelt, das der Hindernisfreiheit, ökologischen und Biodiversitätsaspekten ebenso Beachtung schenkt wie der Aufenthaltsqualität auf der Liegefläche und der Attraktivität des Eingangsbereichs. Weiter unterstützen auch wir die erarbeiteten Parkierungs- und Mobilitätskonzepte. Trotzdem haben wir in der SP/JUSO-Fraktion intensiv über zwei Aspekte des Projekts diskutiert. Das sind einerseits die Kosten und andererseits der Aarehafen beim Spitz. Zu den Kosten zuerst: Tatsächlich sind die Anlagekosten für das Projekt seit der Projektierung gestiegen, was eben zu unseren Diskussionen geführt hat. Wir haben das Projekt aber nach der Kommissionssitzung nochmal genau angeschaut und sind zum Schluss gekommen, dass wir den Rückweisungsantrag der PVS, um 10% einzusparen, ablehnen werden. Es gibt keine Möglichkeiten, die Kosten zu senken, ohne die Qualität der Sanierung zu beeinträchtigen oder zentral wichtige Elemente wie z.B. die Kinderplanschbecken zu gefährden. Auch der Ersatzneubau des Hauptgebäudes ist sinnvoller als die Sanierung des bestehenden Gebäudes von schlechter Qualität. Ein weiteres wichtiges Argument gegen eine Rückweisung ist auch, dass Synergien mit dem Hochwasserschutzprojekt verloren gehen würden, weil es insgesamt einen Mehraufwand und eine verlängerte Bauzeit bedeuten würde. Dann noch zum Aarehafen. Die Zahl der Boote steigt ständig und problematische Situationen zwischen Schwimmenden und "Aareböötlern" gehören zum Alltag. Zur Prävention von Unfällen investiert die Stadt Bern bereits einiges Geld pro Jahr. Und während ein Teil der Fraktion der Ansicht ist, dass der Aarehafen die Probleme nicht lösen wird, sondern zu noch mehr "Böötlern" führen wird, ist die grosse Mehrheit der Fraktion der Ansicht, dass der Aarehafen eine sinnvolle Massnahme ist und das Geld gut investiert ist. Die SP/JUSO-Fraktion wird aus diesen Gründen auch den Rückweisungsantrag der PVS-Minderheit ablehnen. Vielleicht auch von uns noch eine Bemerkung zum Zeitplan dieses Geschäfts. Der ist, man kann sagen, extrem sportlich – mindestens. Die PVS

musste das Geschäft unbedingt in der Dezember-Sitzung beraten, damit der weitere Zeitplan eingehalten werden konnte. Und mehr Zeit zur Diskussion in der Kommission wäre bei diesem grossen Geschäft sicher hilfreich gewesen. Dann komme ich noch zu den weiteren Anträgen. Wir werden die PVS-Anträge, also die weiteren, nicht die Rückweisungsanträge, unterstützen. Antrag 8 und 9 der FDP lehnen wir ab. Mehr Flächen für Motorräder sind für uns nicht zielführend. Und auch den Antrag 10 lehnen wir ab. Überdachte Veloabstellplätze führen zu Mehrkosten und sind in diesem Projekt sicher nicht zentral. Hingegen nehmen wir den Antrag 11 der GLP-EVP-Fraktion an. Die Sensibilisierungskampagne mit Partnergemeinden ist durchaus sinnvoll, gerade weil zwar durchaus viele Bernerinnen und Berner mit dem Boot auf der Aare unterwegs sind, aber durchaus auch Leute aus den Partnergemeinden. Antrag 12 und 13 der SVP haben wir nicht in der Fraktion besprechen können. Aber wie ich schon gesagt habe, unterstützen wir den Abbau der Parkplätze. Auch die Anträge 14 und 15 von GB/JA! konnten wir nicht besprechen. Der SP/JUSO wird dem Realisierungskredit und der Abstimmungsbotschaft zustimmen. Wir freuen uns auf ein geschichtsreiches Freibad, das zukunftsfähig saniert wird.

Präsident: Vielen Dank, Laura. Ich erteile das Wort Janosch Weyermann von der SVP-Fraktion.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Auch für die SVP-Fraktion ist unbestritten, dass im Marzili-Bad etwas gehen muss. Man hat marode Gebäude, man hat Becken, bei denen einfach teilweise fast die Wasseraufbereitung ausfällt, und es ist einfach alles in die Jahre gekommen. Und selbst ich als Bümplizer verbringe gerne mal an einem sonnigen Tag meinen Nachmittag hier im Marzili. Nichtsdestotrotz ist es einfach einmal mehr viel zu teuer, was die Stadt hier baut. Ich erinnere gerne daran, dass man im Jahr 2018 bei der mittelfristigen Investitionsplanung von 33 Millionen Franken für die Sanierung ausgegangen ist. Kurz darauf, als das erste Projekt vorgelegt wurde, gingen wir von 36 bis 48 Millionen aus. Heute haben wir einen Kredit von fast 67 Millionen Franken, weil man einen teureren Projektierungskredit hat – und eben noch den Aarehafen dreingepackt hat. Und darum ist das für uns einfach einmal mehr ein Grund, warum wir auch den Rückweisungsantrag, die Kürzung um diese 10% oder eben den Verzicht auf den Aarenhafen ganz klar unterstützen werden. Und es ist einfach die gleiche Platte wie immer. Man könne nicht kürzen, ohne dass es irgendwo gross einschneide. Ihr erinnert euch daran. Wir hatten letztes Jahr Wahlen. Alle – bis auf, glaube ich, die Grünen – haben gesagt, dass man sich jetzt an der Nase nehmen und sparen und die grossen Kisten günstiger machen müsse. Und wie ich jetzt von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gehört habe, wird es trotzdem wieder zähneknirschend zur Kenntnis genommen und durchgewunken. Vor allem hatte man ja eine Mehrheit in der Kommission, die kürzen will. Jetzt ist man plötzlich über Nacht zur Erkenntnis gekommen, dass man doch nichts kürzen will. Ich verstehe das nicht ganz, aber ja, muss ich auch nicht. Ich komme gerne zu den Anträgen der PVS, die eine Kürzung verlangen oder einen Verzicht auf den Aarehafen. Die werden wir ganz klar unterstützen. Vor allem der Verzicht auf den Aarehafen ist uns wichtig, weil wir der Meinung sind, er kostet zu viel dafür, was er bringt. Vor allem bringt er auch neue Probleme. Wenn man sich vorstellt, dass dieser dann genau vor das Marzili hinkommt, und weiss, dass alle Boote bereits heute vom Personal dort in die Mitte der Aare gelenkt werden, so dass sie nachher einfach im Prinzip durch die Schwimmerinnen und Schwimmer kreuzen und diese eigentlich davon abhalten und es einfach zu unschönen und auch kritischen Si-

tuationen kommen kann. Und nur an Spitzentagen wird der Aarehafen wirklich gebraucht. Und darum steht das für uns in keinem Verhältnis, dass man für fast 6 Millionen den Hafen baut. Und uns ist auch nicht ganz klar – es ist ja ohnehin ein Teil des Projekts, der erst ganz am Schluss dazugekommen ist –, warum man ihn nicht einfach rausstreichen kann, oder vielleicht später, wenn man wirklich merkt, dass es nicht geht, dass es finanziell nicht tragbar ist mit all den Leuten, die dort immer zum Rechten schauen müssen, kann man ja später nochmal damit kommen. Aber wir hätten heute 6 Millionen gespart. Beim PVS-Antrag wegen dem Verkehrsleitsystem sehen wir nicht ganz, warum man das jetzt schon im Sommer machen sollte. Da sind ja nach wie vor Parkplätze dort unten. Ich weiss nicht, wie man jemandem, der extra mit dem Auto von Freiburg kommt, sagt, jetzt musst du nach Hause gehen. Es sind zwar dort unten Parkplätze, aber wir können dich gar nicht hinunterlassen, denn der Parkplatz ist gesperrt. Vor allem sind es ja auch Einnahmen, die flöten gehen. Das verstehen wir nicht ganz, das lehnen wir ab. Zum PVS-Antrag wegen der Quartiervereine, die gerne einen Raum wollen: Da sagt ihr, es darf nicht teurer werden. Aber genau mit solchen Sachen blast ihr das Projekt einmal mehr auf. Es wird noch teurer, darum lehnen wir auch das ab. Graffiti, Betriebsgebäude – nein, sehen wir auch nicht ganz. Partizipative Bepflanzung, ja, kann man machen. Da sind wir offen. PV-Anlagen auf dem Betriebsgebäude mit Jugendsolarprojekten braucht es nicht. Die FDP-Anträge mit den Parkplätzen für Motorräder unterstützen wir. Bei der Überdachung sehen wir auch nicht ganz, warum das nötig ist. Auch das führt zu Mehrkosten. Den Antrag von GLP/EVP werden wir annehmen. Sofern es wirklich zu dem Aarehafen kommt, ist es zumindest ein gewisser Trost, falls die Gemeinden auch wirklich mitmachen, wenn man dort die Kosten des Betriebs senken könnte. Die SVP-Anträge nehmen wir ganz klar an. Der Antrag 14 ist auch noch lustig. Man schreibt den Pächterinnen und Pächtern einmal mehr vor, was sie zu machen haben. Biologisch, regional, saisonale Speisen, dann muss es noch vegetarisch und vegan sein. Es erstaunt mich, dass sie nicht noch eine Fintaquote oder einen Mindestlohn vorschreiben. Es erstaunt mich wirklich. Der Güggelimann vorne dran, wird sicher Freude daran haben, wenn der Beizer kein Fleisch mehr verkaufen darf. Dann werden einfach alle Leute zum Güggelimann rübergehen. Und man hat es jetzt auch im Dählhölzli gesehen, wie schwierig es ist, überhaupt einen Pächter zu finden, der das Risiko eingeht. Und das ist ein Risikobetrieb. Man kann ihn nur wetterabhängig betreiben. Und darum ist es umso wichtiger, dass man den Leuten nicht zu viele Auflagen macht. Denn das ist nicht einfach für die. Und Volleyballfelder braucht es nicht noch mehr. Wenn unsere Anträge nicht durchkommen, werden wir das Geschäft ablehnen.

Präsident: Vielen Dank, Janosch. Dann hat als nächste das Wort Tanja Miljanovic für die Fraktion GFL.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Die GFL-Fraktion kann recht gut nachvollziehen, dass man finanzpolitisch sparen möchte. Wir wissen, wir haben im September/Oktober die Budgetdebatte, und es ist sehr wahrscheinlich, dass dort auch noch ein Sparpaket geschnürt werden muss. Wir haben das diskutiert, wir haben die zwei Rückweisungsanträge diskutiert und wir haben entschieden, dass wir keine Rückweisung unterstützen werden; und zwar, weil man beim Projekt nicht nur die absolute Geldsumme betrachten kann, sondern auch immer den Impact einer Investition bzw. das Kosten-Nutzen-Verhältnis einbeziehen muss. Wir haben wiederholt die Gelegenheit gehabt, in der Vergangenheit Geld einzusparen für Sachen, die keinen oder fast keinen nominalen Nutzen gebracht haben. Ich erinnere wieder einmal an die Sandsteinmauer in Matte. Das waren auch 2 bis 3 Millionen Franken und die waren wirklich ein wenig für die

Katze. Schauen wir doch mal an, wie gespart werden sollte. Also, hat es wirklich eine gute Idee, die trägt? Nein, aus unserer Sicht nicht. Also der erste Antrag lautet, man soll einfach mal 10% ziel- und wahllos einsparen. Das finden wir recht strategiefrei. Das möchten wir nicht unterstützen. Beim anderen Antrag heisst es, dass man den Spitz wegsparen soll. Und auch dort überzeugen uns die Argumente nicht. Die GFL handelt immer nach der Prämisse, möglichst dort zu sparen, wo es möglichst wenigen Leuten schadet oder wehtut. Hier aber tut es wirklich ganz vielen Leuten weh, wenn wir diesen Spitz einfach wegnehmen – und vor allem auch dann, wenn wir eine Rückweisung machen und das Projekt damit massiv verzögern. Aber welchen Nutzen würden wir bekommen für die 5 Millionen Franken, wenn wir diesen Spitz machen? In der Matte haben wir die Sandsteinmauer, die wir dann noch mit Beton überzogen haben, weil sie für nichts war. Was würden wir hier für 5 Millionen bekommen? Einen bedeutenden ökologischen und enormen sozialen Nutzen und auch eine Liberalisierung des öffentlichen Raumes, eine Aufwertung, eine Nutzungserweiterung und Überführung von einem partiell offenen, partiell geschlossenen Raum – vor allem am Abend – von einem eingezäunten in einen öffentlichen und ständig zugänglichen Raum, und zwar für sehr viele Leute. Man hat auch eine langfristige Anbindung an das Gaswerkareal. Also, irgendwann müssen wir dort sowieso sanieren. Warum denn nicht jetzt, wo es schon geplant ist, statt noch einmal neu zu planen? Und ein ganz wichtiger Aspekt ist natürlich die Sicherheit. Es ist schon vor der Kommissionssprecherin sehr gut ausgeführt worden. Es ist dort wirklich ein bisschen kritisch. Und jetzt hat man aber vorhin auch noch in einem Votum gehört, es sei ein Luxushafen für die, die nicht einmal hier wohnen. Was gehen uns Menschen an, die keine Steuern zahlen, heisst das schlussendlich. Das kann man sagen, das kann man machen. Sozial ist es nicht, das muss man auch nicht erwarten, aber es ist eben auch nicht liberal, es ist eher brutal. Dazu ist es ein bisschen kurz gedacht. Denn die Lebensqualität, die man durch den zweiten Hafen schafft, durch die Sicherheit, die man dort gewährleisten kann, die ist eben nicht nur für die Externen, sondern auch für Berner und Bernerinnen. Das heisst, für mich bedeutet das, wenn wir den Hafen nicht haben möchten – kann man sagen –, dann sollte man sich doch vielleicht überlegen, ob man die Böötchen kontingentieren möchte, ob man Regeln aufstellen muss, wie viele Böötchen hier noch runterfahren dürfen, damit es noch sicher ist. Weil die Männer und Frauen, die vorne bei den Häfen stehen und wild winken und zu signalisieren versuchen, wie man durchfahren soll und wo man aussteigen soll, die haben wir jetzt schon, und diese Situation ist extrem unbefriedigend. Ein weiterer Punkt, der sehr wichtig ist und bei dem ich eigentlich fast das Gefühl habe, dass der eigentliche Grund für die Rückweisungsanträge gar nicht die Finanzsachen sind, sondern die Abschaffung oder eben der Abbau der Parkplätze. Ich habe wirklich das Gefühl, das ist eigentlich die Krux hier. Es geht nicht um Geld. Hier möchte man den Parkplatzabbau verhindern. Obwohl die Quartiere dort eigentlich gar kein Problem damit gesehen haben, und die Spitzsanierung extra und vorausschauend, dank Alec von Graffenried, in die vierte Bauphase verlegt worden ist. Es geht eigentlich um die Frage, ob man die Liegewiese offen und ohne Zäune – oder Parkplätze haben möchte. Über das stimmen wir hier ab. Und wir stimmen darüber ab, ob wir riskieren, dass wir gar keine Becken mehr haben, die früh genug saniert sind, oder ob es uns wichtiger ist, dass ja kein Nichtberner mit seinem Böötchen sicher aussteigen kann. Wir werden die PVS-Rückweisungen ablehnen. Die restlichen PVS-Anträge werden wir annehmen. Den GLP-Antrag nehmen wir an. Das müssen wir durchaus prüfen, wie man die Kosten verteilen kann. Und die restlichen Anträge lehnen wir alle ab. Denn genauso wie wir nicht die Böötchen kontingentieren möchten, möchten wir auch nicht überregulieren, wenn es um das Essen geht. Vielen Dank.

Präsident: Merci, Tanja. Dann erteile ich das Wort Ursula Stöckli für die Fraktion FDP.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Ich mache es kurz. Das Marzili ist wichtig, das wissen alle, und es ist wunderschön und einmalig. Das haben wir jetzt schon ein paar Mal gehört und darum gehe ich jetzt vorwiegend noch auf die Anträge ein. Eines zum Bauen noch: Das Marzili steht auf einem Untergrund, den man jetzt kennt. Wir hatten damals Mehrkosten bei dem Fluss, der in den "Bueber" reinkam wegen dem Fliessgewässer. Also ich oder wir von der FDP-Fraktion erwarten, dass es jetzt hier keine Mehrkosten mehr gibt. Man kennt den Untergrund, und wenn man ein neues Betriebsgebäude baut, dann weiss man, wie der Untergrund ist. Das war auch explizit eine Frage. Somit erwarten wir, dass die Kosten, die hier vorliegen – und es ist nicht ein günstiges Projekt – wenigstens eingehalten werden. Jetzt zu den Anträgen: Antrag 1 lehnen wir ab, die 10% sind zwar 10%, aber in 10 Jahren schaut man zurück und sagt, es bringt eigentlich nichts, dass man diese gespart hat. Antrag 2 haben wir lange diskutiert in der Fraktion und haben schlussendlich Stimmfreigabe beschlossen. Ein Teil der Fraktion ist der Meinung, da muss etwas gehen. Wir haben dort ein Problem und wir haben viel mehr Boote als ganz früher. Und darum sind einige Feuer und Flamme für den Aarehafen und andere eher skeptisch, und zwar schlicht und einfach wegen der Kosten. Darum Antrag 2: Stimmfreigabe. Antrag 3 lehnen wir ab. Antrag 4 lehnen wir ebenfalls ab. Und zwar möchten wir das Projekt nicht noch mehr belasten. Antrag 5, 6, 7 lehnen wir ebenfalls ab. Und die Anträge 8 und 9, das sind unsere Anträge, nehmen wir selbstverständlich an. Und wir empfehlen euch wirklich auch, diese Anträge anzunehmen. Wenn man hier von Motorrädern spricht, dann haben die Linken und die Grünen immer gleich furchtbar stinkende Töffs im Kopf. Ist aber nicht so. Es gibt auch Elektro-Motorräder und -Roller. Und die brauchen deutlich weniger Platz. Man kann zu zweit drauf sitzen und ins Marzili gehen. Und es gibt auch immer ältere Leute oder Leute, die vielleicht nicht mehr die Steigungen mit dem Velo ohne Motor bewältigen können. Und darum wären die Parkplätze wichtig. In diesem Projektbeschrieb sind schlicht und einfach – und das ist jetzt eine Unterstellung – die Parkplätze für Zweiräder wie Roller und Töffs vergessen worden. Und man hat dort etwa 10% der Veloparkplätze für Spezialfahrräder vorgesehen. Und das wäre eben doch nicht das, was wir hier in unserem Antrag wollen. Und das ist definitiv zu wenig, denn es braucht wenig Platz und man kann aufs Auto verzichten und man kann sogar zu zweit auf einen Töff und auf zwei Rädern an in die Aare runterfahren. Und ihr wisst, das Marzili, logischerweise, liegt tief. Wer runter will und rauf will, hat immer eine Steigung zu bewältigen. Darum bitte ich euch, doch auch wirklich die Anträge anzunehmen. Der Antrag mit der Überdachung würde unseres Erachtens Sinn machen, wenn man sie auch mit Solarzellen ausstatten würde. Wenn ihr Angst habt wegen der Kosten, dürft ihr den selbstverständlich ablehnen. Wir nehmen den an. Logisch, denn es ist einer von uns. Antrag 11 GLP-EVP nehmen wir ebenfalls an. Man kann es prüfen. Und bei den Anträgen 12 und 13 haben wir schlussendlich Stimmfreigabe beschlossen. Antrag 14 lehnen wir definitiv ab. Man sollte nicht den Unternehmern ins Angebot reinreden. Das ist natürlich total schädlich. Darum: Die Anträge 14 und 15 lehnen wir auch gerade ab. Und somit hätte ich unser Stimmverhalten begründet und freue mich auf eine schöne Saison in Marzili. Merci.

Präsident: Vielen Dank, Ursula. Dann kommt Sibyl Eigenmann für die Mitte-Fraktion.

Sibyl Eigenmann (Mitte): Ich halte jetzt noch das Fraktionsvotum gespickt mit einem gewissen Einzelvotum-Charakter. Zuerst eine persönliche Bemerkung: Um zu verstehen, wie lange das Projekt schon dauert, um zu verstehen, wie lange die Verwaltung mit den Arbeiten zur Marzili-Bad-Sanierung schon beschäftigt ist: Ich durfte als Quartiervertretung der QM3, bevor ich im Stadtrat war, also bevor ich je Stadträtin war, als Quartiervertretung in der Wettbewerbsjury dabei sein. Das ist lange her, das war vor der Corona-Zeit. Ich war sozusagen als Marzilianerin seit Anfang bei diesem Geschäft dabei, bei dieser Marzili-Bad-Sanierung. Ich habe grosse Freude und es ist mir auch eine grosse Ehre, dass wir heute Abend dieses Geschäft behandeln dürfen. Und ich bin voll und ganz davon überzeugt. Noch zu den Äusserungen von Corina vielleicht: Du hast angesprochen, dass ursprünglich nicht so viel Geld geplant war. Und das hat einen Grund. Wie gesagt, das Projekt ist vor Corona gestartet worden. Seit Corona hat die Teuerung in diesem Kanton um 14% zugenommen. Die Teuerung im Bausektor ist plus 14%, und das war ein Kostentreiber. Ich bin auch überzeugt, und das wurde richtig gesagt, dass, wenn wir es heute Abend zurückweisen, es wahrscheinlich nicht günstiger wird; aus zwei Gründen. Erstens muss es nochmal den ganzen Rattenschwanz machen, einerseits durch die Verwaltung, durch den Gemeinderat, durch die Kommission und noch einmal in den Stadtrat kommen. Solche Projektplanungen kosten Geld und es kostet auch heute Abend Geld, das zu behandeln. Ausserdem: Ursula, du hast gesagt, ja, wir wollen sicher keine Nachkredite. Es hat keine so grosse Tradition bei uns im Stadtrat, dass man Nachkredite für Projekte braucht. Und ich bin überzeugt, es wird auch hier keinen Nachkredit geben; aber nicht nur, weil wir den Untergrund kennen, sondern weil es eben richtig geplant worden ist, weil es lang aufgegleist worden ist. Und wenn wir zurückweisen, gibt es vielleicht dann trotzdem wieder einen Nachkredit. Wir haben das gesehen bei der Ruine Grasburg, als man gesagt hat, man wolle es günstiger machen. Und am Schluss ist es trotzdem nicht günstiger geworden. Und wir haben nochmal so viel sprechen müssen. Die Jurierung, die ich vorhin erwähnt habe, hat diverse Projekte eingereicht. Die Wettbewerbseingaben haben diverse futuristische Projekte vorgesehen. Sie wollten zum Teil ein ganz anderes Marzili machen, eine neue Beckenanordnung, etwas ganz Futuristisches, zweistöckig. Alec war übrigens auch dabei. Alec ist der Vater der Marzili-Bad-Sanierung. Schlussendlich haben wir uns darauf geeinigt, und es war auch ein richtiger Entscheid der Jury, dass man das Marzili-Bad so lässt, wie es ist, dass man es so lässt, wie es die Leute lieben. Ich bin überzeugt: Hätten wir ein anderes Projekt, wäre es heute doppelt so teuer und ich bin überzeugt, dass die Leute die Hände verwerfen würden. Wir haben heute Abend wirklich ein Projekt, das dem Marzili-Bad gerecht wird, hinter dem das Quartier steht. Und das uns zwar etwas kostet, aber das muss es uns wert sein, und ich sehe wirklich auch nicht, wo wir streichen könnten. Wie gesagt, ich bin Marzilianerin, ich bin im Sommer manchmal dreimal am Tag in diesem Bad. Manchmal komme ich am Morgen um 7 Uhr in dieses Bad und der Wasserstand des Hauptbeckens ist einfach 30 cm tiefer, weil mit der Wasseraufbereitung wieder irgendetwas nicht funktioniert hat. Meine Patenkinder, die früher jeweils eine Woche in die Ferien kamen, extra für das Marzili-Bad, die hatten einmal offene Zehen. Die Kinderhaut ist sehr fein. Und an diesem harten Beton oder dieser rauen Oberfläche in den Planschbecken haben sie ihre Zehen faufgeschürt. In den Toiletten, wer es kennt, weiss, man muss einen Hahn aufdrehen. Es gibt keine moderne Toilettenspülung, so wie man es heutzutage kennt, vielmehr muss man einen Hahn aufdrehen und man muss den Hahn auch wieder zudrehen. Es ist ein immenser Wasserverlust, um bei den Toiletten zu spülen. Und jetzt komme ich noch zum Hauptstein des Anstosses, zum Spitz. Wir haben alle ein Schreiben bekommen vom Quartier Marzili, und ich möchte das noch einmal erläutern. Im Sommer bei schönem Wetter

stauen sich die Boote regelrecht auf dem Wasser. Also, das müsst ihr euch einmal anschauen. Schnappt euch ein Bier, steht auf die Marzilibrücke, schaut dem Treiben zu. Es ist sehr amüsant, aber es ist teilweise auch sehr gefährlich. Die Boote, die stauen sich wirklich regelrecht hintereinander und warten darauf auszuwassern. Habt ihr einmal ausgewassert bei der Bootsauslegestelle, die eigentlich nie konzipiert war als Bootshafen, vielmehr ist das ein Pontonierhafen, den die Pontoniere eigentlich zum Einsteigen benutzen oder auch Blaulichtorganisationen, falls etwas im Wasser passiert? Wenn ihr dort einmal ausgewassert habt, kommt ein Securityangestellter oder zwei und weist dich sofort mit deinem Boot weg, weil es eben einen Stau hat. Sie zeigen dir sofort an, wo du hingehen musst, entweder links oder rechts. Du kannst bei der grossen Abfallentsorgungsstelle noch die Bierdose entsorgen und solltest dann irgendwo dein Boot trocknen lassen. Dein Boot lässt du normalerweise im Dalmazipärkli trocknen, dort wo es früher sehr viele Akrobaten gab, das heute überfüllt ist mit Pop-Ups und Leuten, die ihr Boot trocknen. Das Dalmazipärkli ist regelrecht überfüllt. Darum weichen regelmässig Bootsfahrer auf den Dalmazikreisel aus. Wir haben am Dalmazikreisel im Sommer Leute, die ihr Boot auf dieser Verkehrsinsel trocknen. Es kommt öfter zu gefährlichen Verkehrssituationen, weil der Betrieb dort unten zum Beispiel auch sehr viele Autoposer anzieht, die Bikini-Frauen begutachten wollen, die ein bisschen posen wollen mit ihren geil getunten Autos. Es kommt regelmässig zu gefährlichen Situationen zwischen Autofahrern und Velofahrern, weil der Kreisel schlichtweg nicht mehr übersichtlich ist. Als Quintessenz ist dringend notwendig, dass wir einen zweiten Bootsausstieg, dass wir einen zweiten Aarehafen haben, weil die schiere Menge, die wir auch in Zukunft haben werden, einfach nicht mehr tragbar ist für den Hafen, der nie als solcher konzipiert wurde. Ich habe mal eine lustige Diskussion geführt mit jemandem, der sagte, wir müssten es einfach verbieten. Böötle sei für nichts, man sollte dort schwimmen können. Und die einzige Möglichkeit, das zu verbieten, ist eigentlich, zwischen Thun und Bern eine Naturschutzzone zu installieren. Aber ich sage euch eines, bei einer Naturschutzzone könnte man auch nicht mehr schwimmen. Und bei der Kostenaufstellung – noch einmal zu dem Gesamtkredit –, fällt auf, dass der Spitz, der Bootshafen, nur 10% der Kosten ausmacht. Und er wird erst in der vierten Etappe realisiert. Also der Spitz ist ganz sicher nicht der Kostentreiber in diesem Projekt, wenn es überhaupt einen gibt. Und die 6 Millionen für mehr Sicherheit, sowohl im Wasser wie auch im Verkehr, sollten es uns wirklich wert sein. Janosch hat gesagt, wir müssen sparen, und wir hätten immer gesagt, wir müssten sparen. Ja, auch unsere Fraktion war immer der Meinung, man müsse mehr sparen in dieser Stadt. Aber man hat uns immer gesagt, wir machen Schulden, weil wir so grosse Infrastrukturinvestitionen machen müssen in den nächsten Jahren. Und das, dieses Geschäft heute Abend, ist für mich eine klassische städtische Infrastrukturinvestition. Was will denn die Stadt machen, wenn nicht eine Marzili-Bad-Sanierung, die für die Gesamtbevölkerung sogar noch über die städtische Grenze hinaus nützlich ist? Ich bitte euch, den Minderheitsrückweisungsantrag nicht anzunehmen und den Spitz in ein paar Jahren, wenn er endlich da ist, in die Tat umzusetzen, zu realisieren, bevor ein Unfall passiert. Ich komme noch zu den Anträgen unserer Fraktion. Wir sagen selbstverständlich Nein zu beiden Rückweisungen. Wir sagen Nein zu den Mehrheitsrückweisungen und Nein zu den Minderheitsrückweisungen. Zu den restlichen PVS-Anträgen, wie zum Beispiel das Verkehrsleitsystem, der Quartiertreff, Graffiti-Fassade, sagen wir klar Ja. Beim Jugendsolarprojekt und bei der partizipativen Bepflanzung sind wir nicht ganz so geschlossen. Wir nehmen den GLP-Antrag als Kompromiss an und wir hoffen daher, dass die GLP die Rückweisung entsprechend auch ablehnt. Wir nehmen die Prüfung der Beachvolleyballfelder grossmehrheitlich an, weil wir wissen, dass die Beachvolleyballfelder im

Sommer sehr beliebt sind. Und es ist sehr praktisch ist, sind die unter der Brücke auch vor Regen geschützt. Die restlichen Anträge lehnen wir alle ab. Besten Dank, dass ihr dem Geschäft heute Abend so zustimmt.

Präsident: Merci, Sibyl. Es gibt keine weiteren Fraktionsvoten. Dann könnt ihr noch anmelden für Einzelvoten.

Ingrid Kissling-Näf (SP), Einzelvotum: Für mich ist das Votum wirklich die Quadratur des Kreises. Seit Jahren engagiere ich mich für die Sanierung des Marzilis, auch zusammen mit Ueli Jaisli. Es sind geschlagene zehn Jahre, seit wir die entsprechenden Vorstösse an diesem Ort eingereicht haben. Damals ging es noch darum, dass man das Bueberseeli Richtung Gummiboot-Landestag ausbaut. Unbestritten, wir haben es gehört, das Marzili ist ein Herzstück dieser Stadt. Da kommen Jung und Alt, Senioren, junge Leute zusammen, man kann dort die Seele baumeln lassen und es hat eine wunderbar pulsierende Atmosphäre. Ich persönlich möchte mich heute Abend einfach für den PVS-Minderheitsantrag einsetzen. Der Grund ist folgender, ich bin völlig überzeugt. Es sind zehn Jahre. Das Sportbad muss sofort und schnell erneuert werden. Es ist jetzt endlich so weit. Es ist auch klar, dass der Neubau des Restaurants dringend ist. Und es ist auch sehr wertvoll für uns alle, dass wirklich auch die Aussengestaltung neu gemacht wird, das vor allem auch mit der Unterstützung des Quartiers. Problematisch ist für mich ganz klar Phase 4. Und zwar der Ausbau des Aarehafens. Neue Infrastrukturen induzieren oder stimulieren immer die Nachfrage. Also, das ist die sogenannte angebotsinduzierte Nachfrage. In unserem Fall würde man nicht davon ausgehen können, dass alle Boote oberhalb des Marzilis auswassern. Ich persönlich gehe davon aus, dass man Sicherheitsleute beim Aarehafen hinstellen muss. Man muss Sicherheitsleute beim Kanal hinstellen und man muss es wahrscheinlich auch beim Pontonierhafen. Das, was mich persönlich in diesem Zusammenhang wirklich stört, ist, dass, wenn man das macht, es sicher mehr "Böötli" geben wird. Und ich als tägliche Schwimmerin im Marzili muss an heissen Tagen wirklich um meinen Raum in der Aare kämpfen. Es wird weiterhin zu schwierigen Situationen kommen. Sie sind erwähnt worden. Ich glaube nicht, dass man mit diesem Bau die Sicherheit massgeblich erhöhen wird, sondern man wird einfach drei Punkte haben, an denen man wirklich Unterstützung bieten muss. Das heisst, der ganze Ausbau ist auch irgendwo zu Lasten der Schwimmenden. Ich möchte aber auch noch etwas als Finanzpolitikerin und Präsidentin der Finanzkommission zu diesem Geschäft sagen. Es ist immer das falsche Geschäft, wenn es darum geht, irgendwo zu sparen. Und das Marzili ist eine Herzensangelegenheit. Aber ich möchte trotzdem sagen, dass wir als Stadt mit unseren beschränkten Finanzen wirklich nicht mehr einfach jedes Nice-to-have finanzieren können. Denn das bedeutet für uns, und da möchte ich wirklich insistieren, dass die Schuldzinsen wachsen werden und damit auch den Handlungsspielraum für Sozialausgaben im laufenden Budget auffressen werden. Das heisst, alles, was wir zu viel ausgeben, wird unseren Handlungsspielraum in diesem Rat beschränken. Und ich hoffe nicht, dass wir schon bald über ein Sparpaket verhandeln müssen. Aus dieser Perspektive möchte ich die vierte Phase unbedingt vermeiden. Ich bin der Meinung, man sollte das mit drei Phasen machen können und ich bin selbstverständlich auch der Meinung, dass man die oben anliegenden Gemeinden auffordern sollte, mitzufinanzieren. Ob das möglich ist, wird man dann ja noch sehen. Als Anwohnerin im Marzili freue ich mich aber auf jeden Fall auf ein neugestaltetes Marzili. Ich würde mich auch freuen, wenn wir dem Ausbau des Aarehafens wirklich nicht zustimmen würden, sondern eben schauen würden, wie wir auch für die Schwimmenden eine Qualität erhalten können.

Präsident: Vielen Dank, Ingrid. Dann kommt Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Zuerst möchte ich dir ganz herzlich dafür danken, Ingrid, was du gesagt hast. Ich kann jedes Wort unterschreiben, genau wie du es gesagt hast, auch betreffend Finanzen. Ich bin selber auch einer, der gerne im Marzili ist. Ihr wisst es. Ich bin mit der Schwimmnudel unterwegs. Ich bin nicht der grosse Schwimmer, aber ich bin viel in der Aare. Und ich habe mit Leuten dort geredet. Und genau das ist das Problem. Wir greifen das auf, diesen Kampf – und jetzt müsst ihr ein bisschen logisch denken. Ich bin auch schon mehr oder weniger geschickt in einem Gummiboot von Thun runtergekommen. Dann müsst ihr klar sehen: Die Leute, die in der Schönau einsteigen, schwimmen nachher in die Aaremitte hinaus. Und die, die mit dem Böötchen kommen, die es vielleicht nicht gut kennen, wissen, wir müssen nachher mal links raus. Und dann habt ihr unweigerlich einen Kreuzungsbereich, einen kritischen Bereich. Und dann habt ihr eine Konfliktzone. Und gerade das wollen wir nicht. Und jetzt müsst ihr auch wissen, ich bin viel in der Aare. Wenn es schönes Wetter ist und ich nicht irgendwie auf der Hochebene der Mongolei "herumtrohle" oder herumreite, bin ich häufig oder fast regelmässig dort. Und es gibt nicht sehr viele kritische Tage. Und jetzt fragt sich einfach, ob man das Projekt mit dem Bootshafen wirklich durchzwängen muss für an ein paar Spitzentage. Aber ihr habt eine unweigerliche Konfliktzone. Für mich ist das der völlig falsche Ansatz. Ich bin froh, dass mal nicht der SVPler, sondern die Präsidentin der FIKO gesagt hat, wo wir sparen können. Wollen wir sparen beim Bücherkredit der Volkshochschule, wie man das mal gemacht hat, als die SVP den Antrag gegen die Kürzung unterstützt hat, weil sie dafür 700'000 Franken für die Planung der Velo-Brücke ausgegeben haben? Nein, man muss dort sparen, wo es einschenkt. Und hier haben wir jetzt etwas, das sogar kontraproduktiv ist. Ich bin nicht derjenige, der sagt, wir sollen nicht mehr ""böötlen"" und wir müssten das Ganze zur Naturschutzzone erklären. Man könnte sich theoretisch überlegen, aber ich bin dagegen, zu sagen, die Böötler sollten am gescheitesten beim Eichholz rausgehen. Ich bin dagegen. Die Lösung, die wir jetzt haben, die ist nicht ideal. Es gibt gewisse Leute, die unter der Monbijoubrücke rauskommen. Es gibt gewisse Leute, die hinten rauskommen. Aber wenn ihr dort den Bootshafen habt, dann habt ihr das ganze Logistikproblem. Dann habt ihr die Boote und den Abfall dort und dann müsst ihr die irgendwie durch das ganze Bad schleusen oder was auch immer. Und es ist schon klar: Weil die Boote teilweise billiger und schlechter und dann verdreckt sind oder vielleicht auch ein bisschen zerrissen, lassen die Leute sie dann wieder dort zurück. Dann müsst ihr die irgendwie noch mit einem speziellen Abholservice zurückschieben, denn die Leute werden die dort zurücklassen. Wenn ihr diese Sache nochmal anschaut, die Nachteile Schwimmer, Bootshafen und die Kosten. Und der Durchgang, dieser kleine Kanal? Zuerst wollte man den "Löifu". Den müsste man dann wahrscheinlich noch viermal pro Jahr ausbaggern. Möglicherweise habt ihr dort dann ziemlich viel Dreck drin von diesen Sachen – irgendwelche Schwimmmatratzen oder was auch immer für Bestandteile. Für mich ist das ein Schritt in die absolut falsche Richtung. Weniger ist mehr. Ich bin ein Marzili-Fan, mir gefällt das so. Aber auf das müsst ihr verzichten. Und dann noch die anderen Anträge, die gestellt werden mit vegetarisch-veganen Speisen. Denkt daran: Es muss noch ein Pächter Interesse haben, das zu betreiben. Und wenn der mit den Güggeli da ist, oder einer, der Sushi bringt, oder einer, der Bratwürste bringt, dann gehen die Leute dorthin, und dann bezahlt euch der den Pachtzins nicht mehr. Und dann habt ihr auf der Strasse ein riesiges Tohuwabohu. Schüttet das Kind nicht mit dem Bad aus. Ich bin genau wie Ingrid der Meinung, das Bad muss renoviert werden. Dagegen habe ich auch gar nichts. Aber

diese Lösung, so wie sie vorgeschlagen wird, ist schlecht. Und der "Löifu", den man zuerst noch nehmen wollte, war auch völlig unmöglich. Manchmal, wenn man zu viel Geld hat, kommt es schlecht heraus. Darum bitte, bitte unterstützt den PVS-Minderheitsantrag. Danke.

Präsident: Merci, Alex. Dann kommt als nächster Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Es ist sicher unbestritten, dass man das Marzili renovieren muss. Das schönste Aarebad, Freibad der Schweiz, ist in die Jahre gekommen. Man hat jahrelang nichts gemacht oder nicht viel gemacht. Der Zeitpunkt ist gekommen, dass man dort etwas investiert. Aber gerade die Leute, die eben das Marzili gerne haben, die überfordern das Marzili nicht. Das heisst, wir haben dort einen grossen Interessenkonflikt. Wir haben Jogger, wir haben Schwimmer, wir haben Beachvolleyballer, wir haben Hündeler. Wir haben einen grossen Interessenkonflikt auf kleinem Raum. Und wenn man im Sommer ins Marzili geht, dann sieht man ja: Es hat einfach nicht mehr Platz, es hat viel zu viele Leute. Und mit dem Bauen eines Bootshafens macht man es eben attraktiv zu böötеln. Ich habe nichts gegen das Bootfahren. Ich bin auch schon von Thun nach Bern gefahren. Aber wenn wir jetzt dort Geld investieren, haben wir noch mehr Leute, noch mehr Boote. Wir sollten dafür sorgen, dass wir einen Bootshafen oder einen Boots-Ausstiegshafen im Eichholz machen und das Marzili damit entlasten; nicht, dass wir noch mehr Leute haben. Man hat aber auch Gastronomiebetriebe, Bäckereien etc., Gewerbe, das dort in diesem Perimeter überleben will. Dann streicht man Parkplätze. Dorthin geht kein Tram. Es ist manchmal schon schwierig mit dem Bus. Darum muss ich sagen: Das Projekt Marzili Sanierung, Bootshafen – Sanierung ist gut, Bootshafen nein. An die Leute, die das Marzili wirklich mit Herzblut lieben: Baut diesen Bootshafen nicht. Es gibt noch mehr Leute und es gibt mehr Interessenkonflikte. Restauriert es einfach, so wie es sich gehört. Besten Dank.

Präsident: Vielen Dank, Thomas. Dann kommt Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP), Einzelvotum: Als begeisterte Bewohnerin des Marzili kann ich mir nicht mehr verkneifen, ein paar Worte zu diesem Geschäft zu sagen. Das Marzili-Bad ist eines der meistbesuchten Bäder der Schweiz, der Stolz und die Freude vieler, wenn nicht aller Berner*innen und sicher auch die Freude von uns Marzilianer*innen. Wir haben es gehört. Das Geschäft ist natürlich wichtig, weil es sanierungsbedürftig ist. Und eine Rückweisung des Projekts würde verzögern, verteuern und die Koordination mit anderen Hochwasserschutzprojekten verhindern. Darum ist das Geschäft natürlich nicht nur in seiner Ganzheit für die Berner*innen wichtig, sondern eben vor allem auch in der Gesamtheit mit dem Bootausstieg für uns Marzilianer*innen. Wie ihr dem Brief der Quartierkommission entnehmen konntet, ist die heutige Situation mit einem Bootausstieg, der im Ursprung nicht als das gedacht war und nicht für das gebaut wurde, unhaltbar. Sibyl hat die Situation sehr gut geschildert. Ich wohne auch gerade dort in der Nähe und kann das im Sommer tagtäglich beobachten. Es ist zum einen ein Sicherheitsproblem zwischen Schwimmer*innen und den Booten und eben auch ein Verkehrsrisiko zwischen den Böötler*innen und den Verkehrsteilnehmenden. Und zum anderen belasten eben der Verkehr und die Besucherströme das Quartier. Wir schätzen, dass die Stadt mit diversen Massnahmen versucht hat, die Sicherheit schon jetzt zu optimieren und die Situation beim Ausstieg zu verbessern. Aber trotzdem gehen die Massnahmen zu wenig weit und sie haben vor allem im Quartier eben nicht die notwendige Entlastung gebracht. Ich gehe davon aus, dass der zunehmende Klimawandel

heissere Sommer bringen wird. Er wird auch die Attraktivität der Aare verändern. Er wird entsprechende Fortbewegungsmittel auf dem Wasser ungebremst attraktiver machen. Umso mehr ist es eben wichtig, dass wir für alle Teilnehmenden eine gute Lösung finden können. Der Bootsausstieg beim Spitz sollte das Schwimmen in der Aare wieder sicherer machen und es entlastet das Quartier. Umso mehr, wenn dann noch eine Buslinie vom Gaswerk zum Bahnhof kommt. Darum bitte ich euch, das Geschäft in seiner Ganzheit komplett anzunehmen. Und ich möchte auch bitten, den PVS-Antrag Nummer 3 zu unterstützen, damit wir eben entsprechende Verkehrsleitsysteme schon ab diesem Sommer haben, weil eben die Situation schwierig ist, damit wir diese schon jetzt ab dem Sommer 2025 testen können, und den Antrag 4 anzunehmen. Damit kann geprüft werden, ob dem Quartierverein in den neu sanierten Gebäuden ein Raum zur Verfügung gestellt werden kann. Wir Marzilianerinnen freuen uns auf das sanierte Marzili-Bad und auf die Entlastung im Quartier – und dass mit dem vorliegenden Projekt das Marzili-Bad auch weiterhin ein Ort der Erholung für uns Berner*innen und auch darüber hinaus sein kann.

Präsident: Vielen Dank, Debora. Dann kommt Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Für mich persönlich ist das Marzili ein sehr tiefer Erholungsort. Wenn ich im Sommer dort hinuntergehe, meistens am Morgen, manchmal schon früh, und dort 2-3 Stunden verweilen kann, dann – ich muss ehrlich sein – brauche ich keine Ferien mehr. Das ganze Ambiente dort unten, die ganze Ausstrahlung, Fluss, Natur, ist einmalig. Und dazu müssen wir Sorge tragen. Und jetzt haben wir die Sanierung vor uns, die sicher sein muss. Wir haben Schwimmbecken, die Wasser verlieren. Ich weiss nicht genau wie viele hundert Liter. Aber die versickern einfach. Dort muss man unbedingt etwas machen. Es gibt andere Sachen, die auch sanierungsbedürftig sind. Das ist sicher etwas, das man jetzt in die Wege leiten muss. Ich glaube nun, da ich das Projekt ein bisschen angeschaut habe, dass man darauf geachtet hat, dass das Marzili, und das ist sehr wichtig, eben den Charakter behalten kann; und dass man nicht jetzt einfach das Ganze verbetoniert und damit das ganze Bild, die ganze Ausstrahlung dieses einmaligen Bads verändert. Ich glaube, das ist soweit gelungen. Was mir einfach ein Dorn im Auge ist, ist vor allem der zusätzliche Auswasserungshafen, den wir hier planen. Wir haben jetzt viel von diesen "Böötlern" gesprochen. Ich selbst gehe schwimmen, ich gehe nicht böötеln; also nicht, weil ich es nicht gerne habe. Aber ich brauche das einfach nicht. Ich habe Freude, wenn ich auf dem Rücken auf dem Wasser liegen und mich mit der Strömung treiben lassen kann. Ich sehe einfach dort ein riesiges Problem, das nachher auf uns zukommt, wenn man das realisiert, vor allem einfach auch für die Schwimmer. Viele Böötler werden nachher nicht dort an Land gehen, sondern weiter unten zur Dalmazibrücke. Gerade kürzlich hat man den Hafen dort vergrössert, es hat mehr Kapazität, es können dort mehr Böötler landen. Dass wir hier etwas erzwingen, das auf dem Reissbrett entstanden ist, vielleicht auch von Leuten, die nicht in der Aare schwimmen, finde ich einfach nicht richtig. Wenn wir dort den Hafen machen, gibt es nur eine weitere Konfliktstelle, denn die meisten gehen ja beim Schönausteg rein, schwimmen dann hinunter, schwimmen in die Mitte oder schwimmen eben auch am Rand. Und dann kommen die Boote dort beim Spitz rein und es gibt einfach sofort zusätzliche Konflikte und wird die ganze Situation nicht entlasten. Ich möchte im Moment im Rahmen dieses Sanierungspaket sicher mit der Realisierung dieses Hafens dort zuwarten, weil das aus meiner Sicht, aus meiner Erfahrung heraus, im Moment nicht viel bringt. Klar gibt es Engpässe, aber bis jetzt hat man die an und für sich eigentlich noch gut bewältigen können, indem man eben jetzt den Anlegehafen

bei der Dalmazibrücke vergrössert hat. Und da kann ich auch ein bisschen besser hinfahren. Und da jetzt zusätzlich noch einen Hafen zu machen, finde ich im Moment nicht notwendig. Danke.

Präsident: Vielen Dank, Ueli. Dann kommt Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP), Einzelvotum: Ich erlaube mir noch ganz kurz etwas nicht ganz Mehrheitsfähiges zu sagen, nämlich zum Antrag 5, dieser möglichen Graffiti-Wand, die ich eigentlich einen ziemlich durchsichtigen Versuch finde, zu verhindern, dass an diesem Standort junge Menschen sich selber ermächtigen und das hinsprayen, worauf sie Lust haben und was sie für gut finden. Eigentlich ist es ziemlich ironisch, dass man dann eben vorschlägt, als Schutz gegen Graffiti an dieser Wand ein anderes Graffiti anzubringen. Aber eigentlich störe ich mich an dieser Ironie, denn hier wird irgendwie Jugendkultur nicht ganz verstanden und gegeneinander ausgespielt. Graffiti hat ja eigentlich immer so etwas Wildes. Und es geht eben eigentlich gar nicht unbedingt darum, dort etwas Wunderschönes hinzusprayen, sondern darum, sich Raum anzueignen, sich zu ermächtigen, den Raum selbst zu gestalten. Und das muss dann eben, glaube ich, auch in dieser Halblegalität oder Illegalität manchmal ein bisschen geduldet und ausgehalten werden. Jugendkultur ernst zu nehmen, bedeutet eigentlich auch, diese Sachen zuzulassen, auch wenn es Leute, die wie ich über 30 sind, es manchmal nicht mehr ganz so verstehen oder auch ein bisschen hässlich finden. Und es bedeutet eben auch, zuzulassen, dass man nicht so genau weiss, was dabei rauskommt. Und der Antrag will eigentlich das Gegenteil. Er möchte nämlich ein geplantes Graffiti dort hinsetzen, um genau das zu verhindern. Darum möchte ich euch bitten, den Antrag abzulehnen und stattdessen entweder die Wand freizulassen – das wäre jetzt etwas, das ihr als Gemeinderat vielleicht mitnehmen könnt – und halt eben auch zu akzeptieren, dass dann der Raum eingenommen wird, oder das Gegenteil zu machen, nämlich dort eine bezahlte, durchdachte Kunst am Bau hinzusetzen. Ich weiss auch, das ist gerade nicht überall in diesem Rat beliebt. Aber diesen Antrag möchte ich euch wirklich bitten, nicht anzunehmen. Besten Dank.

Präsident: Vielen Dank, Dominik. Dann kommt Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Ich wurde vorhin von Sibyl Eigenmann angesprochen, dass sie auch gerne sparen würden. Aber das ist jetzt doch wieder eines der Projekte, bei denen man nicht sparen sollte. Aber es ist einfach immer die gleiche Platte, die wir hier hören. Es ist immer das falsche Projekt, bei dem man sparen könnte oder sollte. Aber es sind halt wirklich die grossen Kisten, wo man überhaupt eine Möglichkeit hat zu sparen. Wenn man irgendwie bei kleinen Projekten, kleinen Krediten etwas sparen kann, bringt es einfach nichts. Und auch dort werdet ihr Nein stimmen. Von daher ist das eine Möglichkeit hier, wo man wirklich etwas sparen könnte, mit dem Verzicht auf diesen Aarehafen. Und ich möchte vielleicht noch eine Anmerkung machen. Ich kann mich erinnern an eine Abstimmung, die wir letztes Jahr zum Nationalstrassenausbau hatten. Damals hat genau die gegnerische Seite gesagt, mehr Spuren führen zu mehr Verkehr. Wenn wir jetzt den Aarehafen, also eine zusätzliche Spur, bauen, dann können wir stark davon ausgehen, dass es auch mehr Boote auf der Aare haben wird und daher auch mehr Leute. Das heisst, das Sicherheitsrisiko wird steigen und es wird auch mehr Boote geben, die man schlussendlich entsorgen muss. Darum bitte ich doch, euch beim Wort zu nehmen.

Präsident: Vielen Dank, Janosch. Dann kommt Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte), Einzelvotum: Das Marzili ist absolut einzigartig. Und ich muss auch als Zuzügerin sagen, ich liebe das Marzili heiss und innig. Ich muss auch sagen, ich habe wirklich mit dieser Kostenreduktion geliebäugelt, weil mir völlig bewusst ist, dass Bern einfach sparen muss. Wenn man es aber genauer anschaut und durchgeht, was man dafür alles bekommt, dann musste ich sagen, wo denn und zu welchem Preis gespart werden soll. Und jetzt eben zu diesem Aarehafen: Man hat sich wirklich etwas überlegt. Und ich muss sagen, die Aare ist wirklich einfach auch ein gefährlicher Fluss. Und ich habe gerade vorhin nachgeschaut. Es gab 36 Tote letztes Jahr, doppelt so viele wie zum Beispiel im Rhein. Der jetzige Ausstieg ist nicht ein richtiger Ausstieg, wie man ihn brauchen würde. Er dient eigentlich einem anderen Zweck, wie Sibyl auch schon gesagt hat. Es ist gefährlich. Und ich finde wichtig für die Sicherheit der Leute, dass man dort einen Weg hat, um rauszugehen. Daran werden sich auch die Schwimmer gewöhnen, dass dort Böötchen nachher rausgehen. Was es jetzt für Situationen gibt und was ich hier manchmal sehe, wie manche noch an den Treppen rauszukommen versuchen und was weiss ich, finde ich, ist inakzeptabel. Nur weil man es nachher einfacher zum Aussteigen hat, heisst noch lange nicht, dass es dann mehr Böötchen gibt. Denn mehr Böötchen gibt es so oder so. Die Tage werden heisser, die Leute gehen gerne ins Wasser. Das ganze Projekt kostet sehr viel Geld. Aber ich bin der Meinung, dass es sich lohnt. Dann noch eine Bemerkung zum Restaurant: Dort bin ich klar der Meinung, dass es Angebot und Nachfrage gibt. Und wenn die Restaurantbetreiber auch die Handlungsfreiheit haben, um der Nachfrage nachzukommen, wenn vegane und vegetarische Speisen bevorzugt werden, dann können die Betreiber entsprechend auch solche anbieten. Somit sollte das eigentlich kein Problem sein. Ich freue mich sehr auf das Marzili und auf die heissen Tage und darauf, dort meine Tage dann zu verbringen.

Präsident: Vielen Dank, Michelle. Dann kommt Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ich möchte nochmals eine Lanze brechen für unsere Anträge wegen der 2-Rad-Parkplätze. Ihr seid alle so schön jung hier in diesem Ratssaal, jedenfalls die meisten. Und ihr wisst, das Marzili liegt tief. Und wenn man dort hinunter und dann wieder nach Hause will, dann muss man einen Stutz bewältigen. Auch ihr werdet älter. Auch ihr seid vielleicht froh, wenn ihr mal mit dem Roller hinuntergehen oder mit einem Elektrofahrzeug, das vielleicht drei Räder hat, und ihr trotzdem das Marzili benutzen könnt. Was wir hier haben in diesem Projekt, sind definitiv zu wenige dieser Plätze. Es wäre sozial und nett, wenn ihr auch an die anderen denkt, an die, die vielleicht nicht einfach nur mit dem 08/15-Velo runterfahren können. Es braucht definitiv mehr Zweirad-Abstellplätze und ich bitte euch, die Anträge 8 und 9 anzunehmen.

Präsident: Merci vielmals. Als nächste kommt Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL), Einzelvotum: Ich habe noch eine ganz kurze Ergänzung, und zwar, ich habe es vergessen – Dominik hat es erwähnt – mit dem Antrag 5 wegen den Graffitis. Also da können wir eigentlich jedes Wort unterstreichen, das er gesagt hat. Das sehen wir genau gleich. Und diesen Antrag werden wir ablehnen.

Präsident: Danke, Tanja. Und noch Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ich komme extra nochmal das zweite Mal nach vorne, weil ich euch vor diesem Bootshafen warnen möchte. Es hat einfach im Sommer, wenn schönes Wetter ist, bereits viel zu viele Leute in diesem Perimeter. Ich wiederhole es nochmal: Jogger, Schwimmer, Beachvolleyballer, Hündeler, Familien. Es hat keinen Platz mehr für noch mehr Boote. Und ich erinnere euch daran: Man sollte den Bootshafen, wenn es denn einen Bootshafen braucht von der Sicherheit her – da bin ich auch dafür, dass Sicherheit eine wichtige Sache ist –, vor Bern machen, damit man die Böötler gar nicht mehr in die Stadt reinnimmt, in das Getümmel rein, sondern dass man es eben vor Bern macht. Man kann die Fahrt trotzdem geniessen, wenn man das vielleicht irgendwie eben bei Kiesen oder ein bisschen nach Kiesen machen würde. Die Strecke würde ein bisschen kürzer werden, aber die Qualität des Marzilis würde massiv verbessert. Wenn wir dort jetzt noch einen Bootshafen reindrücken, haben wir die Qualität nicht mehr.

Präsident: Danke vielmals. Es gibt keine Einzelvoten mehr. Dann würde ich dem Gemeinderat das Wort erteilen. Dort teilen sich das Votum für die PRD Marieke Kruit und für die BSS Ursina Anderegg.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Ich danke Sibyl Eigenmann für das sehr gute Vorstellen dieses Geschäfts und für die anschaulichen Schilderungen davon, was sie dort unten selbst erlebt. Das Marzili ist aus Bern wirklich nicht mehr wegzudenken. Es ist eines der grössten und meistbesuchten Flussbäder der Schweiz. An Spitzentagen zählt das Marzili bald über 10'000 Gäste. Das ist ein Fakt. Fakt ist aber auch, dass das beliebte Bad dringend eine Auffrischung braucht. Das Bad stammt ja vom Ende des 18. Jahrhunderts. Der letzte grössere und umfassende Umbau war 1970. Seither hat man nur punktuelle Erneuerungen gemacht. Die vielen baulichen Mängel, aber auch neue betriebliche Anforderungen machen jetzt wirklich eine Gesamtsanierung und auch Erneuerung unumgänglich. Und klar soll der Charme und Stil dieser wunderbaren Anlage dabei erhalten bleiben. Ich gebe euch recht: Die Sanierung kostet einiges. Wir bekommen dafür aber auch sehr viel. Die Kernidee der Gestaltung ist, die Mitte als grosszügigen Park mit Liegenwiese freizuhalten und möglichst viel Nutzung am Rand anzusiedeln, wie zum Beispiel auch das Hauptgebäude mit der Gastronomie. Die ganze Anlage soll offener gestaltet werden. Und auch Klimapassungsmassnahmen sind vorgesehen. Selbstverständlich werden auch die Schwimmbecken saniert und auf den neuesten Stand gebracht. Und auch die Umkleidekabinen bekommen eine Auffrischung. Viel diskutiert wurde jetzt hier im Rat und auch in der Kommission wegen des Spitzes. Braucht es den Bootshafen oder nicht? Für mich ist klar: Ja, es braucht einen neuen Aarehafen zum Auswassern der Boote im Sommer. Die Lösung, die wir jetzt haben bei der Dalmazibrücke, ist alles andere als optimal. Und zwar aus folgenden Gründen. Es kommt im Sommer immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen den Schwimmenden und den Booten. Die Situation dort beim Platz ist relativ eng. Und das heisst, dass es an Spitzentagen auch auf der Strasse und beim Kreisel zu gefährlichen Situationen kommt. Da falten zum Beispiel Leute ihr Boot auf der Strasse, auf dem Kreisel zusammen. Es ist auch schon erwähnt worden. Der Verkehr an Spitzentagen ist dort ebenfalls hoch und da sind Konflikte einfach vorprogrammiert. Eine Entspannung dieser Situation ist auch für das Quartier wichtig. Mit dem Aarehafen gibt es da eine deutliche Entlastung und er sorgt definitiv für mehr Sicherheit. Es ist so, es werden dadurch Parkplätze abgebaut. Wichtig ist, dass jetzt wirklich auch ein gutes Mobilitätskonzept erarbeitet wird,

sodass wir Suchverkehr im Quartier vermeiden können. Bei der Erarbeitung des Konzepts ist sicher wichtig, dass das Quartier von Anfang an mit einbezogen wird. Das Argument, dass, wenn man einen schönen Bootshafen macht, das auch mehr "Böötli" anzieht, finde ich wirklich nicht ganz schlüssig. Im Umkehrschluss würde es ja heissen, wir belassen es bei der alten und doch gefährlichen Situation und setzen quasi auf Zermürbungstaktik. Das ist erstens riskant und löst das Problem bei weitem nicht. Wir sehen es jeden Sommer, dass es Böötler nicht davon abhält, die Aare hinunterzufahren. Am gefährlichsten ist die Situation beim Marzili-Bad selber, vor allem eingangs des Kanals. Mit dem neuen Bootshafen können wir hier eine deutliche Entlastung und Verbesserung schaffen. Und der Bootshafen, der wird auch sonst wirklich zu einer deutlichen Steigerung der Aufenthaltsqualität führen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit dieser Sanierung des Freibads Marzili ein grosser Mehrwert für die ganze Bevölkerung entsteht und viele Probleme behoben werden können, auch zugunsten des Quartiers. Der Gemeinderat bittet euch auch zuhanden der Stimmbevölkerung, diesem Kredit so zuzustimmen. Dann noch kurz zu den Rückweisungsanträgen: Verzicht auf das Teilprojekt Spitz – wie ich schon ausgeführt habe, ist die jetzige Situation beim Pontonierhaus prekär. In Spitzentagen gibt es dort chaotische Situationen und eine Gefährdung der Verkehrssicherheit. Zudem entstehen jährlich wiederkehrende Kosten. Das beinhaltet eben Securitas-Mitarbeitende, zusätzliche Badeaufsicht sowie Leute vom Tiefbauamt, die für Ordnung sorgen. Dazu kommen Dienstleistungen von Entsorgung und Recycling. Zur Kostensenkung um 10 Prozent: Auch das haben wir natürlich genauer angeschaut. Ja klar, kann man auf das Kinderplanschbecken verzichten oder die Garderobenschränke wirklich alle nur noch ein wenig neu anmalen. Das müsst ihr aber sagen. Dann müsst ihr aber wirklich sagen, auf was ihr konkret verzichten wollt. Zur Folge hat das eine Umprojektierung, denn wir sind hier nicht beim Projektierungskredit, sondern eben schon beim Baukredit. Das hat auch Mehrkosten zur Folge und würde das Projekt um ein bis zwei Jahre verzögern. Zusammen mit dem Aarehafen ist auch die Umsetzung wichtiger baulicher Massnahmen für den Hochwasserschutz geplant. Bei einer Verschiebung hätte das auch Auswirkungen. Synergien könnten so nicht genutzt werden. Dann auch zu den weiteren Anträgen: Prüfanträge können wir machen, ausser der Antrag 5 zu den Graffiti. Das wird schwierig, weil es eine Holzoberfläche ist. Die ist von Natur aus empfindlich für Fremdsubstanzen. Auf Parkplatzaufhebungen verzichten, wie es die SVP verlangt, können wir nicht, weil wir sonst nicht die nötige Fläche zur Verfügung haben. Und das im Quartier zu kompensieren, ist auch nicht zielführend. Was es aber hier wirklich braucht, ist ein gutes Mobilitätskonzept. Die Anträge der FDP zu den Spezialabstellplätzen für Velos, bitten wir auch abzulehnen. Es fehlt schlicht der Platz dazu. Es ginge zu Lasten von Freiraum oder den sonstigen Veloabstellplätzen. Wir haben den Bedarf geprüft. Es ist nicht so, dass wir das nicht gemacht hätten. Die 10%, die vorgesehen sind, sollten gemäss der Prognose ausreichen. Auch den Antrag für ein Velodach bitten wir abzulehnen. Es wäre mit Mehrkosten verbunden und die Velos stehen dort vor allem bei schönem Wetter und dann doch eher kurz, Zudem hat es dort Bäume, die Schatten geben. Dann noch der Antrag von GB/JA! zum Pachtvertrag. Das ist nicht Teil des Baukredits und die Kompetenz von ISB (Immobilien Stadt Bern). Der Gemeinderat hört natürlich den Wunsch. Eine nachhaltige Ernährung ist auch ihm wichtig. Hier sind wir jetzt aber schon sehr auf der operativen Ebene. So, und jetzt mache ich das Mikrofon frei für die Kollegin Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Danke, Marieke. Das nutze ich natürlich gerne und sage noch "Hallo". Gleiches Redepult, andere Perspektive – ich freue mich auf die Legislatur mit euch zusammen und mit meinen Gemeinderatskolleg*innen. Wir haben

schon sehr viel gehört. Es ist eine riesige Investition, dessen sind wir uns alle bewusst. Aber es ist auch eine Investition in die nächsten 50 Jahre. Und es wurde auch schon genannt: Wenn wir jetzt nicht diese grosse Investition anpacken, dann wird es auch ein bisschen problematisch mit der Nutzung des Marzilis. Wenn ihr das Projekt zurückweist oder Abstriche macht, dann besteht das Risiko, dass wir die Sanierung nicht optimal umsetzen können und es schon recht schnell wieder zu mehr Mängeln kommen kann. Das könnte eben auch das Baden schon bald behindern und einschränken. Weil mittlerweile – das haben wir auch schon gehört, das war nicht so ein riesiges Thema heute Abend, aber darum betone ich es gerne noch – entsprechen eben wesentliche Teile der Anlage auch nicht mehr den heutigen Anforderungen. Zum Beispiel die Wasseraufbereitungstechnik ist sehr veraltet und kann fast nicht mehr betrieben werden. Und wenn wir jetzt eine Verzögerung haben in dieser Sanierung, dann kann es einfach immer wieder zu Ausfällen kommen und das wollen wir ja eigentlich auch nicht. Die Jury hat sich damals bewusst für ein Projekt entschieden, das sich auf die wesentlichen Massnahmen beschränkt, und eben nicht ein Projekt genommen, das die sogenannten Nice-to-haves, das wurde heute Abend auch noch bemüht, noch reingenommen hätte. Das haben wir heute schon ein paar Mal ausgeführt. Ich hätte auch gerne gehört, wo die Leute, die sparen wollen, das Nice-to-have genau sehen. Und die Diskussion dreht sich jetzt ja vor allem um den sogenannten Aarehafen. Das klingt jetzt vielleicht vom Namen her nicht nach einer bescheidenen Angelegenheit und wirkt vermutlich nachher auch nach einer sehr viel grösseren Sache, als es eigentlich ist. Vielleicht hätte man dort auch eine andere Benennung dieses Bootsausstiegs, was es eigentlich "nur" ist, gewählt, wäre vielleicht die Diskussion auch anders verlaufen. Aber das Sicherheitsproblem zwischen den Bötchenfahrer*innen und den Leuten, die schwimmen, besteht und das müssen wir entschärfen. Und mir ist es wirklich auch ein grosses Anliegen, dass wir nicht abwarten und zum Beispiel auf das Projekt verzichten, bis dann etwas Schlimmes passiert. Und ich finde, da von Luxus zu reden auch eher ein bisschen speziell. Ich glaube, das ist eine sinnvolle Investition. Und ich glaube, was wir heute Abend alle mitnehmen können, ist, dass die Masse an Leuten, die "Böötli" fahren, halt ein Problem ist und zu Konflikten führt mit den Schwimmer*innen. Und ich denke, das ist etwas, womit wir uns in Zukunft weiter werden beschäftigen müssen. Und wir haben auch gehört, dass der geplante Bootsausstieg vor allem auch vom Quartier damals gefordert wurde. Die Referentin und die Quartierbewohnerin haben das sehr schön ausgeführt. Diese Leute wissen, wie die Situation vor Ort ist. Die sind im Sommer tagtäglich damit konfrontiert. Und ich glaube, es lohnt sich, dass wir auf die Leute hören, die das eben hautnah miterleben, Tag für Tag. Und darum bitte auch ich euch, auf die Rückweisungen zu verzichten und dem Geschäft zuzustimmen. Und vielleicht noch aus Sportnutzungssicht: der Antrag in Bezug auf die Beachvolleyballfelder nehmen wir gerne entgegen. Das kann das Sportamt gut mal noch prüfen. Es ist halt noch ein bisschen unklar, ob es noch zu Nutzungskonflikten führen wird und ob es wirklich im Umfeld einen Platz hat für ein ganz neues Spielfeld. Das ist aus jetziger Sicht noch unklar, aber wir nehmen das gerne entgegen und schauen das an. Merci vielmals.

Präsident: Vielen Dank, Ursina. Dann kommen wir zur Abstimmung. Bitte nehmt die Antragsliste zur Hand. Ich werde euch durch diese Antragsliste führen. Wir stimmen als erstes ab über den Antrag Nr. 1. Das ist der Rückweisungsantrag der PVS, den Kredit um 10% zu kürzen. Wer dem zustimmt, drückt Grün, wer dagegen ist Rot. Oder enthalten. Ich werde ab dem nächsten Antrag nicht mehr sagen, was was ist. Es ist immer das Gleiche.

Antrag 1
PVS Rückweisung
Das Geschäft wird zurückgewiesen mit der Auflage, die Kosten um 10 Prozent zu senken. Die Reduktion muss durch eine Verzichtsplanung bzw. Prioritätensetzung erfolgen und nicht nur durch eine lineare Kürzung.

Abstimmung Nr. 006

2017.PRD.000060: Antrag 1	
Ablehnung	
Ja	5
Nein	66
Enthalten	2

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt. Dann kommen wir zum Antrag Nr. 2, PVS Minderheit, Rückweisungsantrag, Verzicht auf das Teilprojekt Spitz.

Antrag 2
PVS-Minderheit Rückweisung
Das Geschäft wird zurückgewiesen mit der Auflage, auf das Teilprojekt „Spitz, Promenade und Aarehafen“ zum heutigen Zeitpunkt zu verzichten.

Abstimmung Nr. 007

2017.PRD.000060: Antrag 2	
Ablehnung	
Ja	11
Nein	59
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 3 PVS bezüglich Verkehrsleitsystem.

Antrag 3
PVS
Die Stadt testet bereits im Sommer 2025 an Spitzentagen ein Verkehrsleitsystem, um dafür zu sorgen, dass der MIV gar nicht erst ins Marzili-Quartier hinunter fährt.

Abstimmung Nr. 008

2017.PRD.000060: Antrag 3	
Annahme	
Ja	63
Nein	11
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Wir kommen zu Antrag Nummer 4 PVS bezüglich Raum für die Quartiervereine.

Antrag 4
PVS
Es wird geprüft, ob in den neuen bzw. neu sanierten Gebäuden den Quartier-Vereinen ein Raum zur Verfügung gestellt werden kann.

Abstimmung Nr. 009

2017.PRD.000060: Antrag 4	
Annahme	
Ja	62
Nein	11
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Wir kommen zu Antrag Nummer 5 PVS bezüglich Graffiti.

Antrag 5
PVS
Es wird geprüft, ob und wie die gegen das Quartier gerichtete Fassade des neuen Betriebsgebäudes in Zusammenarbeit mit dem Quartier und Graffiti-Künstler*innen gestaltet werden kann.

Abstimmung Nr. 010

2017.PRD.000060: Antrag 5	
Annahme	
Ja	42
Nein	30
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag Nr. 6 PVS bezüglich partizipativer Bepflanzung.

Antrag 6
PVS
Eine partizipative Bepflanzung des Freibads ist zu prüfen.

Abstimmung Nr. 011

2017.PRD.000060: Antrag 6	
Annahme	
Ja	46
Nein	27
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Wir kommen zu Antrag Nr. 7 PVS bezüglich Jugendsolarprojekt.

Antrag 7
PVS
Die Umsetzung eines Jugendsolarprojekts für die Installation der PV-Anlage beim Betriebsgebäude ist zu prüfen.

Abstimmung Nr. 012

2017.PRD.000060: Antrag 7	
Annahme	
Ja	57
Nein	15
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Jetzt aufpassen, wir kommen zu einer Gegenüberstellung. Wir haben den Antrag 8 FDP, 40% der Veloabstellplätze sollen reserviert werden für Spezialvelos, Motorräder, Mofas. Das stellen wir dem Antrag 9, 30%, gegenüber. Wer dem Antrag 8 zustimmen will, drückt Grün. Wer Antrag 9 zustimmen will, drückt Rot.

Anträge 8 und 9
8 FDP
Im Projekt sind 40% der Veloabstellplätze für Spezialvelos, Motorräder, Mofas (inkl. E-Fahrzeuge) vorzusehen.
9 FDP
Im Projekt sind 30% der Veloabstellplätze für Spezialvelos, Motorräder, Mofas (inkl. E-Fahrzeuge) vorzusehen.

Abstimmung Nr. 013

2017.PRD.000060: Antrag 8 vs. Antrag 9	
Antrag 9 obsiegt	
Ja	5
Nein	69
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt euch für den Antrag Nr. 9, 30% ausgesprochen. Wir stimmen somit über den obsiegenden Antrag Nr. 9 ab. Wer dem zustimmen möchte, drückt Grün.

Abstimmung Nr. 014

2017.PRD.000060: Antrag 9	
Ablehnung	
Ja	10
Nein	62
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 10 FDP bezüglich Überdachung der Zweiradparkplätze.

Antrag 10
FDP
Die Überdachung der Zweiradparkplätze (Velos, Spezialvelos etc.) ist zu prüfen. Beispielsweise mit einem konventionellen Dach und/oder, mit einem Dach aus Solarpanels.

Abstimmung Nr. 015

2017.PRD.000060: Antrag 10

Ablehnung

Ja	10
Nein	59
Enthalten	5

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 11 GLP-EVP bezüglich Kostenbeteiligung Sensibilisierungskampagne.

Antrag 11
GLP/EVP
Der Gemeinderat wird gebeten, zu prüfen, ob sich die an der Sensibilisierungskampagne beteiligten Partnerorganisationen und -gemeinden an den jährlich wiederkehrenden Betriebskosten des geplanten Aarehafens (Spitz) finanziell beteiligen können.

Abstimmung Nr. 016

2017.PRD.000060: Antrag 11

Annahme

Ja	73
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag einstimmig zugestimmt. Wir kommen wieder zu einer Gegenüberstellung. Wir haben bei Antrag Nr. 12 SVP, dass auf die Aufhebung von Parkplätzen verzichtet werden soll. Das stellen wir Antrag 13, dass aufkommende Parkplätze ersetzt werden müssen, gegenüber. Wer Antrag Nr. 12 folgen will, stimmt Grün. Wer Antrag 13 folgen will, stimmt Rot.

Anträge 12 und 13
12 SVP
Es sei auf die Aufhebung der Parkplätze zu verzichten.
13 SVP
Aufgehobene Parkplätze seien in einem erweiterten Perimeter zu ersetzen.

Abstimmung Nr. 017

2017.PRD.000060: Antrag 12 vs. Antrag 13

Antrag 13 obsiegt

Ja	13
Nein	58

Enthalten	2

Präsident: Ihr gebt Antrag Nr. 13 den Vorzug. Wir stimmen somit über den obsiegenden Antrag Nr. 13 ab. Aufkommende Parkplätze müssen im Perimeter ersetzt werden.

Abstimmung Nr. 018

2017.PRD.000060: Antrag 13

Ablehnung

Ja	9
Nein	63
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 14 GB/JA! bezüglich des Pachtvertrags für die Marzili Lounge GmbH.

Antrag 14
GB/JA
Bei der Neuausschreibung des Pachtvertrags oder der jährlichen Verlängerung des Pachtvertrags mit der Marzili Lounge GmbH ist ein verbindlicher Passus zur nachhaltigen Ausgestaltung des Gastronomieangebotes in den Vertrag aufzunehmen. Die Pächter*innen werden verpflichtet grossmehrheitlich biologische, regionale und saisonale Speisen zu verwenden. Es müssen mehrheitlich vegetarische oder vegane Speisen angeboten werden.

Abstimmung Nr. 019

2017.PRD.000060: Antrag 14

Ablehnung

Ja	19
Nein	53
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zum letzten Antrag, Antrag Nummer 15 GB/JA! bezüglich Prüfen eines dritten Beachvolley-Feldes.

Antrag 15
GB/JA
Im Bereich Spitz ist die Realisierung eines zusätzlichen, dritten Beachvolleyballfelds auf Kosten von Verkehrsfläche oder Parkplätze zu prüfen.

Abstimmung Nr. 020

2017.PRD.000060: Antrag 15

Annahme

Ja	46
Nein	18
Enthalten	9

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir wären somit durch mit den Anträgen. Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wenn der so bereinigten Vorlage des Gemeinderats zustimmen möchte, der Abstimmungsvorlage, drückt Grün, sonst Rot oder Enthaltung.

Abstimmung Nr. 021

2017.PRD.000060: Schlussabstimmung	
Annahme	
Ja	65
Nein	5
Enthalten	4

Präsident: Ihr empfehlt den Kredit den Stimmberechtigten zur Annahme. Wir stimmen jetzt noch über die Genehmigung der vorliegenden Abstimmungsbotschaft zu dem Geschäft ab.

Abstimmung Nr. 022

2017.PRD.000060: Abstimmungsbotschaft	
Annahme	
Ja	66
Nein	4
Enthalten	2

Präsident: Ihr genehmigt die Abstimmungsbotschaft. Somit ist das Traktandum 8 erledigt.

2012.GR.000587

9 Bären- und Waisenhausplatz, Umgestaltung und Sanierung; Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Wir kommen zum Traktandum 9. Das ist Bären-/Waisenhausplatz. Ihr erinnert euch: Wir haben die Debatte zu diesem Geschäft letzte Woche gestartet. Es haben bereits sämtliche Fraktionen gesprochen, mit Ausnahme der Fraktion FDP. Entsprechend erteile ich das Wort für die Fraktion FDP, Ursula Stöckli

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Aufgrund dieser langen Dauer, wir haben es schon ein paar Mal in den Voten gehört, sind wir froh, dass beim Bären- und Waisenhausplatz endlich etwas geht. Wir haben hier ein Projekt, das wir auf keinen Fall mit einem Nein behindern oder verzögern wollen. Wir sind froh, dass hier etwas geht. Es war eine Diskussion in unserer Fraktion wegen dieser Plattform, die man hier aufbaut. Einerseits grenzt man ein Areal damit wirklich ab. Man kann dann nicht mehr mit dem Velo quer über den Platz fahren. Und andererseits hat man einen Platz, den man eigentlich damit schon wieder ein bisschen verbaut, womit dann eben nicht mehr die ganze Fläche ein Platz ist. Wir haben darum dort Stimmfreigabe beschlossen. Ich komme noch zu den Anträgen. Was ich zum Projekt noch sagen möchte: Wir haben

beim Projektierungskredit damals dahingehend Anträge gemacht, dass man mit grösseren Platten arbeitet, analog Bundesplatz, oder wenigstens bei den Übergängen. Das wurde dann abgelehnt. Darum haben wir die Anträge hier nicht noch einmal eingegeben. Also den Rückweisungsantrag Nummer 1 der SVP lehnen wir ab. Was wir natürlich ganz klar ablehnen, ist der Antrag, dass wir den Garten der Polizeigebäude für das Publikum öffnen. Es wurde gesagt, andere Polizeigebäude hätten auch keinen Garten und es könne ja gar kein Sicherheitsargument sein. Andere Polizeigebäude stehen direkt an der Strasse, die haben gar keinen Garten. Aber wir haben jetzt hier eben einen und darum wollen wir den behalten. Es ist einerseits ein Sicherheitsaspekt und andererseits ist es eben wirklich auch ein Diskretionsaspekt. Und das ist keine Ausrede, das ist wirklich so. Es ist in der Begründung auch aufgeführt worden, man könne ja einen Seiteneingang machen, wenn man diskret in das Gebäude reinkommen möchte. Das hiesse, jeder, der einen Seiteneingang dieses Gebäudes benutzt, hat etwas zu verbergen, denn darum nimmt er ja den Seiteneingang und nicht den Haupteingang, weil dort Leute auf dem Rasen sitzen, von denen sie wissen, dass jeder irgendein Smartphone im Sack hat, das Fotos machen kann. Ganz klar nein. Der Garten soll so bleiben, ohne Littering und ohne Benutzung von anderen. Es ist einfach auch ein Denkmal, es ist ein Garten. Darum lehnen wir diese Anträge selbstverständlich ab. Antrag Nummer 4 der SVP nehmen wir an. Periodische Orientierung kann nicht schaden. Antrag 5 lehnen wir ab. Die Anträge 6 und 7 wurden von der SVP zurückgezogen. Und Antrag 8 heissen wir gut, vor allem wegen der Fussgängersicherheit. Aber das sollte ja eigentlich selbstverständlich sein. Zu Antrag 9 haben wir eben die Stimmfreigabe beschlossen, bei dieser Abtreppung als gestalterisches Element. Einerseits ist es ein gestalterisches Element. Andererseits verbaut man einen Platz. Es ist zwiespältig, darum Stimmfreigabe. Die Anträge 10 bis 20 lehnen wir alle ab. Und jetzt kommen wir natürlich noch im Detail zu den Anträgen 16 und 17. Für die, die neu im Rat sind: Ich kann euch sagen, das ist der Evergreen. Das kommt immer wieder. Links-Grün versucht ständig mit irgendwelchen Anträgen, die Altstadt abzuriegeln, der Altstadt den Schnauf zu nehmen und dort sowohl den Bewohnern wie auch dem Gewerbe einfach den Schnauf zu nehmen. Wie gesagt, ein Evergreen. Speichergasse sperren, Hodlerstrasse, Kornhausbrücke, Nydeggbrücke – es kommt alles. Es kommt immer wieder. Es ist wirklich der Evergreen. Und ich sage es immer wieder, es ist ein Evergreen und ein absoluter Blödsinn. Die Speichergasse ist dermassen wichtig für die Altstadt, ist dermassen wichtig sowohl für die Anlieferung in die Altstadt hinein und für die Geschäfte und als auch für das Gewerbe, wo man Sachen flicken lassen kann. Die Speichergasse ist dermassen wichtig. Es ist der Zufluss und den dürft ihr schlicht und einfach nicht sperren. Und auch wenn ihr sagt, das Gewerbe dürfe dann schon. Das ist natürlich ein Vorschub, damit ihr mit diesem Argument einfach durchkommt. Es gibt auch Kunden von Geschäften, die vielleicht von dieser Stadtseite kommen. Und auch für diese ist es schlicht und einfach eine Abriegelung des Zugangs zu der Altstadt, zu diesen Geschäften; also darum 16 und 17 einfach unbedingt ablehnen. Die anderen GB-Anträge lehnen wir ebenfalls ab. Im Grundsatz nehmen wir den Antrag Nr. 23 an. Dass man den Hausfassaden entlang konsumfreie Zonen machen will, lehnen wir ebenfalls ab. Das ist wichtig für die dort ansässigen Gastrobetriebe. Der Platz ist immer noch gross genug für konsumfreie Zonen. Unterm Strich sind wir froh, dass jetzt hier etwas geht, und stimmen diesem Geschäft im Grundsatz zu. Und man sollte das Geschäft auch nicht überladen mit Perimeteranträgen und darum lehnen wir solche ab.

Präsident: Merci, Ursula. Gibt es Einzelvoten zu diesem Geschäft? - Dann erteile ich als erstes das Wort Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Ich möchte noch einmal auf Antrag 10 eingehen, der verlangt, dass 6 bis 10 Bäume auf dem mittleren Waisenhausplatz angeordnet werden sollen. Ich weiss nicht, ob es der Verkehrsdirektor nachher sagen wird, aber ich sage es jetzt. Ich habe es noch abgeklärt. So ein Baum kostet 800'000 Franken. Das heisst, wenn ihr diesem Antrag hier zustimmt, kostet die ganze Übung 4,8 bis 8 Millionen Franken mehr. Also, an alle, die ihr vorhin gesagt habt, ihr wolltet sparen – lehnt diesen Antrag ganz klar ab. Und dann möchte ich vielleicht noch etwas sagen wegen diesem Polizeivorgarten. Das hier ist ein Baukredit. Bringt solche Dinge nicht bei Baukrediten. Sie haben hier nichts verloren, so wie vorhin auch der Antrag betreffend vegane Ernährung in diesem Marzili-Restaurant dort nichts verloren hatte. Hört auf mit solchen Anträgen.

Präsident: Merci, Janosch. Dann kommt als nächster Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Ich möchte schnell etwas sagen zum Antrag 17 GFL. Wir haben die Zeit seit letzter Woche genutzt, um uns beim Tiefbauamt noch zu erkundigen, wie sie den Antrag und auch die Erfolgsaussichten dafür einschätzen, dass die Kosten der Verstärkung der Dächer des Metroparkings und der Träger auf die AWAG überwälzt werden können. Ich danke dem Tiefbauamt herzlich für die sehr ausführliche Antwort. Ich glaube, dafür hat es mehr gebraucht als eine Stunde oder auch fast mehr als einen Personentag, um das zu formulieren. Es zeigt einfach schon, wie manchmal ein Antrag aus dem hohlen Bauch heraus schnell mal etwas kosten kann an Personalaufwand. Auf jeden Fall, nach Durchsicht der Erklärungen kommen wir zum Schluss, dass die Erfolgsaussichten zur Kostenüberwälzung gleich null sind, und wir den Antrag entsprechend zurückziehen. Ich kann vielleicht noch schnell inhaltlich etwas dazu sagen. Grundsätzlich ist es so, wie gesagt, das konnte man auch im Vortrag lesen: Das Bedürfnis der Stadt, den Platz zu pflastern, verursacht quasi die Kosten zur Verstärkung dieser Dächer und der Träger. Und entsprechend ist es auch die Stadt, die für diese Kosten geradestehen muss. Wer die Kosten übernimmt, ist in der Vereinbarung vom Februar 2024 zwischen der AWAG und der Stadt geregelt und beruht auf einem langjährigen Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Bern und der AWAG. Und dieser ist letztes Mal im Jahr 2018 geändert worden. Wenn man das jetzt ändern will, obwohl es sehr unwahrscheinlich ist, dass man das jetzt ändern kann, insbesondere im Zusammenhang mit der Sanierung, dann würde das klar den Abmachungen widersprechen, die man bis jetzt immer hatte. Das Tiefbauamt geht sogar noch weiter und sagt, dass es jeglichen Prinzipien einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit widersprechen würde. Darum, aufgrund dieser Ausführungen, kann man nur sagen, herzlichen Dank für den Einblick und den Exkurs, aber es lohnt sich sicher nicht, den Antrag aufrechtzuerhalten. Ich möchte trotzdem noch schnell etwas sagen zum Abschneiden der Altstadt und der Sperrung der Speichergasse. Uns ist alles Mögliche um die Ohren geworfen worden, vor allem von Ursula Stöckli. Wir werden – auch wenn man das sofort wieder aus Feldzug gegen die Autofahrenden interpretieren kann – heute Abend ein Postulat einreichen, das fordert, dass die Bewirtschaftung des Metroparkings angeschaut wird; und zwar mit dem Ziel, dass die Kurzzeitparkierung und die Parkierung, die viele Fahrten in die Speichergasse auslöst, besser angeschaut wird und auch unterbunden werden kann; das vor allem zugunsten des Lieferantenverkehrs und der Handwerksparkierung und natürlich auch der Anwohner, die es dort ringsherum gibt, und damit wirklich die Fahrtenzahlen runtergehen können, die das Parkhaus verur-

sacht. Und wir werden auch im Verlauf dieses Jahres, das kann ich auch schon vorwegnehmen, weitere Vorstösse machen, die fordern, dasim Rahmen der Beteiligungen der Stadt an den Parkhäusern in den anderen Parkhäusern geschaut wird: Was haben wir für eine Nutzung? Was werden für Fahrten im innerstädtischen Raum oder in der Altstadt verursacht? Und wie kann die Stadt Einfluss nehmen, dass sich das verändert? So viel zu dem. Und ich glaube, das ist noch lange kein Abschneiden der Altstadt, sondern eben ein gezieltes Fördern einer nachhaltigen Mobilität und vielleicht auch ein zur Verfügung stellen von Parkplätzen und Parkräumen für die, die es wirklich brauchen.

Präsident: Danke, Michael. ich halte fest, auch zuhanden des Protokolls – der Antrag 17 GFL ist zurückgezogen. Ich erteile somit das Wort Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich bin Vorsitzender von "Heit Sorg zu Bärn". Die SVP stand damals massgebend hinter der Initiative. Ich muss jetzt einfach sagen: Ihr habt gerade wieder gehört, was man alles fordert und verlangt. Wir wollten nicht die Stadt abriegeln, wir wollten der Stadt etwas geben – Fussgängersicherheit. Ich habe einfach Angst, dass es in die falsche Richtung geht. Wir waren damals dafür. Wir danken der Verwaltung. Es hat gute Ansätze in diesem Projekt, aber wenn jetzt gewisse Anträge durchgekommen, ich denke an den Garten der Polizei, ich denke daran, dass man jetzt weiter die Mobilität einschränken will, werden wir nicht mehr hinter dem Vorhaben stehen können und nachher die Neinparole herausgeben. Und die Kosten sind extrem hoch. Ich beschränke mich auf wenige Anträge, dir mir wichtig sind. Ein ganz wichtiger Antrag ist für mich das vierte, dass man die Begleitgruppe weiterhin periodisch orientieren und weiter einladen kann. Ich denke an die Marktleute und die Leute von "Heit Sorg zu Bärn". Mir scheint es sehr wichtig, dass man das macht. Man hat das auch im Vorfeld versprochen. Und ich hoffe wirklich, dass ihr hier diesen Antrag unterstützen könnt. Ich gehe vielleicht noch ganz kurz vorwärts, auch zu Nr. 6 und 7. Zum Votum von Ursula Stöckli: Wir haben die Anträge 6 und 7 nicht zurückgezogen. Das waren die alten Anträge auf der alten Liste, die KiöR-Anträge (KiöR = Kunst im öffentlichen Raum), von denen wir damals schon beim Einreichen gewusst haben, dass man das rechtlich so nicht machen kann. Es ist ja ein Vorstoss hängig, womit man die KiöR ein wenig neu festlegen möchte. Aber diese Anträge, schaut sie einfach an – auch die Linken. "Dem Aspekt der Fussgängersicherheit sei die nötige Beachtung zu schenken": Ich bin der Meinung, ob ich jetzt als Linker oder als Rechter auf der Strasse verunfalle, spielt keine Rolle. Man muss sichere Plätze haben und prinzipiell auf die Realisierung einer Abtreppung als gestalterisches Element verzichten. Insbesondere – ich habe das schon letztes Mal gesagt –, wenn ihr in einer grossen Menschenmasse seid, in der ihr die Höhendifferenzen nicht genau sehen könnt, und jemand fällt hin, dann kann das verdammt heikle Sachen geben. Auch in Anbetracht der Kostenfolgen – ich habe gesagt, man muss dort sparen, wo es eben wirklich auch einschenkt – bin ich der Meinung, das muss man hier so machen. Und ihr seht, auch das mit den kommerzfreien Zonen, ich glaube, ihr öffnet hier irgendwie einen Giftschrank. Ich habe einfach das Gefühl, das geht in die falsche Richtung. Darum haben wir diese Anträge gestellt. Auch Antrag 19, man soll auf das verzichten, und auch keine Reduktion der Standplätze für die Marktfahrenden realisieren. Der Platz ist ein Markt. Es war immer ein Markt, historisch. Früher hatte es dort sogar noch einen Schweinemarkt. Das darf man jetzt auch nicht mehr führen. Das hat es alles noch gegeben beim Progr. Ich bin der Meinung, es soll ein Markt sein, wir sollen dort die freien Flächen haben. Schüttet das Kind nicht mit dem Bad aus. Das wäre nicht das, was die Initianten gewollt hätten. Das ginge in die

falsche Richtung. Darum behaltet Augenmass. Wir werden entscheiden je nach den Anträgen, die durchkommen. Antrag 4 ist uns sehr wichtig und die Fussgängersicherheit ist für uns auch sehr wichtig. Wie vorhin schon gesagt: Hier bei diesen Sachen gibt es Sparpotenzial. Das wäre jetzt eben der Punkt, an dem man sagen muss, was ist wünschbar und was ist nice to have. Und kurz, nachdem die Wahlen vorüber sind, habe ich wirklich das Gefühl, dass bei gewissen Leuten alle Grundsätze, die man mal vor der Wahl versprochen hat, vergessen gegangen sind. Danke für die Unterstützung.

Präsident: Merci, Alex. Als nächste hat das Wort Nora Krummen.

Nora Krummen (SP), Einzelvotum: Ich sage ganz kurz etwas zum Antrag zur Öffnung des Polizeigartens. Ich habe grundsätzlich sehr grosse Sympathien für den Antrag, sehe aber den Punkt, dass es nicht Teil dieses Geschäfts sein soll, weil ich finde, das Geschäft ist so wichtig, dass wir es nicht riskieren können, dass deswegen dann plötzlich die ganze Sanierung scheitert. Ich bin aber sehr offen dafür, eine entsprechende Motion einzureichen, um das im Rahmen eines neuen Projektes anzugehen.

Präsident: Danke, Nora. Es reicht vor der Pause noch für Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte), Einzelvotum: Polizistinnen und Polizisten sind täglich für uns im Einsatz, zugunsten unserer Sicherheit. Sie sind immer mittendrin und an vorderster Front und haben es verdient, möglichst gute Arbeitsbedingungen zu haben. Dazu gehört auch der Eigenschutz der Polizei. Und da eignet sich so ein Raum vor einem Polizeigebäude einfach wirklich gut. In anderen Städten gibt es keinen solchen Raum. Das ist richtig. Aber es wäre jetzt auch nicht so, dass zum Beispiel in Zürich vor einem Polizeigebäude ein Freizeitareal wäre, wo die Leute kurz Mittagessen gehen oder sich sonst dort aufhalten Und es ist vielleicht auch nicht so, dass andere Polizeikorps nicht auch gerne so einen Raum hätten. Und in Bern haben wir jetzt das Glück, dass es so einen Raum gibt. Und darum plädiere ich dafür, dass man ihnen den Raum nicht wegnimmt, sondern ihnen den lässt. Ich plädiere darum dafür, den Antrag abzulehnen.

Präsident: Vielen Dank, Michelle. Somit sind wir am Ende der ersten Sitzung des heutigen Abends. Denkt daran, wir sind ins Kornhausforum eingeladen. Jetzt ist die Ratspause. Wenn ihr euch anschliessen wollt, könnt ihr mit mir hinaufgehen. Wir fahren weiter um 20.30 Uhr.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident für das Protokoll

26.05.2025

X

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

27.05.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Muriel Graf
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher

Stadtrat entschuldigt

Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Stephan Ischi
Mehmet Özdemir

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD
Matthias Aebischer TVS
Ursina Anderegg BSS
Alec von Graffenried SUE

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Stv. Leitung Stadtkanzlei

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Ratssekretariat
Mago Flück, Cornelia Stücker: Weibeldienste

2012.GR.000587

9 Bären- und Waisenhausplatz, Umgestaltung und Sanierung; Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Ich begrüsse euch zur zweiten Sitzung des heutigen Tages. Ich bitte euch, das Gespräch zu beenden, euren Platz einzunehmen. Wir sind bei der Behandlung von Traktandum Nr. 9. Wir sind bei den Einzelvoten. Vor der Pause hatte ich noch auf der Rednerliste Tanja Miljanovic, sie verzichtet auf ihr Votum. Gibt es zu Traktandum 9 noch von jemand anderem eine Einzelvotum? Dann bitte ich wirklich noch einmal um Ruhe und erteile das Wort für den Gemeinderat, für die TVS, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Die Umgestaltung und Sanierung des Bären- und Waisenhausplatzes ist eine grosse Sache, das haben wir gehört, in der letzten Sitzung sowie in dieser. Das zeigen nicht nur die Anzahl der Anträge, die eingereicht wurden. Dass das Projekt etwas Spezielles ist, zeigt auch die Tatsache, dass es weit über die Region hinaus zu reden gibt. Städtebauer*innen und Spezialist*innen der anderen grossen Städte in der Schweiz staunen, dass so etwas im UNESCO-Perimeter überhaupt möglich ist. Vor 30 Jahren hat das Ganze angefangen, ihr habt es gehört. Das Projekt wurde nachher zurückgestellt, dann hat man es wieder hervorgenommen und jetzt ist es so weit, dass man anfangen kann zu bauen. Man darf sagen, es wird gross, es wird die Stadt spürbar verändern. Als Bernerin und Berner darf man auch ein wenig stolz sein auf das Projekt Bären- / Waisenhausplatz. Einmalig ist das Projekt auch was Zusammenarbeit und Partizipation anbelangt. Verkehrsplanung, Stadtgrün, Denkmalpflege, Immobilien Stadt Bern, Polizeiinspektorat, Bernmobil, EWB und Kantonspolizei haben zusammengearbeitet. Man hat die Bevölkerung konsultiert, Vereine, Verbände, Organisationen aus Wirtschaft und Kultur, Schulen mit einbezogen, die Hotellerie, Gastrounternehmungen, der Märit und die Verkehrsteilnehmer*innen persönlich. Man darf aus Sicht der Stadt Bern mit gutem Gewissen sagen, das ist eine Rekordpartizipation. Ein paar Zahlen noch zu diesem Projekt: Auf den beiden Plätzen werden 33 neue Bäume gepflanzt. Es gibt 96 Stühle und 32 Tische, 12'560 Quadratmeter klimawirksame Fläche gemäss neuem Klimaanpassungsreglement. Das heisst, der Boden nimmt das Wasser auf und behält es für die Bäume, die dank des gespeicherten Wassers die Luft abkühlen können. Das ist genau das, was wir bei allen neuen Projekten versuchen. Hier beim Projekt auf dem Bären- und Waisenhausplatz gelingt das dank den Pflastersteinen und den im Boden eingebauten Wasserwannen perfekt. Bewässert werden die Bäume zusätzlich von den zwei Brunnen. Es ist kein Luxusprojekt, auch wenn das immer wieder behauptet wird. Es ist ein Ort für die Leute, es ist ein Ort, wo man sich begegnen kann, es ist ein Ort zum Verweilen. Und es ist auch ein Ort für Aktivitäten und Feste. Wir rechnen mit gut 130 Veranstaltungen im Jahr auf dem mittleren Waisenhausplatz. Und dafür gibt es unter anderem mehrere neue Elektro-Event-Anschlüsse, die in gleicher Form auch für die Märit-Stände zur Verfügung stehen. Der Platz ist behindertenkonform. Noch nicht ganz gelöst ist die Begehung für die Leute, die nicht so gut sehen. Wir sind daran, zusammen mit den Verbänden Lösungen zu suchen. Dafür gibt es verschiedene Testflächen mit Pflastersteinen. Wir sind überzeugt, dass wir zeitnah eine Lösung finden werden.
Jetzt noch zu den Anträgen. Ich erlaube mir, bei dieser Fülle von Anträgen ein bisschen zu bündeln. Eine Kategorie sind die, bei welchen es um günstigere Varianten oder Einsparungen geht. Da gibt es im Grundsatz zu sagen, dass das vorliegende Gesamtpro-

jekt nach dieser Rekordpartizipation und euren Vorgaben sehr ausgewogen daherkommt. Und wenn wir jetzt beginnen, zusammenzustreichen, dann gefährden wir die Ausgewogenheit. Wir erfüllen plötzlich die UNESCO-Ziele nicht mehr oder es gibt Einsprachen wegen einzelner Reduktionsmassnahmen, die das Bewilligungsverfahren in die Länge ziehen könnten oder sogar das Gesamtprojekt gefährden. Der Gemeinderat empfiehlt euch aus diesem Grund, den Rückweisungsantrag der SVP und auch die Anträge 5, 6 und 7 abzulehnen. Ein bisschen ähnlich sieht es mit den Anträgen aus, die das austarierte Nutzungskonzept auf dem Waisenhaus- und Bärenplatz in Frage stellen. Das vorliegende Nutzungskonzept ist auch ein Kompromiss, also das Resultat von aufwändigen Partizipationsverfahren mit der Bevölkerung, mit den Märitstand-Betreiber*innen, mit den Gastronomiebetrieben und den Verkehrsteilnehmer*innen. Und jetzt nach Sympathie den einen etwas auf Kosten der anderen wegzunehmen, würde der Kompromiss aus dem Lot bringen. Wir lehnen darum all die Anträge in diese Richtung ab, das sind die Anträge 11, 16, 18 bis 21. Also nicht vergessen, das sind die Nummern der korrigierten Liste für diese Sitzung. Sie entsprechen nicht den Nummern der letzten Stadtratssitzung.
Viel zu reden hat der Garten des Polizeigebäudes gegeben, wir haben es vorhin gehört. Dazu gibt es den Antrag 2, eine Direktive, und den Antrag 3, einen Prüfauftrag. Wir empfehlen euch das Zweite, dann können wir das mit der Polizei im Detail anschauen. Dann ist noch das mit dieser Gedenkplakette, gerade neben diesem Garten. Wir könnten mit dem Antrag 9 leben, aus betrieblicher Sicht spricht eigentlich nichts dagegen, dass die Plakette nach der Umgestaltung noch bleibt. Es kommt dann sicher auch darauf an, was die Angehörigen dazu meinen. Antrag 9 also ja, der Antrag 8 ist aus unserer Sicht zu restriktiv. Von den Bäumen auf dem Parkhausdach beim mittleren Waisenhausplatz ist im Antrag 10 die Rede. Jeder Baum in dieser Zone würde, das hat Janosch Weyermann gesagt, 800'000 Franken kosten. Das habt ihr eben gehört. Beim Antrag 10 reden wir von 6 bis 10 Bäumen. Das wären 5 bis 8 Millionen Franken obendrauf auf die 37 Millionen. Eine Verteuerung des Projekts, das der Gemeinderat in dieser Grössenordnung ablehnt. Der Antrag 17 ist zurückgezogen worden. Danke, Michael Rufer. Die Begleitgruppe, wie sie die SVP im Antrag 4 auch in Zukunft gefordert, ist schon fix einplanet. Die Absprache betreffend Signalisation und Sicherheit von Fussgänger*innen und Velofahrer*innen läuft aktuell mit den entsprechenden Fachstellen und Verbänden. Die Anträge 4, 6 und 12 braucht es von dem her nicht. Wir empfehlen euch, die drei Anträge abzulehnen. Und dann noch die Anträge 13 bis 15: Dort geht es um die neue Verkehrsführung, die den Rahmen dieses Projekts definitiv sprengen würde und zu massiven Verzögerungen führen könnte. Darum lehnen wir diese drei Anträge ab. Zeughausgasse: Das ist ja übrigens schon am Laufen mit dem Vorstoss der SP-JUSO-Fraktion, Stampfli und Sutter. Dort ist die Frist bis Ende 2026 verlängert worden. Es geht also etwas. Jetzt glaube ich, bin ich durch mit den Anträgen.
Ich hoffe, dass wir nach mehr als 30 Jahren endlich anfangen können zu bauen und dass sich das Projekt nicht weiter verzögert. Am 18. Mai kommt es bei der Annahme heute vor das Volk, und wenn es gut läuft, ab dem Sommer ins Bewilligungsverfahren. So könnte man im 2027 oder spätestens im 2028 anfangen zu bauen. Gemäss diesem Plan würde im Jahr 2030 der neue Bären- und Waisenhausplatz der Bevölkerung übergeben.

Präsident: Vielen Dank, Matthias Aebischer. Wir kommen somit auch hier zu den Abstimmungen und ich bitte euch auch hier, die Antragsliste zur Hand zu nehmen. Gemeinderat Aebischer hat es bereits gesagt und ich hoffe, ihr habt das alle mitbekommen und realisiert: Teilweise haben die Anträge neue Nummern bekommen, weil seit der

letzten Sitzung Anträge zurückgezogen wurden. Wir werden das künftig so handhaben, dass die Anträge ihre Nummern behalten werden, sobald sie auf der Antragsliste stehen. Aber jetzt einfach heute, wenn ich die Antragsnummer sage, ist das die Nummer, wie ihr sie für die Sitzung von heute habt. Wir fangen an mit dem Antrag Nummer 1, das ist ein Rückweisungsantrag der SVP.

Antrag 1
SVP
Rückweisung: Das Geschäft wird unter der Auflage an den Gemeinderat zurückgewiesen, den Entscheidungsorganen neben der vorliegenden Variante eine um mind. 20% günstigere Light-Variante zur Auswahl vorzulegen, bei welcher auf nicht zwingend notwendige Elemente verzichtet wird.

Abstimmung Nr. 023

2012.GR.000587: Antrag 1

Ablehnung

Ja	5
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Rückweisungsantrag abgelehnt. Wir kommen zum Antrag Nr. 2 PVS-Minderheit. Es geht darum, den Garten zugänglich zu gestalten. Der Antrag Nr. 2 wird gegenübergestellt mit dem Antrag Nr. 3 SP-JUSO. Antrag 2 PVS-Minderheit will, dass es umgesetzt wird. Antrag 3 SP-JUSO will, dass es geprüft wird, ob man es umsetzen kann. Wenn ihr dem Antrag der PVS-Minderheit zustimmen wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr dem Antrag der SP-JUSO zustimmen wollt, stimmt ihr Rot.

Anträge 2 und 3
2 PVS-Minderheit
Der Garten des Polizeigebäudes ist im Rahmen der Umgestaltung des BWP als Park für die Öffentlichkeit zugänglich auszugestalten. Mobile Sitzgelegenheiten sind vorzusehen.
3 SP/JUSO
Der Gemeinderat soll prüfen, ob der Garten des Polizeigebäudes im Rahmen der Umgestaltung des BWP als Park für die Öffentlichkeit zugänglich ausgestaltet werden kann. Die Prüfung und allfällige Umsetzung dürfen nicht zu Verzögerungen des Gesamtprojekts führen.

Abstimmung Nr. 024

2012.GR.000587: Antrag 2 vs. Antrag 3

Antrag 3 obsiegt

Ja	24
Nein	46
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag der SP/JUSO den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit über den obsiegenden Antrag Nr. 3 SP/JUSO ab.

Abstimmung Nr. 025

2012.GR.000587: Antrag 3	
Ablehnung	
Ja	27
Nein	41
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 4 der SVP bezüglich der Begleitgruppe.

Antrag 4
SVP
Im Zusammenhang mit der Realisierungsplanung und Umsetzung des Bauvorhabens ist die bisherige Begleitgruppe weiterhin periodisch zu orientieren und zu weiteren Begleitgruppensitzungen einzuladen.

Abstimmung Nr. 026

2012.GR.000587: Antrag 4	
Ablehnung	
Ja	13
Nein	55
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 5 SVP bezüglich des Prüfens von Einsparungsmöglichkeiten.

Antrag 5
SVP
Es sei zu überprüfen, in welchen Bereichen Einsparungen für das Projekt vorgenommen werden können, dies ohne dass sich bei der Einstufung der UNESCO nachteilige Änderungen ergeben.

Abstimmung Nr. 027

2012.GR.000587: Antrag 5	
Ablehnung	
Ja	11
Nein	60
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 6 SVP bezüglich Fussgängersicherheit.

Antrag 6
SVP
Dem Aspekt der Fussgängersicherheit sei die nötige Beachtung zu schenken.

Abstimmung Nr. 028

2012.GR.000587: Antrag 6	
Ablehnung	
Ja	11
Nein	59
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 7 SVP bezüglich des Verzichts auf die Abtreppung.

Antrag 7
SVP
Auf die Realisierung einer Abtreppung als gestalterisches Element ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 029

2012.GR.000587: Antrag 7	
Ablehnung	
Ja	9
Nein	60
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 8 GB/JA, JUSO bezüglich der Gedenkplakette.

Antrag 8
GB/JA, JUSO
Die Gedenkplakette auf dem unteren Waisenhausplatz bleibt an ihrem Ort.

Abstimmung Nr. 030

2012.GR.000587: Antrag 8	
Annahme	
Ja	48
Nein	23
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag Nr. 9 GB/JA, JUSO bezüglich Gedenkstätte.

Antrag 9
GB/JA, JUSO
Die Gedenkstätte mit Stein auf dem unteren Waisenhausplatz wird während und nach dem Bau berücksichtigt. Die TVS bleibt weiterhin mit den Angehörigen in Kontakt und handelt immer in Rücksprache mit ihnen bezüglich der Gedenkstätte.

Abstimmung Nr. 031

2012.GR.000587: Antrag 9

Annahme

Ja	48
Nein	18
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag Nr. 10 GB/JA bezüglich der Baumgruppe.

Antrag 10
GB/JA
Eine Baumgruppe mit 6-10 Bäumen ist auf dem mittleren Waisenhausplatz vorzusehen.

Abstimmung Nr. 032

2012.GR.000587: Antrag 10

Ablehnung

Ja	18
Nein	51
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 11 GB/JA bezüglich der konsumfreien Flächen.

Antrag 11
GB/JA
Auf dem Bärenplatz sind die Flächen “(potenzielle) Aussenbestuhlung” entlang der Häuserreihen respektiv Veranden durchgehend als konsumfreie Flächen vorzusehen.

Abstimmung Nr. 033

2012.GR.000587: Antrag 11

Ablehnung

Ja	18
Nein	50
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 12 GB/JA bezüglich klarer Signalisation Veloverkehr.

Antrag 12
GB/JA
Es ist eine klare Signalisation für den Veloverkehr einzuführen, die auch bei Veranstaltungen (insb. Märkten) frei bleiben.

Abstimmung Nr. 034

2012.GR.000587: Antrag 12

Annahme

Ja	36
Nein	32
Enthalten	2

Präsident: Es ist noch bald knapp geworden. Ihr habt den Antrag angenommen. Achtung, wir kommen zu einer Gegenüberstellung. Wir haben Antrag 13 GB/JA, dass die Speichergasse für den MIV zu sperren sei. Und wir haben Antrag 14 GB/JA, dass zu prüfen sei, die Speichergasse für den MIV zu sperren. Wenn ihr für den Antrag 13 seid, stimmt ihr Grün, wenn ihr für den Antrag 14 seid, stimmt ihr Rot.

Anträge 13 und 14
13 GB/JA
Die Speichergasse ist für den MIV zu sperren.
14 GB/JA
Im Zuge der Bären-/Waisenhausplatz Gesamtsanierung ist zu prüfen, ob die Speichergasse für den MIV gesperrt werden kann.

Abstimmung Nr. 035

2012.GR.000587: Antrag 13 vs. Antrag 14

Antrag 14 obsiegt

Ja	18
Nein	52
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt dem Antrag Nr. 14 den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit ab über den obsiegenden Antrag Nr. 14 GB/JA.

Abstimmung Nr. 036

2012.GR.000587: Antrag 14

Ablehnung

Ja	28
Nein	40
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 15 GB/JA bezüglich des Rechtsabbiegens.

Antrag 15
GB/JA
Das Rechtsabbiegen von der Zeughausgasse auf den mittleren Waisenhausplatz ist für den MIV zu sperren.

Abstimmung Nr. 037

2012.GR.000587: Antrag 15

Ablehnung

Ja	18

Nein	53
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 16 GB/JA bezüglich kommerzieller Veranstaltungen.

Antrag 16
GB/JA
Auf dem mittleren Waisenhausplatz werden keine kommerziellen Veranstaltungen bewilligt. Dieser steht nur für politische und unkommerzielle Veranstaltungen zur Verfügung.

Abstimmung Nr. 038

2012.GR.000587: Antrag 16

Ablehnung

Ja	18
Nein	53
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Antrag 17 ist zurückgezogen. Wir kommen zu einer mehrfachen Gegenüberstellung. Wir haben den Antrag Nr. 18 SVP gegenüber dem Antrag Nr. 19 SVP und werden zuerst diese gegeneinander ausmehren. Den obsiegenden Antrag werden wir dem Antrag 20 GB/JA gegenüberstellen. Wenn ihr dem Antrag 18 SVP den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr dem Antrag 19 SVP den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Rot.

Antrag 17 (zurückgezogen)
GFL
Der Gemeinderat hat im Verlauf der weiteren Projektarbeiten zur Sanierung der Autoeinstellhalle Waisenhausplatz zu prüfen, ob die Kosten der Ermächtigung der Einstellenhallendecke für eine Pflästerung der Autoeinstellhalle Waisenhausplatz AG (AWAG) überbunden werden können.

Anträge 18 und 19
18 SVP
Die kommerzfreie Zone des Bären- und Waisenhausplatzes soll in Absprache mit den ansässigen Gastronomiebetrieben so ausgestaltet werden, dass diese für sie keine direkten Einschränkungen mit sich bringt.
19 SVP
Grundsätzlich ist auf die Definition von kommerzfreien Zonen zu verzichten.

Abstimmung Nr. 039

2012.GR.000587: Antrag 18 vs. Antrag 19

Antrag 18 obsiegt

Ja	41
Nein	23
Enthalten	8

Präsident: Ihr habt dem Antrag Nr. 18 den Vorzug gegeben. Der Antrag 18 bleibt grün und wird jetzt gegenübergestellt dem Antrag 20 GB/JA. Gibt es keine Gegenüberstellung? Ah, jetzt hat es sich aufgelöst, Entschuldigung. Dann stimmen wir über den obsiegenden Antrag Nr. 18 ab.

Abstimmung Nr. 040

2012.GR.000587: Antrag 18	
Ablehnung	
Ja	20
Nein	52
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nr. 20 GB/JA.

Antrag 20
GB/JA
Die Fläche der Aussenbestuhlung auf dem Waisenhausplatz ist um ca. 350m2 zu reduzieren und als kommerzfreie Fläche während den Zeiten ohne Markt vorzusehen.

Abstimmung Nr. 041

2012.GR.000587: Antrag 20	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	55
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Und wir kommen noch zum letzten Antrag, Nummer 21 SVP. Es geht um Standplätze für Marktfahrende.

Antrag 21
SVP
Es darf keine Reduktion von Standplätzen für Marktfahrende realisiert werden.

Abstimmung Nr. 042

2012.GR.000587: Antrag 21	
Ablehnung	
Ja	11
Nein	62
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen somit zur Schlussabstimmung über die Abstimmungsvorlage in der jetzt bereinigten Form.

Abstimmung Nr. 043

2012.GR.000587: Schlussabstimmung

Annahme	
Ja	69
Nein	4
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt dem Geschäft zugestimmt. Wir kommen zur Abstimmung über die Abstimmungsbotschaft in der verschickten Version.

Abstimmung Nr. 044

2012.GR.000587: Abstimmungsbotschaft

Annahme	
Ja	67
Nein	5
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt der Abstimmungsbotschaft zugestimmt. Somit ist dieses Geschäft zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.

2018.TVS.000122

10 Gesamtsanierung Untertorbrücke; Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Auch das ist ein Geschäft mit obligatorischem Referendum. Es geht um die Gesamtsanierung Untertorbrücke, Ausführungskredit und Abstimmungsbotschaft. Ich erteile für die Kommission PVS das Wort dem Kommissionssprecher Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Kommission: Es freut mich, euch heute dieses Geschäft vorstellen zu dürfen. Weil es dem Referendum untersteht, würde ich vielleicht gleich noch ein, zwei Worte darüber sagen, was das umfasst, obwohl es eigentlich inhaltlich in der Kommission unbestritten ist. Also wir reden hier von der ältesten Brücke in der Stadt Bern, die im Moment diverse Probleme und Renovationsbedarf aufweist, die von fehlender Pflästerung über unsichere Geländer bis hin zu undichten Stahlbetonplatten innerhalb der Brücke reichen. Teil dieses Projekts ist es, die Brücke umfassend zu sanieren, sodass sie für die nächste Generation wieder hält. Ihr könnt dem Vortrag Details entnehmen. Ebenfalls Teil des Projekts ist es, dass am Aareufer entlang der Stützmauer das Trottoir vor die Baumreihe versetzt wird und so beim aktuellen Standort ein neues Trottoir entsteht, das chaussiert wird und mit neuen Sitzbänken versehen ist. Das wird dadurch auch eine klimaanpassungswirksame Fläche. Geschehen soll die Sanierung in mehreren Etappen, die auf die Sanierung der Nydeggbrücke abgestimmt sind, sodass der Verkehr immer über mindestens eine dieser Brücken gehen kann. Und während die Untertorbrücke renoviert wird, soll es dann auch einen Fussgänger*innen-Steg geben, damit das Quartier dort nicht von der Altstadt abgeschottet ist.
Die Kosten für dieses Projekt betragen 7'740'000 Franken. Inbegriffen sind relativ hohe Reserven von etwa 25% von diesem Projekt. Ich streiche das deshalb heraus, weil diese hohen Reserven eigentlich untypisch sind für Bauprojekte bei uns in der Stadt Bern, die hier durch den Stadtrat kommen. In diesem Fall handelt es sich aber um ein

historisches Objekt, bei dem man nicht so genau weiss, was man dort vorfinden wird. Das heisst, es könnte sein, dass das mit Stein gefüllt ist, es könnte sein, dass man organische Materialien vorfindet und dass das dann je nachdem eben den Kredit ausreizen könnte für die Renovierung. Aus Sicht der PVS macht das Sinn. Die Alternative wäre, dass wir heute einen tieferen Kredit genehmigen, der dann vielleicht gar nicht dem obligatorischen Referendum untersteht, und dann später einen Nachkredit geben würden. Das wäre aber auch nicht ehrlich gegenüber den Stimmberechtigten. Summa summarum haben wir das Projekt in der PVS einstimmig angenommen, ohne grosse Diskussion über den Inhalt des Projekts. Das heisst, eigentlich ist es auf Anklang gestossen, und ich würde euch deshalb empfehlen, es der PVS gleich zu tun und das Projekt anzunehmen.

Präsident: Merci vielmals Dominik. Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Wünscht der Gemeinderat das Wort? Dann hat für den Gemeinderat das Wort Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Die Untertorbrücke ist, wir haben es gerade gehört vom Kommissionssprecher, die älteste Brücke der Stadt Bern. Seit 558 Jahren steht sie im gleichen Ort. Es wird seit mehr als 500 Jahren also unter ihr hindurchgeschwommen, es wird von ihr heruntergesprungen, es werden neuerdings an ihren Slacklines angebunden, es wird seit mehr als 500 Jahren über sie gefahren. Sie hat allen Hochwassern standgehalten. Die Untertorbrücke verkörpert das Beständige der Stadt wohl wie nichts anderes hier in Bern. Vor 40 Jahren wurde sie das letzte Mal saniert, jetzt ist es wieder Zeit. Wie der Kommissionssprecher gesagt hat, geht es um 7,74 Millionen, die wir beantragen. Die Gesamtkosten sind etwas höher, 8,74 Millionen, 1 Million wird aber von Energie Wasser Bern (EWB), von der Swisscom und von UPC Cablecom übernommen als Anteil für den Einbau der Werk- und Kommunikationsleitungen. Wenn ich vorhin schon etwas ehrfürchtig von dieser alten Brücke gesprochen habe, muss man wissen, dass viele Steine – es sind vor allem Tuffsteine, Sandsteine und Kalksteine – seit 558 Jahren diese Brücke stützen. Ein paar muss man wohl ersetzen. Welche genau, das sieht man erst, wenn das Gerüst steht und die Spezialistinnen und Spezialisten alles von nahe anschauen können. Das ist auch der Grund, dass wir ein bisschen mehr Reserven als durchschnittlich eingeplant haben. Dominik Fitze hat das vorhin bestens beschrieben.
Das, was mich besonders freut an diesem Projekt, ist, dass auf der Seite Altenbergstrasse ein kleiner Park entsteht. Im Moment ist es dort noch recht eng für die Fussgängerinnen und Fussgänger. Die, die dort ab und zu vorbeigehen, wissen das. Das wird aber jetzt besser. Es wird entsiegelt und es gibt neue Bänke mit Sicht auf die Altstadt. Auch auf der Brücke gibt es mehr Platz für die Fussgängerinnen und Fussgänger. Das Trottoir wird auf zwei Meter verbreitert, die Fahrbahn ein bisschen schmaler, aber sie ist immer noch genug breit, dass ein Auto und zum Beispiel ein Kehrrichtwagen problemlos kreuzen können. Während der Sanierung wird der motorisierte Verkehr umgeleitet. Die Fussgänger*innen können auf einer Passerelle neben der Brücke die Aare überqueren, die Velofahrer*innen ebenfalls, sie müssen einfach das Velo auf dieser Passerelle schieben. Etwa zur gleichen Zeit, das ist einfach noch eine Zusatzinformation, sollte auch die Stützmauer unter der Altenbergstrasse saniert werden. Das gibt aber dann ein separates Geschäft. Heute geht es nur um den Kredit für die Sanierung der Untertorbrücke. Der Gemeinderat beantragt euch, dem Kredit zuzustimmen und die Abstimmungsbotschaft zu genehmigen.

Präsident: Vielen Dank. Zu diesem Geschäft liegen keine Anträge vor, wir kommen direkt zur Schlussabstimmung darüber, wer die Abstimmungsvorlage genehmigen und zuhanden der Stimmberechtigten verabschieden will.

Abstimmung Nr. 045

2018.TVS.000122	
Annahme	
Ja	70
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesem Geschäft einstimmig zugestimmt. Das stimmen wir auch hier noch über die Abstimmungsbotschaft wie vorliegend ab.

Abstimmung Nr. 046

2018.TVS.000122: Abstimmungsbotschaft	
Annahme	
Ja	69
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt auch die Botschaft einstimmig verabschiedet. Wir kommen somit zu Traktandum Nr. 11.

2024.SR.0305

11 Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Thomas Glauser/Janosch Weyermann/Ueli Jaisli): Berner Stadt-Mitarbeiter kündigen wegen «toxischem» Arbeitsklima

Präsident: Ist von der einreichenden die Diskussion gewünscht? Sie ist gewünscht. Dann stimmen wir zuerst darüber ab, ob ihr die Diskussion gewährt. Es braucht ein Drittel zustimmende Voten, dann gibt es eine Debatte und sonst nicht.

Abstimmung Nr. 047

2024.SR.0305: Quorum	
1/3-Quorum erreicht	
Ja	50
Nein	17
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt der Debatte zugestimmt. Dann würde ich als Erstes den Einreichenden dieser Interpellation das Wort geben, das wäre Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Einreichenden: Die Stadt Bern ist ein Arbeitgeber. Die Stadt Bern ist ein Arbeitgeber, der von Fachkräftemangel betroffen ist. Das Kompetenzzentrum Arbeit (KA) der Stadt Bern kam in die Schlagzeilen im letzten Oktober. Ihr konntet es im Bund oder in der BZ lesen, dass dort zum Teil die Führung der Angestellten und das Amt selbst seiner Arbeit nicht mehr gerecht wird. Es wird gemobbt, es werden Leute belästigt, es wird nicht Einfluss genommen und man hat von 120 Angestellten in den vergangenen eineinhalb Jahren 40 Fluktuationen gehabt. Also eine Personalkrise, wie es selten eine gibt. Und dort geht es auch um Leute, die gerade in Not sind, die sich wieder von der Sozialhilfe in den Arbeitsmarkt integrieren sollten. Das ist der Grund, dass ich diese dringliche Interpellation eingereicht habe, damit man behandelt und es nicht einfach geschehen lässt. Ihr seht es bei der Antwort des Gemeinderats: Der Gemeinderat nimmt sich hier aus der Verantwortung heraus. Er sagt, er habe dort nicht einzugreifen. Ich zitiere: "Der Gemeinderat hat keinen Grund, in die operative Führung im KA einzugreifen." Das kann es ja nicht sein, wenn es so viele Fluktuationen gibt, wenn Leute geplagt werden, wenn Leute gemobbt werden, dass der Gemeinderat auf eine solche Fragestellung eine solche Antwort gibt. Für mich ist es wichtig, auch in Zukunft, dass sich die Stadt und der Gemeinderat in den verschiedenen Arbeitsgebersituationen in die Verantwortung zieht und schaut, dass man eben nicht Fluktuationen und Fachkräftemangel hat.

Präsident: Vielen Dank, Thomas. Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten. Als erstes Barbara Keller für die SP/JUSO.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Wir diskutieren heute über die aktuelle Situation im KA, aber dafür müssen wir ein bisschen mehr ausholen. Der Kanton hat in den letzten Jahren einen tiefgreifenden Umbau im Bereich der Arbeitsintegration in die Sozialhilfe angestossen. Diese Veränderungen haben jedoch bei vielen Fachpersonen Besorgnis ausgelöst. Entsprechend sind auch viele negative Vernehmlassungsantworten von sozialen Institutionen eingegangen. Insbesondere die Einführung einer anreizorientierten Steuerung und die ausschliessliche Fokussierung auf messbare Zahlen werden kritisch hinterfragt. Der Kanton setzt zunehmend auf eine schnelle Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt, was eigentlich nicht komplett am Ziel vorbeischiesst. Aber in Praxis zeigt sich, dass der Weg von der Arbeitsfähigkeit hin zu einer tatsächlichen Arbeitsmarktfähigkeit oft viel komplexer und langwieriger ist, als es die neuen Vorgaben suggerieren. Ein zentraler Kritikpunkt ist, dass die Reform wenig Rücksicht auf die realen Bedürfnisse derjenigen Personen nimmt, die sich in den Programmen der sozialen Integration befinden. Viele dieser Teilnehmenden sind noch weit davon entfernt, arbeitsmarktfähig zu werden. Die Annahme, dass der grosse Teil dieser Personen innerhalb von fünf Monaten in den Arbeitsmarkt integriert werden kann, ist unrealistisch. So sieht es der Kanton jedoch vor. In der Realität sind die Programme oft von Unterbrüchen und Abbrüchen geprägt und es bedarf eines viel längerfristigen Ansatzes, um eine nachhaltige Eingliederung zu erreichen. Der Kanton versucht aber weiterhin, diese Veränderungen voranzutreiben, ohne konkrete Massnahmen zur Unterstützung von besonders herausgeforderten Klient*innen bereit zu haben. Es ist auch problematisch, dass die Fokussierung auf schnelle Resultate zulasten der Qualität geht. Es muss sichergestellt werden, dass Menschen mit geringen Perspektiven auf den ersten Arbeitsmarkt nicht durch das System fallen.
Und jetzt kommen wir zum KA. Es ist unbestritten, dass die Reorganisation, die in den letzten Jahren durchgeführt werden musste, eine immense Belastung für alle Beteiligten darstellt. Die Veränderungen, die durch den Kanton angestossen wurden, haben zu

einem spürbaren Druck auf die Mitarbeitenden geführt, was sich auch negativ auf das Arbeitsklima auswirkt. Die Berichte über ein toxisches Klima und den Druck, die Klient*innen schnell in Massnahmen zu vermitteln, sind sie alarmierend und müssen ernst genommen werden. Gute Arbeitsbedingungen, eine klare und empathische Führung sowie ein respektvolles Arbeitsklima sind von entscheidender Bedeutung, um die Motivation und das Wohlbefinden der Mitarbeitenden zu fördern. Nur wenn sich die Mitarbeitenden wertgeschätzt und unterstützt fühlen, können sie ihre Arbeit effektiv und mit Engagement ausführen. In einem Bereich wie der Arbeitsintegration ist das besonders wichtig. Die Integration von Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt muss weiterhin im Vordergrund stehen und die individuellen Bedürfnisse der Klient*innen dürfen nicht aus den Augen verloren werden. Es ist bedauerlich, dass die Verantwortlichen nicht früher und umfassender auf diese Missstände reagiert haben. Die Kommunikation und die Transparenz in Bezug auf die Entwicklungen im KA hätten verbessert werden müssen, um das Vertrauen der Mitarbeitenden zu stärken und auch ein gesundes Arbeitsumfeld zu ermöglichen. Wir sind auch der Meinung, dass wir als Parlament hier genau hinschauen müssen. Die Arbeitsbedingungen und das Klima im KA müssen verbessert werden. Es ist unerlässlich, dass wir Sorge zu den Mitarbeitenden tragen und ernst nehmen, wenn dort etwas falsch läuft. Nur so können wir sicherstellen, dass die Klient*innen die bestmögliche Unterstützung erhalten und ihre Integration in den Arbeitsmarkt erfolgreich gestaltet werden kann.

Präsident: Danke vielmals Barbara. Dann hat als nächstes das Wort Lea Bill für die GB/JA.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Spätestens nach dem Artikel von Tamedia wissen wir es alle: In den letzten Jahren gab es viele Konflikte im KA. Das lässt sich auch nicht beschönigen. Ein schlechtes Arbeitsklima ist nicht gut und der Schutz der Mitarbeiter*innen ist aus Sicht der GB/JA-Fraktion das oberste Ziel. Mittlerweile, das ist mindestens eineinhalb Jahre später, ist die Situation offenbar entspannter, und wir sind auch der Meinung, dass die BSS hier einiges an Massnahmen ergriffen hat, um die Situation zu beruhigen. Da sind wir zum Beispiel auch anderer Meinung als der Interpellant, der vorhin gesagt hat, der Gemeinderat habe sich hier komplett herausgenommen. Trotzdem gibt es ein paar Punkte, die auch heute noch gelten. Grundsätzlich ist es schwierig, wenn sich Rahmenbedingungen ändern, wie das jetzt im Bereich der Arbeitsintegration der Fall ist, Anreizsysteme und eine Renditenlogik einzuführen, das hat Barbara Keller vorhin schon genug ausgeführt. Das ist schwierig für die Mitarbeiter*innen, insbesondere auch auf professioneller Ebene. Solche Änderungen erzeugen viel Druck und Stress. Teams müssen hier umso mehr Ressourcen haben, solche Prozesse aufzugleisen bzw. es ist auch sehr wichtig, dass die Leitung hier genügend Ressourcen aufbringt, um diese Prozesse und diese Reformen zu begleiten. Dass Personen unter diesen Voraussetzungen nicht mehr im KA arbeiten wollen, ist völlig verständlich. Sie müssen am Anfang überhaupt einmal die Möglichkeit haben, sich auf die neuen Rahmenbedingungen vorzubereiten und sie müssen darin begleitet werden. Dafür braucht es von der Leitung auch genug Geld und genug Zeit, die zur Verfügung gestellt wird, damit das gut durchgeführt werden kann. Wie gesagt, es ist schon einige Zeit vergangen seit dieser hochkonfliktuösen Phase. Trotzdem finden auch wir es zentral, dass die BSS hier dranbleibt und eben genau auch die genügenden Ressourcen zur Verfügung stellt, dass die Mitarbeiter*innen gut begleitet werden können. Und wir sind auch der Meinung, dass wir das von Seiten des Stadtrats weiterhin anschauen müssen. Und wenn es dann sein muss, könnte immer auch noch die GPK diese Thematik weiterbearbeiten.

Präsident: Vielen Dank Lea. Dann hat als nächstes das Wort Francesca Chukwunyere für die Fraktion GFL.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Wir sollten uns nicht von der Presse vor sich hertreiben lassen. Der ganze Konflikt ist anderthalb Jahre her. Aber es scheint mir auch sonst, dass wir hier den Esel ein wenig am Schwanz aufzäumen. Das sind die neuen Rahmenbedingungen, die zu neuen Abläufen und Strukturen und zu einem ganz neuen Approach geführt haben. Und das in einem Team und bei Leuten, die vorher jahrelang, vielleicht jahrzehntelang, mit einem anderen Approach an das Thema Arbeitsintegration herangegangen sind. Solche Situationen führen in vielen Betrieben zu grosser Unruhe. Die Rahmenbedingungen sind innerlich von vielen ehemaligen Mitarbeitenden nicht mitgetragen worden. Ich möchte jetzt darüber nicht inhaltlich urteilen, da haben meine Vorredner*innen schon einiges gesagt dazu. Der Zeitpunkt, um sich dagegen zu wehren, gegen diese Rahmenbedingungen, ist die Vernehmlassung gewesen, die der Kanton gemacht hat anlässlich dieses neuen Konzepts. Und es ist wahr, es ist damals von ganz vielen kompetenten Leute moniert wurden, es sei der falsche Ansatz, so komme man in diesem Bereich nicht weiter. Und insofern ist interessant, dass jetzt die SVP, die eigentlich die Urheberin dieser Neuerungen ist – ihr eigener Regierungsrat – jetzt kommt und uns quasi sagt, wir schauen nicht gut zu den Leuten hier in der Stadt Bern, weil die Leute Rahmenbedingungen umsetzen müssen, die einfach nicht geeignet sind. Darum sage ich, wir zäumen hier den Esel am Schwanz auf.

Präsident: Merci Francesca. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion GLP/EVP Salome Mathys.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Im Sinne der Ratseffizienz haben wir die Diskussion zur Interpellation einmal mehr abgelehnt, das machen wir aber bei allen Interpellationen. Da aber die Diskussion gewährt ist, tun wir trotzdem gerne die Haltung der GLP/JGLP/EVP-Fraktion kund. Die von der SVP aufgeworfenen Fragen sind nämlich grundsätzlich sehr berechtigt. Was mir erstaunt, ist, dass von einzelnen Rednerinnen vor mir jetzt einfach die Vorgaben des Kantons kritisiert wurden und die Verantwortung des Führungsproblems im KA mehrheitlich auf den Kanton abgewälzt wird und nicht über das Problem der Führung diskutiert wird. Nicht alles, was in den Medienartikeln steht, kann für bare Münze genommen werden. Einiges stimmt offenbar nicht und es ist auch von Einzelpersonen kritisiert worden, die wohl nicht am richtigen Ort gearbeitet haben. Trotzdem steht aber auch für uns fest, dass gerade die interne Kommunikation im KA offenbar nicht funktioniert hat und nach wie vor Verbesserungsmöglichkeiten hat. Ich habe mir erkundigt, auch nach eineinhalb Jahren sind die gleichen Probleme eigentlich noch bestehend, vielleicht nicht mehr ganz so drastisch wie vor eineinhalb Jahren. Gut qualifizierte Mitarbeiter sind nicht als solche ernst genommen worden und man hat, anstatt mit ihnen offen und transparent über die Herausforderungen und Neuerungen zu diskutieren, kaum informiert. Das ist nach wie vor so und die Mitarbeitenden erfahren dann beispielsweise über BIAS-Thematiken von Ex-Kollegen, die gekündigt haben und jetzt bei anderen BIAS-Partnern arbeiten. Das Problem der internen Kommunikation ist nach wie vor da und sollte dringend angegangen werden. Der Unmut der Mitarbeitenden ist also auch verständlich. Bezüglich des Beizugs der externen Fachpersonen, der in der Antwort so hervorgehoben wurde, haben wir uns intern auch erkundigt. Wir haben vom KA gehört, dass Personen zwar in ihrem Fach qualifiziert waren, aber die nötigen Kenntnisse über Prozesse oder eben Führungsprobleme nicht

hatten und dass die externen Leute offenbar sehr einseitig informiert wurden – und dass Mitarbeitende, also auch Führungspersonen, ihre Sicht nicht kundtun konnten. Und man hat über Philosophien diskutiert, wenn nicht einmal die einfachsten Prozesse funktionieren im KA. Entsprechend haben sich die Mitarbeitenden oft nicht ernst genommen gefühlt, und es würde uns interessieren, wie der Gemeinderat diese Aussagen interpretiert. Die Kritik an den zuständigen Führungspersonen ist gross. Externe Fachpersonen, Mediator*innen mussten einbezogen werden und die Medien berichten immer wieder über etliche Probleme im KA.
Bei so schwerwiegenden Problemen muss unserer Meinung nach die politische Führung aktiv werden und die Verantwortung übernehmen. Einmal mehr haben wir in diesem Fall die politische Führung vermisst. Wir hoffen, dass die neue Gemeinderätin ihre politische Verantwortung wahrnehmen wird und proaktiv zur Lösungsfindung beitragen wird. Auch zu Frage 9 und 10 stellt sich uns schon die Frage, ob die zuständige Gemeinderätin oder Ex-Gemeinderätin oder der Gesamtgemeinderat die Situation genügend ernst nimmt. Es gibt nach wie vor Probleme und dass keine Konsequenzen oder Learnings daraus gezogen werden sollen, wirft schon die Frage auf, ob es genug ernst genommen wird. Aus unserer Sicht wäre es prüfenswert, ob eine externe Evaluation der Situation nötig wäre, dass aus solchen Vorkommnissen etwas gelernt wird. Die zuständige Direktion, aber auch der Gesamtgemeinderat müssen die Verantwortung übernehmen, hinschauen und echte Bereitschaft zeigen, um aus diesen Fehlern und Schwierigkeiten zu lernen.

Präsident: Merci Salome. Dann noch für die Fraktion FDP Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation punkto toxischem Arbeitsklima beim KA. Die Antworten sind aus unserer Sicht doch sehr positiv dargestellt – oder sagen wir sogar schönfärberisch. Gemäss Medienberichten und Insidern liegt auf der Hand, dass hier sowohl die operative, wie auch die politische Führung ihre Hausaufgaben nicht gemacht und ihre Verantwortung nicht richtig wahrgenommen haben. Das Vertrauensverhältnis zwischen Führung und Mitarbeitenden ist offenbar seit längerem gestört und das Klima vergiftet. Dass in einem solchen aufgeladenen Kontext zu wenig Zeit für eine korrekte Einzelfallprüfung und damit für das Kernbusiness bleibt, liegt auf der Hand. Es scheint, als hätte die Direktion für Bildung, Soziales und Sport einmal mehr die Projektrisiken in einem Change Management unterschätzt. Wir begrüssen es darum, auch wenn man hier unterschiedliche Schlüsse aus den Voten ziehen kann, darum, wenn dieser Fall in der GPK aufgerollt werden würde und die neue politische Vorsteherin ihre Lehren ziehen würde und die Führungsverantwortung besser wahrnehmen würde als die Vorgängerin. Wir sind mit der Beantwortung der Interpellation nicht zufrieden.

Präsident: Merci vielmals. Gibt es noch weitere Fraktionssprecher? Du bist nicht Fraktionssprecher- Entschuldige, du hast natürlich Recht. Für die Fraktion SVP Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich mache es kurz. Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung. Der Grund, wieso ich jetzt noch nach vorne gekommen bin, ist, dass der Regierungsrat der SVP angegriffen worden ist. Wir müssen ganz klar sagen, dass Regierungsrat Schnegg weiss Gott nichts dafürkann, wenn in der Stadt Bern Führungsprobleme sind und hier schlecht geführt wird. Das ist eine Sache der Stadt Bern. Sie haben gesehen, dass die Leute darunter gelitten haben unter dieser Situation.

Ich muss den Vorwurf in aller Entschiedenheit zurückweisen. Die Probleme waren städtisch, es waren Führungsprobleme. Wir wissen ja auch mit der Einführung von Citysoftnet – das war auch ein Fall der BSS – was die Leute dort für Probleme hatten, die Mitarbeitenden, die Betroffenen. aber auch die Gläubiger. Es war für alle eine gewaltige Anspannung. Auch dafür war die SVP nicht verantwortlich. Ich habe jetzt Hoffnung und schaue jetzt nicht mit einem Blick im Zorn zurück, sondern ich schaue jetzt nach vorne. Ich erwarte, dass die neue BSS-Direktorin jetzt das Heft in die Hand nimmt, schaut, dass es beim Personal gut läuft und dass die Leute ihre Aufgaben erfüllen und dass eben die Klienten gerecht behandelt werden und dass sich bei den Mitarbeitern hier auch kein Mobbing und keine solche Vorfälle ereignen.

Präsident: Merci Alex und entschuldige, dass ich dir dein Fraktionsvotum unterschlagen wollte. Gibt es noch weitere Fraktionsvoten? Das ist nicht der Fall. Dann wären wir bei den Einzelvoten. Als erstes Einzelvotum Szabolcs Mihàlyi.

Szabolcs Mihàlyi (SP), Einzelvotum: Ich beziehe mich noch schnell auf den Kommentar von Oliver Berger, nur zur Ehrenrettung der GPK. Was meint ihr eigentlich, was wir dort machen? Also, ohne ins Detail zu gehen, aber es gibt diverse Baustellen und mit denen befassen wir uns. Wir sind ein bisschen schneller als die BZ.

Präsident: Als nächstes Einzelvotum Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ich gehe noch auf das Votum von Francesca Chukwunyere ein. Es hat so ein wenig geklungen, als ob wir da irgendetwas erfinden und dass es bei jedem Arbeitgeber irgendwie etwas gibt. Ich weise noch auf einen Zeitungsbericht der Berner Zeitung vom 16. Oktober 2024 hin. Das ist nicht eineinhalb Jahre her, man kann selber rechnen von Oktober bis jetzt. In diesem Zeitungsbericht nimmt unsere Ombudsstelle auch noch Stellung, Frau Graf. Wir haben ja eine Ombudsstelle, wenn es eben Probleme gibt, dass die Arbeitnehmer dort neutral Hilfe holen können. Und hier geht es ganz klar hervor aus dem Interview der Ombudsstelle, dass es wirklich sehr, sehr vernachlässigt wurde, dass sehr viele Reklamationen hereingekommen sind. Und die Ombudsstelle bestätigt auch hier schriftlich in der Zeitung beim Interview, dass die Stadt ganz klar ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen ist. Und darum bitte ich euch, SVP hin oder her, es geht hier um den Arbeitsplatz der Stadt Bern, dass man dort wirklich genauer hinschaut und dass man das nicht vernachlässigt.

Präsident: Merci Thomas. Dann als nächster Einzelvotant Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Ich möchte nur schnell etwas zur Einordnung dieser Mediengeschichte sagen. Ich hatte das Vergnügen, am SBK-Weihnachtsessen letzten Dezember, vis-à-vis von Claudia Hänzi zu sitzen, und wir haben diese Story ein bisschen besprochen. Und es ist tatsächlich so, dass das – es ist auch dargestellt in der Gemeinderatsantwort – eigentlich nicht viel mehr ist als kalter Kaffee. Und was auch ein bisschen bezeichnend ist im Zusammenhang mit dieser Mediengeschichte, das sollte euch auch ein bisschen zu denken geben, ist Folgendes: Als das KA letzten Sommer einen Tag der offenen Tür gemacht hat, ist von den Medien niemand gekommen.

Präsident: Merci Michael – und noch der Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Ja Michael Ruefer, es mag sein, dass es alter Kaffee ist, aber es ist doch einfach Fakt, dass hier die entsprechenden Führungspersonen und vor allem auch die Stadt einfach wirklich versagt haben in ihrer Aufsichtspflicht. Es hat ein toxisches Klima gegeben. Die Ombudsstelle hatte x Fälle, in welchen sich Mitarbeitende an die Ombudsstelle gewendet haben. Es gab einen Exodus von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Und da zu sagen, es sei alter Kaffee und es sei einfach aufgebauscht und der Esel irgendwie am Schwanz herangezogen, finde ich einfach ein bisschen lächerlich. Ihr vergoldet die städtischen Mitarbeiter immer wieder, schickt sie mit 63 in Pension, aber wenn wir oder die Medien einmal etwas aufdecken, bei dem ihr in der Verantwortung seid, ist dann plötzlich Regierungsrat Schnegg schuld.

Präsident: Und noch für ein Einzelvotum Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL), Einzelvotum: Ihr habt mich ein paar Mal angesprochen. Offensichtlich habe ich mit Regierungsrat Schnegg irgendetwas getriggert. Ich nehme aber wirklich wahr, die Ursache dieser ganzen Misere – und ich sage nicht, dass das nicht schlimm war für gewisse Mitarbeiter – ist die Tatsache, dass man den Approach und den Zugang zum Thema Arbeitsintegration komplett auf den Kopf gestellt hat und von Leuten, die vorher 30 Jahre unter einer ganz anderen Philosophie gearbeitet haben, erwartet hat, dass sie sich jetzt um 180 Grad drehen. Das ist die Ursache der Sache und das ist ein sehr schwieriges Führungsproblem, um es zu lösen, und da käme wohl mancher ins Schleudern. Insofern wollte ich die Führungspersonen vielleicht ein bisschen in Schutz nehmen. Ich sage nicht, dass sie alles richtig gemacht haben.

Präsident: Merci vielmals. Gibt es noch weitere Einzelvoten? Das ist nicht der Fall. Dann gebe ich für den Gemeinderat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Vielen Dank für diese kritische, aber in den allergrössten Teilen sehr respektvolle Debatte zu einem Fall, bei dem wir uns sicher alle einig sind, dass es kein schöner Fall ist. Im Bereich der Arbeitsintegration in der Sozialhilfe stehen einschneidende Veränderungen bevor, das ist in den Debatten auch herausgekommen. Der Kanton hat angekündigt, die Abgeltungen künftig sogenannt erfolgsorientiert zu gestalten, wie er es auch schon in anderen sozialpolitischen Bereichen gemacht hat, zum Beispiel im Asylwesen, die Anzahl der BIAS-Partner zu reduzieren und BIAS-Aufträge künftig auszuschreiben. Die erste Ausschreibung ist für den Herbst 2025 angekündigt. Diese Veränderungen haben sich schon lange abzeichnet, darum hat das Sozialamt schon 2020 – so viel zum Change Management – eine Reorganisation des KA angestossen. Die Veränderungen, die damit einhergegangen sind, haben zu kontroversen Diskussionen geführt, vor allem in einem Team innerhalb des KA. Die Mitarbeitenden konnten sich teilweise nicht mit den Anpassungen im Arbeitsauftrag und mit den kantonalen Leistungsvorgaben identifizieren. Und aus dem heraus sind Konflikte im Team entstanden und auch Konflikte zwischen Mitarbeitenden und der Leitungsebene. Das ist keine schöne Angelegenheit.
Diese Spannungen liegen aber mehr als eineinhalb Jahre zurück. Das macht es nicht besser, aber es ist wirklich die Wahrheit, dass das schon so lange her ist. Und die grosse Mehrheit – insgesamt arbeiten 120 Leute im KA – macht hervorragende Arbeit, und diese waren damals von dieser Kontroverse nicht betroffen. Die Reorganisation ist unterdessen weit vorangeschritten und selbstverständlich habe ich mich auch eingehend informiert, als ich mein Amt angetreten habe, wie es dort aussieht. Der Arbeitsauftrag und die Zielsetzungen sind, soweit es geht, gut akzeptiert. Und ja, Thomas,

Fluktuation, das ist ein Problem. Jetzt kann man einfach sagen, das liegt jetzt an dem damaligen Arbeitskonflikt. Fluktuation ist grundsätzlich ein weit verbreitetes Phänomen, auch gerade in den sozialen Berufen, unter anderem wegen den verändernden Rahmenbedingungen, und das ist nicht gut. Fachkräftemangel, von dem sind sehr viele Bereiche, auch in der Stadtverwaltung, betroffen und darum haben natürlich der Gemeinderat und auch die zuständigen Direktor*innen ein hohes Interesse, und auch alle Führungspersonen, dass man möglichst daran arbeitet, dass man eben ein gutes Arbeitsklima und gute Arbeitsbedingungen hat.
Es sind jetzt sehr verschiedene Analysen heute Abend gefallen. Die Spannbreite ist weit, was wirklich der heutige Zustand des KA ist. Das kann ich jetzt im Detail euch auch nicht versichern. Ich habe nicht mit jeder einzelnen Mitarbeiterin und jedem einzelnen Mitarbeiter gesprochen. Aber ich habe ein grosses Vertrauen, dass sich wirklich vieles getan hat. Aber wir müssen uns auch bewusst sein. dass die Herausforderungen nach wie vor gross bleiben und dass es eine sehr wichtige Führungsaufgabe ist, gerade in solchen vulnerablen und sich verändernden Arbeitsbereichen, und es ist wichtig, dass man dort sicher gut hinschaut. Es ist immer unschön, wenn sich Mitarbeiter*innen gezwungen fühlen, an die Öffentlichkeit zu gelangen aufgrund von Arbeitskonflikten. Und das tut mir in diesem Fall auch leid. Aber ich kann euch wirklich versichern, dass uns allen – und damit meine ich mich, aber auch unsere Führungspersonen und auch die Mitarbeitenden vor Ort – bewusst ist, dass wir auch im Bereich der Arbeitsintegration in Zukunft weiterhin mit grösseren Herausforderungen konfrontiert sein werden, dass das nicht alles konfliktfrei über die Bühne gehen wird, und dass wir aber alle mit bestem Wissen und Gewissen daran arbeiten, dass wir diese Herausforderungen gemeinsam mit allen packen können.

Präsident: Merci vielmals, Ursina Anderegg. Wir wären somit am Ende von Traktandum 11. Ich halte fest, die Einreichenden sind mit der Antwort des Gemeinderats nicht zufrieden. Wir kommen zu Traktandum Nr. 12.

2022.SR.000157

12 Interfraktionelle Motion GB/JA!, AL/PdA (Ursina Anderegg/Anna Leissing, GB/David Böhner, AL): Erhöhte Strom- und Gastarife ewb: Jetzt braucht es soziale Abfederung für betroffene Haushalte sowie Gewerbetreibende und Vereine

Präsident: Der Vorstoss ist bestritten, entsprechend haben die Einreichenden das Wort. Ich erteile das Wort für die Einreichenden Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Einreichenden: Die vorliegende Motion ist im Herbst 2022 entstanden, als die Energiepreise aufgrund von verschiedenen Ereignissen schlagartig massiv gestiegen sind. Zusammen mit den steigenden Mietzinsen, Krankenkassenprämien und der allgemeinen Teuerung hat dieser Anstieg Haushalte mit tiefem Einkommen und viele Quartier- und Kulturinstitutionen in eine prekäre finanzielle Lage gebracht. Leider hat sich diese Lage seither nicht wirklich entspannt. Nach teilweise massiven Anstiegen in den letzten zwei Jahren sind die Energiepreise auf Anfang 2025 nochmals erhöht worden. So haben der Gemeinderat und EWB die Strompreise um rund 5% und die Gaspreise um rund 4% angehoben. Wie wir wissen, befinden sich auch die Mietzinse und Krankenkassenprämien auf einem steilen Weg nach oben. Zwar kommt der Bericht zur finanziellen Lage der Haushalte in Bern von Januar 2025 zum

Schluss, dass die Armutsquote in den letzten zehn Jahren stabil geblieben ist. Bevor wir jetzt aber alle aufatmen, gibt es aus Sicht der Einreichenden dieser Motion zwei Sachen zu bedenken. Erstens stützt sich dieser Bericht auf Daten von 2022 und deckt damit die neuesten Entwicklungen in den letzten zweieinhalb Jahren nicht ab. Wir alle wissen, sowohl Energiepreise wie auch Mietzinsen, wie Krankenkassenprämien und Lebenserhaltungskosten, steigen und steigen – und damit auch das Armutsrisiko in der Stadt Bern. Zweitens sind gemäss dem erwähnten Bericht in der Stadt Bern 11,6% der Bevölkerung von Armut betroffen und weitere 4% davon bedroht. Das heisst, die steigenden Preise für Energie, Miete, Krankenkassen etc. betreffen rund 15% der Bevölkerung in der Stadt Bern ganz direkt. Bei rund 146'000 Einwohner*innen sind das fast 22'000 Menschen in der Stadt Bern, die teilweise in existenzbedrohender Prekarität leben müssen. Aus Sicht der Einreichenden ist das nicht akzeptabel. Die Stadt Bern muss im Sinne einer effektiven Armutsprävention und Bekämpfung unbedingt Lösungen finden, wie die Betroffenen entlastet werden können, weil von nationaler und kantonaler Ebene keine Unterstützung zu erwarten ist.
Das Anliegen der Motion ist also nach wie vor hochrelevant. Gleichzeitig ist auch uns bewusst, dass seit der Einreichung der Motion über zwei Jahre vergangen ist und dass es verschiedene Entwicklungen gegeben hat, die man in diesem Zusammenhang berücksichtigen muss. Erstens ist eine Woche nach der vorliegenden Motion ein Postulat mit sehr ähnlichem Inhalt eingereicht worden. Dieses Postulat wurde im Gegensatz zu unserer Motion als dringlich erklärt und darum inzwischen behandelt und erledigt. In der Antwort auf dieses Postulat zeigt der Gemeinderat auf der Grundlage einer externen Studie auf, wie eine soziale Abfederung der Energiepreise umgesetzt werden könnte. Aus diesem Vortrag wird deutlich, dass aus rechtlichen Gründen zum heutigen Zeitpunkt nur ein Antragsmodell infrage kommt, indem die betroffenen Haushalte ein Gesuch um finanzielle Unterstützung erreichen können. Der Gemeinderat sagt weiter, dass er einem solchen System zwar offen gegenübersteht, aber zwei wesentliche Nachteile sieht, nämlich dass ein solches System hochschwellig und mit Kosten für die Umsetzung verbunden ist. Der Gemeinderat will sich darum auf kantonaler Ebene für eine rechtliche Grundlage einsetzen, die ermöglicht, dass anspruchsberechtigte Haushalte direkt über die Steuerdaten identifiziert und angeschrieben werden können. Dieses Ziel ist aus unserer Sicht zwar begrüssenswert, es entspricht in etwa Punkt 3 der vorliegenden Motion, ist aber angesichts der dringlichen Lage bei weitem nicht zufriedenstellend. Als Zwischenlösung nennt der Gemeinderat in der Postulatsantwort die Überbrückungshilfen, die Anfang 2023 zur Linderung von existenzieller Not geschaffen wurden. Wie wir alle wissen, sind diese leider aufgrund einer Beschwerde der SVP bis auf Weiteres sistiert. Es braucht also andere Lösungen, um die von Armut betroffenen oder bedrohten Einwohner*innen der Stadt Bern zu unterstützen. Also das, was die Einreichenden dieser Motion mit Punkt 1 fordern.
Und schliesslich haben wir im Mai 2024 ein Postulat für erheblich erklärt, das überprüfen will, wie Kulturinstitutionen und Quartiervereine unterstützt werden können, die aufgrund der steigenden Energiepreise in finanzielle Bedrängnis geraten. Das entspricht in etwa Punkt 2 der vorliegenden Motion. Dazu noch kurz: Wir sehen ein, dass es betreffend die Unterstützung von KMU eher schwierig wird, einen guten Ansatz zu finden, um das abzugrenzen. Anders sieht es aber aus unserer Sicht punkto gemeinnütziger Vereine aus. Die schwierige finanzielle Situation vieler Vereine wie Quartiertreffs oder Kulturinstitutionen ist kaum wegzudiskutieren. Genau diese Vereine nehmen aber eine wichtige Rolle ein für das soziale und kulturelle Leben in der Stadt Bern. Es gibt darum auch in diesem Bereich Handlungsbedarf. Wir können darum zusammenfassend festhalten, dass das Problem weiterhin besteht und das Anliegen der vorliegenden Motion

nach wie vor relevant ist. Auch stellen wir fest, dass der Gemeinderat das Anliegen anerkennt und auch bereit ist, im Rahmen einer weiteren Prüfung nach Lösungen zu suchen. Die Einreichenden sind darum bereit, die Motion in ein Postulat zu wandeln, und wir sind froh, wenn ihr das Postulat heute für erheblich erklärt, damit Bern eine solidarische Stadt für alle bleibt.

Präsident: Merci Anna. Ihr habt es mitbekommen, die Motion ist in ein Postulat gewandelt worden. Dann könnt ihr euch anmelden für Fraktionsvoten. Dann hat als erstes das Wort für die Fraktion AL/PdA/TIF David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Anna hat eigentlich alles Wesentliche gesagt, merci vielmals für den Vortrag. Ich habe da nicht mehr viel beizufügen. Wir haben diese Motion eingereicht, nachdem der Gaspreis vor drei Jahren massiv gestiegen ist. Er ist dann wieder etwas hinuntergegangen, aber jetzt hat letztes Jahr, wie wir gehört haben, EWB bekanntgegeben, dass die Energiepreise und vor allem auch der Gaspreis wieder relativ stark erhöht werden. Sie haben das mit der Stilllegung des Gasnetzes auf das Jahr 2045 begründet, weil das Gasnetz dann schneller amortisiert werden muss als vorgesehen. Natürlich wehren wir uns nicht gegen einen früheren Gasausstieg. Wir müssen so schnell wie möglich wegkommen von fossilen Energieträgern. Wir finden es nur nicht einleuchtend, dass der Gasausstieg ausschliesslich von denen finanziert werden soll, die Gas verbrauchen. Die allermeisten Leute, die in Wohnungen leben mit Gasheizung, können nicht selber bestimmen, ob bei ihnen Gas gebraucht wird zum Heizen oder nicht, weil sie einfach Miete zahlen in ihren Häusern. Die Kosten für den Ausstieg aus dem Erdgas sollen unserer Meinung nach von der Gesamtbevölkerung getragen werden respektive von denen, die genug haben, und nicht von denen, die jeden Rappen umdrehen müssen. Wir haben gehört, die Armutsquote ist zwar stabil geblieben in den letzten zehn Jahren laut diesem Bericht, das heisst, 10-11% der Bevölkerung sind von Armut betroffen. Gleichzeitig kann man im Bericht aber auch lesen, dass es allen anderen besser geht als vor zehn Jahren. Also die Schere geht weiter auf und es gibt viele Leute, die Mühe haben, überhaupt über die Runden zu kommen, oder Gefahr laufen, in die Sozialhilfe abzurutschen. Darum ist der Inhalt sehr wohl sehr wichtig und der Gemeinderat hat jetzt die Chance, indem wir jetzt die Motion in ein Postulat umwandeln, noch einmal darüber zu diskutieren, in neuer Zusammensetzung, damit sie sich überlegen können, wie Armutsbetroffene unterstützt werden können und nicht in die Sozialhilfe abrutschen – und auch, wie Vereine Unterstützung bekommen können, bevor sie ihre Aktivitäten einstellen müssen.

Präsident: Merci. Dann als nächstes für die Fraktion SVP Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir haben x Vorstösse eingereicht zu diesem ganzen Bereich Gas. Ich habe gesagt, man sollte eigentlich immer das günstigste Gas geben von EWB und nicht eines, das teurer ist. Die Basis wäre offenbar 10% günstiger. Die Stadt will das nicht. Die Stadt will ein Zeichen setzen für ökologischen, grünen Strom, aber die Leute, die es nicht vermögen, müssen es nachher ausbaden und nachher soll man dann quasi noch EWB querfinanzieren. Was hat der Feuz auch gemacht und die SVP? Wir haben x-mal Vorstösse gemacht, man solle die Leute klar darauf aufmerksam machen, dass es ein günstigeres Produkt gibt, dass sie es machen können, denn viele Leute wissen das gar nicht, dass sie automatisch eben nicht das günstigste Produkt bekommen, sondern das, das schon eine Stufe teurer ist. Das wäre genau das Gleiche, wenn alle SBB-Automaten und Bernmobil-Automaten so eingestellt

wären, dass ihr im Normalfall ein Erstklass-Billett habt. Es geht ein bisschen auf diese Lösung, das ist genau das Gleiche. Ich finde es auch eine Gemeinheit – das sage ich euch jetzt hier auch gerade, jetzt kommt gerade das Temperament, das mit mir durchgeht – dass die SBB und die RBS für gewisse Strecken Erstklass-Billette verkauft, obwohl gar kein Erstklasswagen in Betrieb ist. Das ist für mich auch klar nicht zulässig. Das ist eben staatliche Abzockerei. Dort muss man ansetzen, dort wollte die SVP ansetzen. Wir sind dort immer aufgelaufen. Aber ich habe das Gefühl, ich nehme mir das gerne heraus, ich mache auch noch einen Vorstoss und sage noch, auf öffentlichem Grund wie beim Sternenmärit soll man auch weiterhin mit Bargeld bezahlen dürfen. Das helfe ich mit. Wenn ihr mich da unterstützt für diesen Vorstoss, hätte er vielleicht das nächste Mal mehr Chancen. Es geht darum, dass die Leute, die eben in bescheidenen Verhältnissen sind, klar wissen und sehen, wir können das günstigere Produkt nehmen. Die von euch, die beim Gericht arbeiten oder Erfahrung haben, die wissen auch, wenn einer ein UP-Gesuch hat und ist bei einer teuren Krankenkasse, dann sagt man auch, ja Herr Meier, Frau Meier, Sie dürfen halt nicht in dieser teuren Krankenkasse sein, Sie müssen eine günstigere nehmen. Genau die gleiche Situation haben wir auch hier. Und da bin ich der Meinung, ist eben Hand zu bieten von EWB aus, dass sich der Gemeinderat einsetzen muss, dass man die Leute auf die günstigen Tarife aufmerksam macht. Und nachher, ich bin auch gescheitert dort, ich habe gesagt, automatisch das günstigste Produkt. Und wer denn ein supergrünes Produkt haben will und einen Drittel mehr oder noch mehr bezahlen will, der soll das, da bin ich nicht einmal dagegen, da hat EWB auch Freude. Aber der, der es abschliesst, soll auf jeden Fall das günstigste haben.
Und dann wurde auch wieder etwas gesagt, die böse SVP hat blockiert, sie hat eine Beschwerde gemacht. Ich bin nicht Beschwerdeführer gewesen, das ist Janosch Weyermann oder Thomas Fuchs gewesen. Ich bin froh, dass sie Beschwerde gemacht haben. Und da hat auch eine SP-Regierungsstatthalterin – das war nicht eine SVP-Statthalterin – die Beschwerden gutgeheissen, weil sie sie gutheissen musste, weil in diesem Bereich die Stadt Bern nicht legiferieren kann. Und jetzt macht die Stadt wieder weitere Kosten und geht zum Verwaltungsgericht, das kostet uns alles. Dann werdet ihr am Schluss wieder sagen, ja, wir haben kein Geld. Aber man kann das Geld auch dumm verprozedieren. Genau darum lehnen wir den Vorstoss als Postulat ab. Und wie gesagt, ich möchte nicht wieder das Gleiche einreichen, das ich gemacht habe. Ich würde mich freuen, wenn andere Leute zu uns kämen, dann könnten wir den Vorstoss machen, um eben diesen Leuten, die es teilweise nicht wissen, zu helfen, dass sie das günstigste Produkt haben, und dann hat halt EWB ein bisschen weniger. Aber ich muss euch sagen, meine Sympathien sind bei den Steuerpflichtigen, meine Sympathien sind bei den sozial Schwachen, und nicht bei Leuten wie beispielsweise der AXPO, dem Stromdevisenhändler Brand, das kann ich auch gerade sagen.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Als zusätzliche Information: Der Vorstoss ist nicht nur gewandelt worden, wir werden auch punktweise über die drei Punkte abstimmen. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion SP/JUSO Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Wir wissen es alle, 2022 sind die Energiepreise explodiert im Umfeld des Ukraine-Krieges und es gab kein Halten nach oben mehr. Wir haben alle völlig entgeistert auf die Kurven geschaut, die irgendwo bei 600-700 Franken pro Megawattstunde aufhören wollten. Das hat sich nachher ein wenig gelegt, wobei man sagen muss, die Preise für die Kunden, für Kleinkunden, haben sich nicht so gelegt, wie die Preise auf dem Grossmarkt. Heute wälzt zum Teil EWB, aber

auch die anderen Energieträger, die Kosten, die dann entstanden sind, auf uns alle ab. Und wenn man vielleicht das Positive daran sehen möchte, ist der Preis halt auch ein Zeichen, um sorgfältig und sparsam mit der Energie umzugehen. Und insofern hat das auch eine ökologische Komponente.
Aber hier geht es ja nicht um die ökologische Komponente, sondern hier drücken die Energiepreise auf die Kaufkraft, wie das auch andere Elemente vom allgemeinen Haushalt machen, wie die Miete oder auch die Krankenkasse. Und hier Lösungen zu suchen, wie es dieser Vorstoss vorschlägt und wie es aber auch der Vorstoss, der offensichtlich von der GFL gekommen ist und schon behandelt worden ist, vorgeschlagen hat, das ist löblich und wir sollten probieren, Lösungen zu suchen im Rahmen unserer Möglichkeiten, um den Haushalten, die akut betroffen sind und akut unter Druck sind, auch zu helfen. Denn, es ist auch schon gesagt worden, wir können weder vom Bund noch vom Kanton irgendwelche Unterstützung in dieser Frage erwarten. Wir können auf der anderen Seite auch nicht alles auf EWB abschieben, dass man mit ihnen Sozialtarife aushandelt oder so, denn EWB versteht sich einerseits nicht als Sozialunternehmen und andererseits haben wir an EWB doch recht erhebliche Erwartungen, die wir auch von ihnen erfüllt sehen wollen in Bezug auf die Energiewende und die Beiträge zum Klimawandel. Wenn wir jetzt also diesen Vorstoss hier vor uns haben, der in drei Punkten vom Gemeinderat ein Handeln verlangt für die einzelnen Personen, für KMU und kleine Institutionen sowie ein Engagement beim Kanton und beim Bund fordert, so können wir in den Punkten 1 und 3 diesem Vorstoss zustimmen und wünschen, dass der Gemeinderat sich dort vertieft mit diesen Fragen umschlägt. Punkt 2 lehnen wir ab und wir sind dem Grünen Bündnis sehr dankbar, dass es nicht nur in ein Postulat gewandelt hat, sondern auch noch punktweise Abstimmung zu diesem Thema zulässt.

Präsident: Merci dir. Dann kommt als nächstes für die Fraktion FDP Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ich halte das Votum in Vertretung von Nik Eugster. Der US-amerikanische Präsident hat diese Woche für Kopfschütteln gesorgt, als er gesagt hat, man könnte ja die Steuern abschaffen und den Staat nur noch mit Zöllen alimentieren. Ökonomen von links bis rechts haben gewarnt, dass so etwas vor allem die Ärmsten treffen würde, weil dadurch die Preise der Waren deutlich ansteigen würden, wegen der Zölle, und das spüren eben vor allem die mit kleinem Budget umso mehr. Es wäre eine höchst asoziale Massnahme. Wieso erzähle ich euch das? Das Gleiche gilt bei steigenden Gas- und Energiepreisen. Es ist, wie wenn die Zölle ansteigen. Was ist das Resultat? Die Preise der Waren werden einfach höher. Das betrifft den Verein genauso wie die Grossbäckerei. Dass auch kleine Betriebe mit teuren Preisen, die die Kunden nicht mehr bezahlen können, kämpfen, konnte man ja in der Brass-Debatte mehrmals hören. Oder eben im Beispiel einer Bäckerei: Man bezahlt für das Brot einfach etwas mehr, weil gerade Bäckereien einen sehr hohen Energieverbrauch haben und eben auch mit diesen hohen Preisen kämpfen. Insofern ist es für uns unverständlich, dass der Gemeinderat beim Postulat oder bei der Motion nur die Punkte 1 und 3 entgegennehmen würde, nur weil er, so schreibt er im Vortrag, von KMU – ich zitiere – "keine Klage oder Bedürfnisse" gehört habe. Sorry, lieber Gemeinderat, dann hört ihr einfach nicht genug hin. Höhere Kosten, seien das Energie- oder sonstige Abgaben, machen den KMU von der Beiz in der Lorraine bis zur Bäckerstube im Mattenhof durchaus seit ein paar Jahren zu schaffen. Das Resultat sind Preissteigerungen und diese wiederum merken eben vor allem die Leute mit besonders engem Budget umso mehr. Wenn schon die Motionen als Postulat entgegengenommen werden soll, dann bitte mit allen drei Punkten.

Jetzt ist es aber so, dass wir als FDP trotz allem alle Punkte ablehnen würden, sei es als Motion oder als Postulat. Wir finden, die Unterstützungsmassnahmen wie Ergänzungsleistungen, die eben eine Verbundsaufgabe sind von Kanton und Bund, und individuelle Prämienverbilligungen des Kantons, das sind schon genug gute Massnahmen, um niedrige Budgets deutlich zu entlasten. Für das muss man nicht nur an der Armutsgrenze leben, es hilft schon, wenn man ein enges Studentenbudget hat. Die meisten von uns haben das schon einmal erlebt und auch bekommen. Aber dass jetzt noch die Stadt zusätzlich Gelder in die Hand nehmen soll, sehen wir in Anbetracht des enormen Ausgabenwachstums, das die Stadt Bern seit einiger Zeit hinlegt, einfach nicht. Das haben wir schon mehrfach betont und müssen wir leider auch hier noch einmal festhalten, so sehr auch, rein gesellschaftlich gesehen, jede Unterstützung von Armutsbetroffenen gut ist. Wir müssen hier andere Lösungen suchen. Zum Glück hat sich die Situation seit der Eingabe dieser Motion wieder verbessert. Oder sagen wir es anders: Dieser Vorstoss ist auch ein wenig aus der Zeit gefallen. Wir lehnen darum als FDP sowohl die Motion wie auch das Postulat ab.

Präsident: Merci Oliver. Dann hätten wir für die Mitte Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Wir sehen als Mitte-Fraktion sehr wohl, dass die Teuerung und höhere Energiekosten eine Belastung sind, sowohl für Leute mit tieferem Einkommen, als auch für den Mittelstand – vor allem, wenn Energierechnungen erst eineinhalb Jahre später vielleicht ins Haus flattern. Wir sehen aber auch, dass die Entwicklungen der Energiekosten volatil sind. Das heisst, man sollte nicht basierend auf diesen Unterstützungsmassnahmen ableiten. Für die Zielgruppen der Motionärinnen und Motionären gibt es in der Stadt Bern schon temporäre soziale und wirtschaftliche Abfederungsmassnahmen, auch mit den bereits erwähnten, laufenden Vorstössen, die aktiv sind. Die Mitte-Fraktion lehnt darum sowohl als Motion, als auch als Postulat diesen Vorstoss ab.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GLP/JGLP/ EVP Gabriela Blatter.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion: Interessant: Energiekonsum subventionieren als Vorstoss, insbesondere vorgestellt vom Grünen Bündnis. Das finden wir interessant, dass ihr den Energiekonsum subventionieren wollt, insbesondere den Gaskonsum. Wir, die JGLP/GLP/EVP-Fraktion, ist ganz klar der Ansicht, Energiekonsum zu subventionieren, ist nicht nachhaltig. Und es gibt viel sozialere Aspekte- Wir sehen es selbstverständlich, ja, es belastet die Haushalte. Selbstverständlich trifft alles, was schlussendlich auf die Produkte abgewälzt wird oder was direkt die Nebenkosten betrifft, etc., betrifft die Menschen viel mehr, bei welchen das prozentual ein viel grösserer Anteil des Haushaltseinkommens ist, als die sehr wohlhabenden Menschen. Es ist aber natürlich auch so, dass die mit den grossen Wohnungen einen wesentlich höheren Preis zahlen, weil sie einen höheren Energieverbrauch haben. Und den Konsum von Energie zu subventionieren, ist ineffizient, da gibt es ganz viele ökonomische Studien dazu, insbesondere auch für die tieferen Einkommen. Auch wenn ihr das sozial abfedern wollt, aber es ist per se ein ineffizientes Armutsreduktionsinstrument. Darum lehnen wir das klar ab. Man kann diskutieren über die Unterstützung von armutsbetroffenen Menschen in schwierigen Situationen, dies aber gezielt und unabhängig vom Energiekonsum. Da kommt noch dazu, dass der Energiepreis sehr volatil ist. Ihr redet von Überbrückungsangeboten, Unterstützungsangeboten. Ja, wann kommt denn diese Überbrückung zum Tragen? Bei welchem Energiepreis? Kommt die einfach, würde sie in Kraft treten und

drei Wochen später nicht mehr, etc.? Also extrem schwierig zu regulieren. Entsprechend lehnen wir den Vorstoss ab, sowohl als Postulat, als auch als Motion.

Präsident: Merci Gabi, und für die GFL Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Es ist da tatsächlich so, dass es wohl im Detail recht schwierig ist, da eine angemessene Lösung zu finden, um Betriebe, aber auch Privatpersonen, die unter diesen hohen Preisen weiterhin leiden, zu unterstützen. Tatsächlich, das ist auch schon gesagt worden, haben wir ein bisschen eine andere Ausgangslage. Die Gaspreise haben sich ja auf einem – muss man auch sagen hohen – Niveau wieder stabilisiert, aber es ist sicher nicht mehr der gleiche Leidensdruck. Jetzt einfach noch schnell etwas zu den KMU: Ich habe jetzt gerade das Vergnügen gehabt – viele von euch sehe ich auch ab und zu dort – mit dem einen Geschäftsführer des Restaurants du Nord sprechen zu können, und es ist tatsächlich so, dass die Energiepreise die Betriebe, und generell vor allem die Gastronomiebetriebe, weiterhin sehr stark beeinflussen. Es ist so, dass so ein Restaurant, bei dem man eigentlich den Eindruck hat, es laufe relativ gut – es ist oft recht voll und hat viele Betrieb – auch über mehrere Monate hinweg, sogar die Mehrheit der Monate des letzten Jahrs, Defizit gemacht hat. Das sollte uns doch einigermassen zu denken geben.

Präsident: Merci Michael. Gibt es zu diesem Geschäft Einzelvoten? Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Ich möchte nur nochmals klarstellen, ich glaube, unser Fraktionssprecher ist ein bisschen falsch verstanden worden. Wir verlangen nicht irgendeinen Sozialtarif in diesen Vorstössen, die wir jeweils gemacht haben. Wir verlangen etwas ganz Einfaches, das ja wirklich auch helfen würde, und zwar effektiv, dass man bei einem Einzug in eine neue Wohnung den günstigsten verfügbaren Tarif als Standard hat. Das heisst, dass man plus, minus 10-15% günstiger wäre. Dann braucht es auch keine Subventionierung, wie jetzt hier im Postulat gefordert wird. Das ist ja viel, viel einfacher, wenn man einfach vom günstigsten Tarif ausgeht und wenn man nachher, wenn es das Portemonnaie zulässt, zum Beispiel auf einen Ökostrom wechselt. Das ist etwas ganz Einfaches. Wieso ihr euch dem bis heute verschliesst, ist uns nicht ganz klar. Aber einfach das noch zur Klarstellung.

Präsident: Danke. Dann wären wir jetzt beim Gemeinderat. Für die BSS hat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Die Strompreise sind per 2025, wie schon in den beiden Vorjahren, für viele Haushalte erneut angestiegen. Auch die Gaspreise wurden nach einer zwischenzeitlichen Stabilisierung per 2025 angehoben. Der Gemeinderat hat schon im Herbst 2023 im Zusammenhang mit dem Postulat "Soziale Abfederung von den hohen Gaspreisen für besonders betroffene Haushalte" durch die Firma Ecoplan verschiedene Modelle zur Entlastung von betroffenen Haushalten entwickeln lassen. Leider musste er dort festhalten, dass es für dieses Anliegen keine einfache Lösung gibt. Die Schwierigkeit besteht vor allem darin, die betroffenen Haushalte mit einem Entlastungsangebot zu erreichen. Aus rechtlichen Gründen kommt nur ein Antragsmodell infrage und das ist für die Betroffenen eben sehr hochschwellig. Dadurch würde das Risiko bestehen, dass gerade die Haushalte, die besonders auf eine Entlas-

tung angewiesen wären, nicht erreicht würden. Und so ein Antragsmodell ist sehr personalintensiv und für eine wirksame Abfederung müsste die Stadt einen grossen Betrag in die Hand nehmen, vor allem wenn noch Vereine und KMU subventioniert werden sollten in dieser Frage. Der Gemeinderat hat darum damals aufgrund dieses ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses entschieden, diesen Ansatz nicht weiter zu verfolgen. Er hat aber damals alternativ auf die städtische Überbrückungshilfe gesetzt, um die verletzlichsten Gruppen eben auch bei den Energiekosten entlasten zu können. Aber wie wir wissen – es ist heute Abend auch schon erwähnt worden – sind eben diese Überbrückungshilfen momentan sistiert aufgrund der Beschwerden und es wird noch etwas dauern, bis diese juristische Frage geklärt ist. Der Gemeinderat beantragt darum dem Stadtrat, die Motion abzulehnen, ist aber bereit, Punkt 1 und 3 als Postulat entgegenzunehmen. Dann können wir den Faden nämlich wieder aufnehmen, weil es wirklich so ist, dass sich die Situation ein wenig geändert hat.
Und vielleicht noch ein kurzes Wort an die SVP. Auch der günstigste Strom hat sich verteuert. Und ich glaube, wenn man wirklich an der Armutsschwelle ist, dann machen eben wirklich auch wenige Rappen und ein paar Franken im Monat schon recht viel aus und die Leute rutschen eben in die Armut ab. Und Gabi, dein Argument mit dem Energiekonsum, das ist natürlich ein wichtiges aus grüner Perspektive, aber ich möchte einfach da noch darauf hinweisen, dass auch in der Stadt Bern doch recht viele Menschen leben, die eben nicht die Wahl haben, zu entscheiden, wie sie ihr Energiekonsumverhalten genau steuern. Wenn ich eine Mieterin bin und armutsbedroht oder schon -betroffen bin, dann möchte ich vielleicht in dieser Wohnung bleiben und dann brauche ich halt einfach Gas, wenn meine Wohnung mit Gas geheizt wird, und ich brauche den Strom, den ich dort beziehen kann, und ich habe keine Möglichkeit, dort hinauszugehen, ausser ich würde aus der Stadt wegziehen, und das kann ja auch nicht das Ziel sein.

Präsident: Merci vielmals Ursina Anderegg. Wir kommen zur Abstimmung. Sie haben es mitbekommen, es ist gewandelt in ein Postulat und wir stimmen punktweise ab.

Abstimmung Nr. 048

2022.SR.000157: Punkt 1 als Postulat	
Annahme	
Ja	49
Nein	26
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Punkt des Postulats erheblich erklärt. Wir stimmen ab über Punkt 2.

Abstimmung Nr. 049

2022.SR.000157: Punkt 2 als Postulat	
Ablehnung	
Ja	24
Nein	51
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Punkt abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 3.

Abstimmung Nr. 050

2022.SR.000157: Punkt 3 als Postulat	
Annahme	
Ja	49
Nein	26
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Punkt erheblich erklärt. Somit ist das Traktandum 12 abgeschlossen. Wir kommen zu Traktandum Nr. 13.

2023.SR.0176

13 Motion Geschäftsprüfungskommission (GPK): Revision des Kommissionsreglements (Art. 59f. GRSR) / Anpassung des Kommissionsreglements i.S. Zusammensetzung der Sozialhilfekommission

Präsident: Ist dieses Geschäft bestritten? Es ist bestritten. Dann bekommt als erstes das Wort für die GPK Szabolcs Mihàlyi.

Szabolcs Mihàlyi (SP) für die Kommission: Bei dieser Motion geht es eigentlich um eine Vereinheitlichung. Ihr erinnert euch vielleicht an die letzte Legislatur – die, die dabei waren. Diverse Verfahren bei der Bestimmung der Kommissionszusammensetzungen, namentlich auch die Berechnung der Sitze, haben wir neu organisiert im GRSR. Das hier ist jetzt einfach eine Korrektur. Es geht hier um die nicht stadträtlichen Kommissionen, also Schulkommissionen, Betriebskommission, Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik und Tierparkkommission. Diese werden alle nach dem Parteienproporz zusammengesetzt, anders als die stadträtlichen Kommissionen, die nach dem Fraktionsproporz zusammengesetzt werden. Die Sozialhilfekommission ist die einzige Kommission der nicht stadträtlichen Kommissionen, die nicht nach dem Parteienproporz, also nach dem Resultat der Stadtratswahlen zusammengesetzt wird, sondern gemäss Fraktionenproporz. Als kleine Erinnerung: Der Fraktionenproporz kann während einer Legislatur ändern, wir haben das letztes Jahr gesehen. Die EVP ist von der GFL- zur GLP-Fraktion gewandert. Der Parteienproporz, so wie er gewählt wurde vor der Legislatur, der ändert sich nicht. Die Sozialhilfekommission ist halt die einzige solche Kommission, bei der es anders läuft, und entsprechend hat die GPK diese Motion eingereicht, dass das entsprechend angepasst wird an die anderen nicht stadträtlichen Kommissionen. Das ist eigentlich alles. Stellvertretend für die GPK empfehle ich euch die Motion zur Annahme. Das Gleiche gilt übrigens auch für die SP/JUSO-Fraktion.

Präsident: Vielen Dank, Szabolcs Mihàlyi. Dann könnt ihr euch anmelden für Fraktionsvoten. Als erstes erteile ich das Wort Katharina Gallizzi für die Fraktion GB/JA.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Wir haben es vorher gehört, die GPK will mit diesem Vorstoss die Regeln für die vom Stadtrat gewählten Kommissionen vereinheitlichen. Wir von der GB/JA-Fraktion verstehen das Anliegen und sind der Meinung, dass es nicht verständlich ist, wenn nicht für alle Kommissionen die gleichen Wahlbedingungen gelten. Aus diesem Grund haben wir durchaus Sympathien für das Anliegen der

GPK. In seiner Antwort führt der Gemeinderat aber aus, warum die Sozialhilfekommission die Wahl nach dem Fraktionenproporz und nicht nach dem Parteienproporz macht. Der Stadtrat hat sich 2009 dafür ausgesprochen, vor dem Hintergrund, dass der Parteienproporz die kleinen Parteien benachteiligt. Wir von der GB/JA-Fraktion halten das demokratiepolitisch für heikel, wenn wir ohne einen gewichtigen Grund, also einfach damit es alle gleich machen, ein System ändern, das dann kleine Parteien systematisch benachteiligt. Es sollte auch den Mitgliedern aus kleineren Parteien möglich sein, in dieser so wichtigen Sozialhilfekommission Einsitz nehmen zu können. Der Parteienproporz würde zum Beispiel zu einer Benachteiligung von jüngeren Menschen führen, denn diese sind doch häufig in Jungparteien. Jungparteien sind in der Tendenz sehr viel kleiner als die Mutterparteien. Und das würde dann dazu führen, dass die jüngeren Personen mit dem Parteienproporz eigentlich niemals irgendjemanden in die Sozialhilfekommission stellen könnten. Wenn man aber den Fraktionenproporz hat, dann wäre doch theoretisch möglich – also wenn die Mutterparteien nett genug sind, den Jungparteien doch auch diese Möglichkeit zu geben – dass auch zum Beispiel jüngere Personen in die Sozialhilfekommission gehen könnten. Vor diesem Hintergrund halten wir die Änderung des Wahlsystems vom Fraktions- zum Parteienproporz für ungerechtfertigt, auch wenn sich damit die Wahlbedingungen für alle Kommissionen vereinheitlichen lassen würden. Wir werden darum die Motion der GPK ablehnen.

Präsident: Merci vielmals, Katharina. Dann hat für die Fraktion AL/PdA/TIF das Wort David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich kann mich der Argumentation meiner Vorrednerin anschliessen, als Mitglied einer kleineren Partei hier im Stadtrat. Wir bedauern es sehr, dass wir unseren Sitz in der Sozialhilfekommission verloren haben, den wir in der letzten Legislatur noch hatten. Wir hatten damals einen kleinen Prozentsatz mehr Stimmen bekommen, darum konnten wir als Fraktion diesen Sitz haben. Den haben wir jetzt leider verloren. Wenn es jetzt geändert wird, ist wohl die Chance, dass wir den zurückbekommen, sehr klein. Darum sprechen auch wir uns gegen diese Änderung aus.

Präsident: Merci vielmals, David. Dann hat für die Fraktion SVP das Wort Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Es gibt es manchmal, das ist nicht oft der Fall, dass sich die Fraktion SVP eines anderen besinnt. Und ich muss sagen, Frau Katharina Gallizzi, Sie haben uns überzeugt, dass wir jetzt in diesem Sinn gewandelt haben, und wir würden also jetzt auch die Motion der GPK ablehnen. Insbesondere die Argumentation, dass es natürlich für kleinere Parteien nachher immer schwieriger wird, überhaupt in eine Kommission gewählt zu werden, hat uns überzeugt und es ist uns eigentlich klar geworden, dass es demokratiepolitisch vernünftig und anständig ist.

Präsident: Merci vielmals Bernhard. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Gibt es Einzelvoten? Die Gemeinderätin verzichtet. Dann würden wir somit über die Kommissionsmission abstimmen.

Abstimmung Nr. 051

2023.SR.0176

Annahme

Ja	31
Nein	27
Enthalten	2

Präsident: Es ist wieder knapp geworden. Ihr habt die Motion angenommen. Wir kommen zu Traktandum Nr. 14, das ist eine Richtlinienmotion.

2023.SR.0219

14 Motion Kurt Rüegsegger (SVP) und Ursula Stöckli (FDP): Schulanlage Breitenrain: Quartier- und umweltgerechte Wiederherstellung und Vergrösserung der Pausenplatzfläche auf der Parzelle 58

Präsident: Die Motion ist bestritten vom Gemeinderat. Entsprechend erteile ich das Wort Ursula Stöckli für die Einreichenden.

Ursula Stöckli (FDP) für die Einreichenden: Ihr kennt vermutlich alle die Situation dieses Breiterain-Schulhauses. Das ist ein kleines Schulhaus mit einer denkmalgeschützten Turnhalle. Dort hat man vor etlichen Jahren einen Garderobentrakt hingebaut und dieser hat schon einen Teil dieses Schulhausplatzes, der geschlossen war, weggenommen. Und der Schulhausplatz ist an sich schon relativ klein und ist dann eben noch kleiner geworden, wo man dann so einen Geräteschuppen relativ mitten auf den Pausenplatz gestellt hat – für mich oder für uns eigentlich relativ unverständlich, denn der nimmt einfach den Kindern in der Pause den Platz weg. Nachher hat man Begegnungszonen gemacht auf Seite Turnweg. Es hat auch dort, soviel ich weiss und soviel ich herausgefunden habe, keine Unfälle gegeben. Es ist ein bisschen eine provisorische Sache. Wir haben ja einmal eine Motion eingereicht, um den Ringhof als Schulhaus zu nutzen. Und wenn ihr das auf Google Maps anschaut, dann hätte das eine wunderbare Schulanlage gegeben. Der Kanton hat bis jetzt nicht Hand geboten für das. Dann wäre natürlich auch das Geräteschuppen-Problem gelöst gewesen, es hätte genug Platz gehabt. Man sollte jetzt das Problem eigentlich auch dort lösen, wo es entstanden ist, nämlich, dass man den Pausenplatz auch immer wieder zugebaut hat, und man sollte jetzt die Parzelle 58, wie sie heisst, wieder vergrössern. Also das heisst, man sollte schauen, dass man dort genug Platz hat, man sollte den Geräteschuppen wegnehmen und so weiter. Der Gemeinderat ist da nicht der gleichen Meinung wie wir. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich nehme an, ihr werdet es sowieso ablehnen, und darum will ich gar nicht mehr viel länger werden.

Präsident: Vielen Dank, Ursula. Dann könnt ihr euch anmelden für Fraktionsvoten. Als erstes erteile ich das Wort Johannes Wartenweiler für die Fraktion SP/JUSO.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Liebe Ursula, ja, wir lehnen es sicher ab, denn es geht ja gar nicht um einen Pausenplatz. Was eigentlich euer Anliegen ist, ist, dass die Strasse, dass der Turnweg nicht gesperrt wird, bei dem man seit Jahren und Jahrzehnten schon fast daran ist, den endlich zuzumachen und wir inzwischen auch einen Entscheid der Regierungsstatthalterin haben, einen guten, begründeten Entscheid. Dieser ist jetzt allerdings von der Quartierorganisation, vom Lorraine-Leist und anderen – unter anderem, glaube ich, auch von der Kapo – weitergezogen worden. Es geht nicht um diesen Pausenplatz. Verkauft uns nicht für blöd. Es geht darum, zu

verhindern, dass der Turnweg gesperrt werden soll. Und angesichts dessen, sonnenklar, lehnen wir das ab.

Präsident: Merci vielmals. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Gibt es Einzelvoten? Dann erteile ich das Wort für den Gemeinderat Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Das ist ein sehr interessanter Vorstoss mit dieser historischen Abhandlung der Entwicklung vor Ort in den Lorraine bis zurück in die 70er-Jahre. Das habe ich sehr gerne gelesen, auch als Historikerin, und habe auch die Protokollauszüge mit Aussagen von Regula Rytz von 2009 sehr spannend gefunden. Ich richte ihr an dieser Stelle gerne einen Gruss aus. Und gleichzeitig habe ich mich aber schon auch ein bisschen gewundert, woher ihr die Grundlagen aus heutiger Sicht und heutiger Zeit nehmt, worauf ihr eure Forderungen fussen solltet. Aber ich glaube, Johannes Wartenweiler hat jetzt gerade ein bisschen Licht ins Dunkel gebracht, da kann ich es vielleicht ein bisschen besser einordnen. Die Grösse der Pausenplätze der Volksschule Breiterain übertrifft heute die Vorgaben der städtischen Richtraumprogramme für die 6. Klassen des Zyklus 1 und 2 und auch mit dem Anbau der Turnhalle stehen den Schüler*innen genügend Freiflächen für Pausen und Freizeit zur Verfügung. Wo euch der Gemeinderat aber recht gibt, ist, dass das Schulareal, wie von euch erwähnt, einen sehr grossen Anteil an versiegelten Flächen aufweist. Das ist aus qualitativer Sicht nicht optimal und dort hat man die Möglichkeit, den Grünflächenanteil nach heutigen Massstäben und eben nicht nach dem von damals auf diesem Schulareal zu erweitern. Der Gemeinderat sieht aber von so einer Anpassung ab, weil die heutige Lösung, bis auf die Verkehrsführung, die Bedürfnisse der Schüler*innen abdeckt. Seit der Sanierung 2006 wird der gegenüberliegende Spielplatz mit Rasenspielfeld – das ist die Parzelle 59 – als Erweiterung des Pausenplatzes für die jüngeren Schüler*innen genutzt und der Spielplatz steht ja der ganzen Quartierbevölkerung auch während der Pausen vollumfänglich zur Verfügung. Und um die Sicherheit der Schüler*innen müssen wir uns auch keine Sorgen machen, nämlich dort wird der Turnweg – das ist eben der, um den es jetzt offenbar geht, der liegt dazwischen – am Morgen während der grossen Pause rund 30 Minuten mit Markierungskegeln für den motorisierten Verkehr gesperrt und die Velos können auch jederzeit passieren. Somit ist nämlich das Risiko insbesondere für die kleinen Kindergartenkinder möglichst reduziert. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Richtlinienmotion abzulehnen.

Präsident: Vielen Dank Ursina Anderegg. Der Vorstoss ist nicht gewandelt, das heisst, wir stimmen ab über die Erheblicherklärung als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 052

2023.SR.0219: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	10
Nein	51
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Vorstoss abgelehnt. Wir kommen zu Traktandum Nr. 15.

2024.SR.0022

15 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SVP (Lukas Gutzwiller, GFL/Nora Krummen, SP/Thomas Glauser, SVP); Was kann die Stadt zur Stärkung des Quartierzentrums Saali Wittigkofen tun?

Präsident: Ist das Postulat bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann hätten die Einreichenden das Wort, eine Minute, ein kurzes Votum. Dann gebe ich für eine Minute das Wort Thomas Glauser. Nicht? Gut, dann gebe ich das Wort für die Einreichenden Nora Krummen.

Nora Krummen (SP) für die Einreichenden: Ich kann es kurz halten. Merci vielmals für eure passive Unterstützung dieses Postulats und wir danken auch dem Gemeinderat für die positive Aufnahme.

Präsident: Merci vielmals. Somit ist das Postulat überwiesen. Wir kommen zu Traktandum Nr. 16.

2024.SR.0024

16 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Sara Schmid, SP/Barbara Keller, SP): Sozialhilfepraxis in Bern: Warum werden arbeitende Sozialhilfebeziehende in Schwierigkeiten gebracht?

Präsident: Ich gehe davon aus, dass hier die Diskussion- Die ist nicht gewünscht. Dann hat Barbara Keller eine Minute Zeit für eine kurze Erklärung.

Barbara Keller (SP) für die Einreichenden: Der Bericht des Gemeinderats ist ausführlich und gut. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken. Im Fall der in der IP beschriebenen Person wurde damals aber nicht eine individuelle Lösung gesucht. Die Praxis, eine Lohnabtretung zu vereinbaren, kann die Selbstständigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der betroffenen Personen stark einschränken, was im Widerspruch zu den Zielen der Sozialhilfe steht. In Fällen, die aus dem Raster fallen, müssen Lösungen im Sinne der Betroffenen gefunden werden, und vor allem auch mit den Betroffenen. Es ist entscheidend, dass sie aktiv in den Entscheidungsprozess einbezogen werden, um ihre Eigenständigkeit zu fördern und unnötigen Stress zu vermeiden. Ich möchte an dieser Stelle aber auch den Sozialarbeitenden für ihren Einsatz und ihre Unterstützung danken. Sie leisten täglich eine herausfordernde und wichtige Arbeit, die oft im Hintergrund bleibt. In solchen komplexen Fällen, in denen individuelle Lösungen notwendig sind, zeigen sich ihre Fachkenntnisse und ihr Engagement im Rahmen der bestehenden Strukturen.

Präsident: Punktlandung und die interpretiere das als Zufriedenheitsgrad zufrieden. Merci vielmals. Wir kommen zu Traktandum Nr. 17.

2024.SR.0080

17 Postulat Fraktion GB/JA (Franziska Geiser/Seraphine Iseli, GB): «Ökologisch schlöfeln auf Plastik»

Präsident: Ist das Postulat bestritten? Das ist bestritten. Somit erteile ich das Wort den Einreichenden, für die Einreichenden Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Einreichenden: Kunsteisbahnen sind klimaschädigend, weil es so viel Strom braucht, um das Eis herunterzukühlen. Seit die Winter immer wärmer werden, braucht diese Kühlung auch immer mehr Energie. In den letzten Jahren sind in Bern für den freien Eislauf – also nicht für die Hockeyfläche, sondern einfach so für die zum Schlöfle – die Saisonöffnungszeiten und auch die Tagesöffnungszeiten schon gekürzt worden. Wenn wir davon ausgehen, dass die Klimaerhitzung fortschreitet, und von dem müssen wir ausgehen, und wenn wir davon ausgehen, dass die Winter in der Tendenz noch wärmer werden, und auch von dem müssen wir ausgehen, dann werden die Eislaufsaisons wohl immer kürzer. Einmal müssen wir uns dann die Frage stellen, ob Eislaufen überhaupt noch zum geförderten Breitensport gehören soll oder nicht. Wenn heute eine Kunsteisbahn gebaut wird, dann für die nächsten 30 Jahre, und ob man in 30 Jahren überhaupt noch Eislaufen kann und überhaupt noch Kunsteisbahnen betreiben kann, da bin ich nicht so sicher. Einfach so zu tun, wie wenn jeder Winter theoretisch eine neue grosse See-Gfrörni bringen könnte, ist halt auch realitätsfern. Es geht in diesem Postulat aber nicht um die Abschaffung der Kunsteisbahnen, es geht um die Frage, ob synthetisches Eis ökologischer ist als Kunsteis. Wenn es nur um den Energiebedarf geht, ist die Frage einfach zu beantworten. Synthetisches Eis muss nicht heruntergekühlt werden, allerdings braucht es für die Herstellung, für den Transport und auch für die Entsorgung des synthetischen Eises auch Energie. Es entsteht Plastikmüll und die Kufen fressen die Plastikfäden ab und da entsteht Mikroplastik. Dieses Plastik kann zwar gefiltert werden, aber auch nicht vollständig. Es ist also nicht so ganz klar, was ökologisch besser wäre.
Auf der anderen Seite würde darum auch die Energieeffizienz von Kunsteisbahnen verbessert, indem zum Beispiel die Abwärme, die bei der Kälteproduktion entsteht, genutzt wird. Das ist ja auch der Plan zum Beispiel beim Weyerli, dort wird ja die Abwärme gebraucht, um das Hallenbad zu heizen und um Warmwasser zu machen. Und beim Weyerli soll ja auch der Strom von Solaranlagen auf dem Dach kommen. Heute werden viele Bahnen viel zu stark heruntergekühlt und auch da gibt es jetzt Korrekturen, dass das nicht mehr passiert. Also es gibt auch bei den Kunsteisbahnen Verbesserungen. Synthetisches Eis gilt heute nicht so als benutzer*innenfreundlich. Die Betreiber*innen der Eisbahn auf dem Bundesplatz zum Beispiel, die sind vom Kunststoffeis abgekommen und haben jetzt wieder Kunsteis, weil das synthetische Eis nicht so gut geht zum Schlöfle. Dazu zwei Bemerkungen. Erstens, es gibt auch andere Produkte als das, was auf dem Bundesplatz verwendet wurde, dieses Gleis. Zum Beispiel gibt es Produkte, bei welchen das Plastik aus Plastikmüll aus dem Meer kommt. Und das Kunststoffeis funktioniert mit besonderen Schlittschuhen, die heissen Shark Plates und haben so Haifischzähnchen an den Kufen. Und zweitens ist die Benutzer*innenfreundlichkeit auch nicht Teil des Prüfauftrags des Postulats. Also diese Frage müssten wir sowieso nachgelagert diskutieren. Es ist klar, dass wir uns in dieser Zeit der Klimaerhitzung die Frage stellen müssen, ob und in welchem Sinn Schlöfle überhaupt noch ökologisch vertretbar ist. Wir bitten euch deswegen, das Postulat für erheblich zu erklären.

Präsident: Merci vielmals, Franziska. Dann könnt ihr euch anmelden für Fraktionsvoten. Dann hat als erstes das Wort für die Fraktion SP/JUSO Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Wir von der SP/JUSO-Fraktion werden diesem Antrag zustimmen, weil wir, genauso wie die Antragstellenden, finden, dass man diese neuen Technologien prüfen muss und wenn sie für unsere schöne Stadt in Frage kommen, dann muss man sie auch umsetzen, weil sie gewisse Vorteile haben. Es muss, wie gesagt worden ist, nicht gekühlt werden und braucht dadurch erheblich weniger Energie. Es gibt durchaus auch schon Beispielflächen, bei welchen die zur Anwendung kommen. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass die heutigen Technologien in der Einschätzung vieler Nutzender noch nicht so ganz für jede Sportart und jeden Ort in Frage kommt. Es gibt zum Beispiel professionelle Eishockey-Mannschaften, die synthetisches Trainingseis haben. Dann haben sie aber spezielle Kufen mit kleinen Rollen, um zu schlöfle. Andere Oberflächen kann man auch mit klassischen Kufen befahren, dort wird dann aber offenbar eine gewisse Menge an Plastikabrieb fällig, der dann als Mikroplastik oder auch als grössere Plastikfäden in die Umwelt gelangt. Diese Bedenken bedeuten aber nicht, dass man das nicht prüfen muss und dass man das niemals anwenden können wird. Deshalb sind wir mit den Antragstellenden einig, dass die Stadt den Einsatz prüfen soll, um eben besser abwägen zu können, ob das Negative oder das Positive überwiegt. Hoffentlich kann man dann irgendwann einmal das synthetische Eis einsetzen und das heutige Kunsteis eben ersetzen.

Präsident: Merci Dominik. Dann kommt als nächstes für die Fraktion SVP Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Wer gerne schlöflet und vielleicht auch schon einmal versucht hat, auf Kunststofffeldern zu schlöfle, der hat natürlich sofort gemerkt, das ist überhaupt nicht das Gleiche. Ich hoffe, die Kunststofffelder werden noch besser und man kann sie besser anpassen an die Eisflächen, die man heute hat, von Natureis. Im Moment ist das aber leider noch nicht der Fall. Wenn ihr zum Beispiel vom Hockeyclub Langnau (SCL) ein Spiel schauen wollt auf Kunststoffflächen, so ist das überhaupt nicht möglich. Das ist erstens die Unfallgefahr viel zu gross. Wenn ihr auf diesen Kunststoffflächen schlöflet, geht das wie auf einer Schiene. Das rutscht nicht mehr, ihr seid einfach blockiert und fallt um. Und ich mache mit euch eine grosse Wette, wenn man so ein Spiel, 1. Liga oder so etwas, schauen gehen würde auf einem Kunststofffeld, nach drei Minuten müsste das Ganze abgebrochen werden. Und auch mit speziellen Schlittschuhen, wie da erwähnt worden ist, ist es einfach nicht machbar, das Gleiche mit diesen Mitteln durchzuführen. Jetzt ist es so, man macht ja auch Fortschritte bei der Naturreisproduktion. Auf dem Bundesplatz hat man zum Beispiel Sensoren montiert, Temperatursensoren, und die schalten die Eismaschinen nur noch ein, wenn wirklich Bedarf ist. Früher ist einfach diese Eismaschine, wie auch die anderen Maschinen auf den Eisbahnen, eigentlich mehr oder weniger immer auf voller Leistung gelaufen. Und das geht natürlich nicht, das ist ganz klar. Aber durch die heutige Technik mit diesen Sensoren hat man einen grossen Teil des Energieverbrauchs, den es eben braucht, um Eis herzustellen, reduzieren können. Ich bin sehr zuversichtlich, dass man hier sicher eine ökologische Lösung finden wird. Es ist einfach heute so, mit den Materialien, die man heute hat – man kann das differenzieren, austüfteln, machen, ausrechnen – sind wir einfach noch nicht so weit, dass wir wirklich umweltschonend auf diesem Eis fahren können. Darum ist die Technologie mit diesen Sensoren sicher sinnvoll. Man kann das Bewährte weiter pflegen und das andere mit den Kunststoffeisfeldern muss man und

kann man sicher weiterentwickeln. Und ich bin zuversichtlich, dass vielleicht in 5 oder 10 Jahren die Problematik auf ökologischem Weg gut gelöst werden kann.

Präsident: Merci Ueli. Für die Fraktion GLP/JGLP/EVP Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Es mutet schon etwas speziell an, dass die gleiche Seite, die Kunstrasen aus ökologischen Gründen verschmäht, jetzt plötzlich auf Plastik schlöfle möchte. Wie auf purem Plastik herumzufahren, hat sich das auch wirklich angefühlt, als ich mit meinen Töchtern auf dem Bundesplatz eislaufen ging. Sie haben das also gar nicht cool gefunden und haben gemeint, dort wollten sie jetzt nicht mehr hin. Darum: Vielleicht ist ja dieses Plastik-Schlöfle auch ein wenig eine verdeckte Strategie, um uns allen und vor allem den kommenden Generationen das Schlöfle abzugewinnen. Aber zurück zum Postulat: Fakt ist, dass das Schlöfle an sich aus ökologischer Sicht problematisch ist. Und wir sind definitiv der Meinung, dass es ein gesellschaftliches Umdenken braucht und wir Sportarten wie Schlöfle aus ökologischen Überlegungen zunehmend kritisch hinterfragen sollten. Aber wie viel unbedenklicher jetzt Plastikeis aus Nachhaltigkeitsüberlegungen ist, da fehlt bisher eine solide Datenlage. Als GLP/EVP-Fraktion sind wir definitiv dafür, neue Technologien im Auge zu behalten, finden das aber jetzt nicht der richtige Zeitpunkt zum Prüfen. Zum einen ist synthetisches Eis noch nicht abschliessend entwickelt, gerade auch in Bezug auf die verwendeten Ressourcen und die Zulassung für den Wettkampfbetrieb, und zum anderen steht jetzt das Weyermannshaus ja kurz vor der Volksabstimmung. Sobald ein alternatives Produkt zum Eis besteht, das nicht nur in Sachen Energiebedarf während des Betriebs, sondern auch in Bezug auf die verwendeten Ressourcen, Mikroplastik-Problematik und die entstandenen Grauenergie sowie eben auch durch die Qualität gerade auch für den Wettkampf besticht, muss man das wieder angehen. Oder wenn wieder ein konkretes Sanierungsprojekt ansteht oder neue Felder erschlossen werden sollen, dann muss man das definitiv wieder prüfen. Aber wie gesagt finden wir einen Prüfauftrag zum jetzigen Zeitpunkt wenig sinnvoll und wir lehnen darum das Postulat ab. Bis dahin begrüssen wir es, dass man im Projekt Weyermannshaus versucht hat, eine möglichst energieeffiziente und ökologische Version zu planen.

Präsident: Merci Deborah. Dann kommt für die Fraktion FDP Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Ich könnte eigentlich fast das Votum von Debora übernehmen. Trotzdem noch ein paar Worte, die ich hier anstelle von Nik Eugster, der das Geschäft eigentlich gehabt hätte, verlese. Es gibt schon einen Grund, warum Firmen forschen, wie man Kunsteis hervorbringen könnte, das gleich gut ist wie natürliches Eis. Wenn das jemand schaffen würde, wäre das vielleicht tatsächlich eine Alternative. Die Realität ist aber definitiv eine andere. Sämtliche Hersteller kämpfen mit den gleichen Problemen. Die Eigenschaften von Kunsteis sind noch immer nicht annähernd gleich wie bei natürlichem Eis. Man kämpft mit Plastikabrieb, der zu Mikroplastik führt, und die Energiebilanz über alles ist auch nicht erwiesenermassen besser. Praktisch alle Versuche sind abgebrochen worden und sogar Umweltorganisationen wie der WWF raten davon ab. Wieso muss jetzt der Gemeinderat das noch einmal prüfen? Wenn es einer Firma gelingt, diese Revolution tatsächlich zu machen, dann werden wir das schon erfahren. Da braucht es nicht noch einen Prüfauftrag an den Gemeinderat. Stattdessen würden wir nämlich unsere Verwaltung einfach beschäftigen, und das ist weder zielführend noch finanziell schlau. Die Antwort ist schon jetzt klar. Nicht einmal für Freizeitanlagen wie die Eisfläche auf dem Bundesplatz ist Kunsteis momentan wirklich

brauchbar. Liebe Einreichende von diesem Postulat, ihr schreibt, dass Kunsteis in den beiden letzten Jahren erfolgreich auf dem Bundesplatz zum Einsatz gekommen sei. Das ist einfach kreuzfalsch. Es hagelte Kritik. Gerade die Kinder hatten sehr Mühe, auf diesem Kunsteis und die Zahlen haben ja für sich gesprochen. Man konnte ja in der Zeitung kürzlich lesen, wie viel weniger Besucher es überhaupt hatte, und das war definitiv wegen des Plastik-Kunststoffeises. In diesem Jahr ist endlich – unter anderem auch dank einer kleinen Anfrage von mir – das Kunsteis wieder zum Einsatz gekommen und man kann jetzt auch wieder schlöfle. Die Besucherzahlen sprechen auch hier wieder für sich. Fazit: Es fägt einfach nicht und man sollte noch andere Schlittschuhe kaufen, die dann geeigneter wären, wie ich vorhin zum ersten Mal gehört habe. Was für eine Ressourcenverschwendung. Wie viele Schlittschuhe haben die Leute daheim und wegen eines Plastikeises sollten jetzt die Leute noch andere Schlittschuhe kaufen. Wer hat das Geld dafür und wer will seine Schlittschuhe wegwerfen? Es ist einfach von A bis Z ein Unsinn. Gebt es doch zu, ihr wollt einfach das Schlöfle im Prinzip verbieten, macht es aber über das Plastikeis, weil es ja auch Strom braucht. Und warum verbietet man denn nicht auch noch das Kino? Das braucht ja auch Strom. Und es hätte noch viel mehr Freizeitvergnügen, bei welchen die Leute etwas davon haben, die Strom brauchen und die könnte man ja auch alle verbieten. Früher hat man denen Spassbremsen und Spielverderber gesagt. Und was wir einfach nicht wollen, ist die Verwaltung mit etwas zu beschäftigen, bei dem definitiv von Anfang an schon klar ist, dass es wirklich nichts bringt. Ich bitte euch, das abzulehnen.

Präsident: Merci Ursula. Kurz, dass ihr es gehört habt von mir: Wir werden dieses Geschäft heute noch fertig behandeln. Für die Fraktion Mitte Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Wenn es um Sport geht, dann müssen wir sportlich sein, auch in der Kürze unserer Voten. Für die Mitte-Fraktion ist es klar, dass das Anliegen von Synthetic Ice, von Ökologie auch im Sport und den Sportanlagen grundsätzlich richtig und wichtig ist. Und das Ziel, Eissportanlagen ökologisch zu gestalten, das unterstützen wir auf jeden Fall. Die Technologie Synthetic Ice, die ist auch vielversprechend. Die Frage ist jetzt aber, wer muss das Synthetic Ice weiterentwickeln, so dass es eben Spass macht, dass es wegkampftauglich ist und somit auch einsatzfähig in den Sportanlagen. Ich habe im Bundesamt für Sport gearbeitet und wir haben damals, 2006, glaube ich, das erste Mal Synthetic Ice vorgestellt. Und das Bundesamt für Sport in Magglingen ist auch der richtige Ort, um die Weiterentwicklung von Technologien voranzutreiben. Somit geht für die Mitte-Fraktion die Ausführung dieses Postulats wirklich zu weit. Ist es eine Aufgabe der Stadt? Wir sind der Meinung, dass man sorgfältig abwägen muss, wie wir unsere begrenzten Ressourcen am effektivsten für den Klimaschutz einsetzen wollen. Zudem ist es auch so, dass Anlagenbetreiber*innen heute schon sehr viele Vorgaben haben. Und noch weitere Vorgaben zu machen, das ist nicht im Sinn derer, die wollen, dass man sich in Bern noch mehr bewegt, auf dem Eis oder auch auf anderen Flächen.

Präsident: Merci Béatrice. Gibt es Einzelvoten zu diesem Geschäft? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Der Betrieb einer Kunsteisbahn ist aufwendig und verbraucht sehr viel Energie und dessen ist sich der Gemeinderat auch bewusst. Gleichzeitig sorgt der Betrieb aber auch für sehr viele Bewegungsstunden. Das ist ja etwas, das wir auch fördern

wollen. Es sind nämlich rund 10'000 Stunden pro Saison auf dem Eis für verschiedenste Altersgruppen. Und das gleichzeitig in einer Jahreszeit, in der das Bewegungsangebot sonst deutlich reduziert ist. Man könnte also von einem klassischen Zielkonflikt sprechen. Das Sportamt als Betreiberin der städtischen Kunsteisbahnen ist um Innovation bemüht und verfolgt das Thema Kunststoffeis schon länger. Zum Beispiel hat letztes Jahr eine Fachgruppe der Firma Green Hockey – es ist sehr spannend, was man da alles lernen darf, das gibt es also, eine Firma, die nennt sich Green Hockey – ein Produkt entwickelt aus recyceltem Plastik und eben mit diesen speziellen Kufen. Und das haben sie lanciert und das Sportamt ging sie besuchen. Gleichzeitig wird bei der Stadt grossen Wert darauf gelegt, die städtischen Kunsteisbahnen möglichst energieeffizient zu betreiben. Die Stichwort Ka-We-De und Weyermannshaus sind schon genannt worden. Dort sehen wir die bestmöglichen Nachhaltigkeitsstandards, die vorgesehen sind. Der Bedarf an Eisflächen in der Stadt Bern nimmt weiter zu. Wir sind eine wachsende Stadt und Eishockey ist sehr beliebt. Die grossen Publikumsfelder werden im Zug der Sanierungen verkleinert, so können wir kombiniert nutzbare Felder umwandeln. Und die sind kombiniert nutzbar, nämlich für das freie Schlöfle, für Kunsteislauf und für Eishockey. Und so können die Felder effizienter betrieben werden, damit wir dem Nutzungsbedarf entgegenkommen können. Für die Realisierung eines Eisfeldes sind aber eben auch die Vorgaben des Schweizerischen Eishockeyverbands ausschlaggebend. Im Moment sind wir am Punkt, dass, solange auf Kunststoffeis keine Meister*innenschaften ausgetragen werden können, die Umsetzung neuer Technologien im Moment nicht infrage kommt. Das würde nämlich Eishockey und Eiskunstlauf verunmöglichen in der Stadt. Wenn ihr das Postulat überweist, dann wird sich das Sportamt aufgrund der Fragen der Postulant*innen sehr gerne nochmals vertieft mit der Thematik Kunststoffeis beschäftigen. Wie gesagt, sie sind schon am Thema dran und sie sind auch interessiert, dranzubleiben. Und der Gemeinderat wird diesen Prüfauftrag gerne vornehmen, wir wollen ja schliesslich am Puck bleiben, um am Schluss noch ein Spässchen zu machen.

Präsident: Merci vielmals Ursina Anderegg. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung Nr. 053

2024.SR.0080	
Annahme	
Ja	45
Nein	27
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Bleibt noch eine Minute sitzen, Ueli Jaisli hat noch kurz eine Information für euch.

Ueli Jaisli (SVP): Ich möchte mich kurzfassen: Save the date, der Skitag ist wieder an der Reihe dieses Jahr. Wir haben im Moment sehr gute Verhältnisse, wir haben viel Schnee, ab etwa 1000 Meter. Ich bin gerade vor zwei, drei Tagen gewesen. Es ist also super, das Ganze. Wir haben den Stadtrat-Skitag jetzt festgesetzt auf 1. März. Und er wird uns ins Gebiet Saanenmöser-Schönried führen. Also merkt euch das, 1. März. Wir haben noch ein Ausweichdatum, aber ich möchte das nicht gebrauchen. Es wäre der 15. März. Aber der 1. März wäre soweit für mich – und ich hoffe auch für euch – einmal genagelt.

Präsident: Vielen Dank, Ueli. Wir haben heute mehr Vorstösse abarbeiten können, als neue eingereicht worden sind. Ich wünsche euch einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden
Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:
Traktandum 18 | 2023.SR.0232 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA): Das Partizipationsreglement der Stadt Bern den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen - Menschen mit S-Ausweis sowie Asylsuchenden eine Stimme geben!
Traktandum: 19 | 2023.SR.0204 Postulat Fraktion Mitte (Claudio Righetti/Lionel Gaudy/Sibyl Eigenmann): Echter Diskurs braucht Platz - Abstimmungen an nationalen Wahlterminen in der Stadt Bern nur mit hohen Hürden möglich
Traktandum: 20 | 2023.SR.0239 Motion Simone Richner (FDP): Stärkung der demokratischen Rechte I: Vereinfachung der Unterschriftensammlung für städtische politische Instrumente
Traktandum: 21 | 2024.SR.0013 Motion GB/JA! (Nora Joos, JA!/Mirjam Arn, GB): Vorfrankierte Wahl- & Abstimmungscouverts
Traktandum: 22 | 2024.SR.0021 Motion Anna Jegher, JA!/Mahir Sancar, JA!/Nora Joos, JA!: Keine Burger*innen im Gemeinderat!
Traktandum: 23 | 2023.SR.0193 Postulat Eva Gammenthaler (AL), Tabea Rai (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Für ein Partizipatives Budget (PB) in der Stadt Bern
Traktandum: 24 | 2022.SR.000008 Postulat Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB/ Anna Leissing, GB): Einkommensabhängige städtische Gebühren statt Kopfsteuern
Traktandum: 25 | 2024.SR.0050 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz /Thomas Glauser, SVP): Provisorium Volksschule Kirchenfeld im Gaswerkareal: Verbesserung der Schulwegsicherheit: Bau eines Brückenprovisoriums unten an der Aare, um den Zugang zum Provisorium zu verbessern! Der Gemeinderat habe bei der Armee und den zuständigen kantonalen Stellen abzuklären, unter welchen Voraussetzungen dies möglich wäre
Traktandum: 26 | 2024.SR.0066 Interpellation Nik Eugster (FDP)/Florence Pärli (JF): Neue Organisationsverordnung: Ist die Zuteilung der Aufgaben auf die einzelnen Direktionen ausgewogen?
Traktandum: 27 | 2024.SR.0053 Interfraktionelle Interpellation FDP/JF, GLP/JGLP (Tom Berger, FDP/Corina Liebi, GLP/Mirjam Roder, GFL): Förderung von qualitativ hochstehender Nacht- und Clubkultur – wo steht die Stadt Bern?
Traktandum: 28 | 2024.SR.0193 Motion Ursula Stöckli (FDP): Reglement über die Kunst im öffentlichen Raum (KiöR-Reglement, KiöRR) revidieren

Eingereichte Vorstösse
Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:
https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/5616930015.php
2025.SR.0030 | Postulat | Eingereicht – Metro-Parking: Weniger Fahrten in der Altstadt dank neuer Bewirtschaftung
2025.SR.0027 | Motion | Eingereicht – Für eine echte Amtszeitbeschränkung für Stadtratsmitglieder: Nach 3 vollen Legislaturen ist Schluss!

2025.SR.0031 | Motion als Richtlinie | Eingereicht – Stadt muss in bezahlbaren Wohnraum investieren: Das Mittelfeld für den gemeinnützigen Wohnungsbau nutzen
2025.SR.0032 | Kleine Anfrage | Eingereicht – Tierpark: Wieso soll die Benutzung der neu vorgesehene Liftanlage gemäss kostenpflichtig werden? Wird allenfalls die schlechte Wegführung beim Wildschweingehege zum Dählhölzliwald verbessert?
2025.SR.0028 | Interpellation | Eingereicht – Übergangsregelungen bei der Auflösung von Beistandschaften
2025.SR.0029 | Interpellation | Eingereicht – Arbeitsrechte im Restaurant Dählhölzli?

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

26.05.2025

X

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

27.05.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Marianne Hartmann